

Engagiert. Mutig. Links.

**Unterbezirkskonferenz 2011
der Jusos Region Hannover**

Am 5. Februar 2011

In der ehemaligen Waschkaue in Barsinghausen

Inhalt

	Anfahrtsskizze.....	3
	Vorschlag zur Tagesordnungen.....	4
	Vorschlag zur Geschäftsordnung.....	6
5	Rechenschaftsbericht des Unterbezirksvorstandes.....	8
	Personalvorschläge.....	20
	Engagiert.Mutig. Links. Das Arbeitsprogramm.....	23
	Ä1: Doppelspitze für die Region Hannover.....	42
	B1: Mehr Demokratie wagen – Unipräsidien direkt wählen.....	43
10	B2: Nicht stiften gehen – „Stiftung Medizinische Hochschule Hannover“.....	44
	B3: Potenziale nutzen und stärken.....	47
	B4: Schulbesuche –ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen gleichstellen.....	54
	B5: Schuster, bleib bei Deinen Rappen.....	54
	B6: Traumjob statt Albtraumjob Wissenschaft.....	55
15	B7: Weichen richtig stellen – Lehramtsstudium neu strukturieren.....	59
	D1: Für mehr direkte Demokratie.....	61
	D2: Sport und Kultur als Staatsziele ins Grundgesetz.....	63
	D3: Über den Tellerrand hinaus – Neues Wahlsystem.....	67
	D4: Parteiengesetz ändern – Parteispenden transparent gestalten.....	69
20	F1: Gewalt gegen Frauen stoppen – Opfern helfen.....	70
	I1: Multilateral statt Unilateral: Entwicklungspolitik.....	72
	J1: Kennzeichnung von Überwachungskameras: auch in Hannover!.....	74
	J2: Majestätsbeleidigung abschaffen – Meinungsfreiheit schützen.....	75
	J3: Müll ist Müll – Containern / Dumpstern legalisieren!.....	77
25	K1: Antifaschistischer Programmteil.....	78
	KU1: Angriff auf das kulturelle Leben stoppen.....	83

	M1: Öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehbeiträge.....	85
	O1: Engagement würdigen.....	87
	O2: Freie Entscheidung ermöglichen – Juso-Mitgliedschaft verändern!.....	88
	O3: MandatsträgerInnenabgabe transparent gestalten.....	89
5	O4: Mehr Demokratie machen – Parteistrukturen weiterentwickeln.....	90
	O5: Juso Beschlüsse für die Wissenschaft sichern!.....	92
	O6: Kinderbetreuung auf Parteiveranstaltungen.....	93
	P1: Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für Freigängerkatzen einführen.....	95
	P2: Kennzeichnung lebensmittelverarbeitender Betriebe einführen.....	99
10	P3: Siegel für gute Beschäftigung.....	101
	P4: Wandel gestalten, nicht kaputt sparen.....	103
	S1: Das Gesundheitswesen gerecht und zukunftsfähig gestalten.....	105
	S2: Ein Leben in Würde im Alter ermöglichen.....	108
	S3: Gerechtigkeit und Solidarität in der GKV.....	115
15	S4: Mehr Personal für Jugendämter – mehr Schutz für Kinder!.....	116
	U1: CO ₂ vergraben für das Grüne Gewissen?.....	118
	U2: Resolution: Desertec in die Wüste schicken!.....	119
	U3: Energieversorgung endlich gerecht und nachhaltig gestalten!.....	121
	U4: Erdgas Eldorado verhindern!.....	123
20	U5: Frische Energie für die Region.....	125
	U6: Keine faulen Kompromisse mit der Atomwirtschaft mehr!.....	126
	W1: Gegen Stigmatisierung – Sexwork klare Regeln geben!.....	127
	W2: Privatisierungen stoppen.....	134
	W3: Öffentlich-private Partnerschaften nicht länger zulassen!.....	135
25	W4: Spekulationen mit Nahrungsmitteln unterbinden – sofort!.....	137
	Die Internationale.....	139

Anfahrtsskizze



1. Von Deisterplatz (Bahnhof) nach Südwesten Richtung Siegfried-Lehmann-Straße/L391 starten 93 m
2. Bei Siegfried-Lehmann-Straße/L391 links abbiegen 400 m
3. Bei Hinterkampstraße rechts abbiegen 250 m

Vorschlag zur Tagesordnung für die UBK 2011

1. Begrüßung

- 5 2. Konstituierung:
 - a. Wahl des Präsidiums
 - b. Festlegung und Beschluss der Tagesordnung
 - c. Festlegung und Beschluss der Geschäftsordnung
 - 10 d. Wahl von Mandatsprüfungs- und Zahlkommission

3. Grußworte

4. Rechenschaftsberichte
- 15 5. Aussprache zu den Rechenschaftsberichten

6. Entlastung des Vorstandes

- 20 7. Beratung über satzungsändernde Anträge

8. Beratung und Beschlussfassung über das Arbeitsprogramm 2011 / 2012

9. Wahl der/des Vorsitzenden¹
- 25 10. Festlegung der Anzahl der stellv. Vorsitzenden

¹ Bitte beachtet, dass im Fall der Satzungsänderung gemäß A1 eine Doppelspitze gewählt wird.

11. Wahl der stellv. Vorsitzenden

12. Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zur Juso- Bezirkskonferenz, -Landeskonferenz,

5 -Bundeskonferenz

13. Nominierungen

14. Antragsberatung

10

15. Schlusswort

Vorschlag zur Geschäftsordnung für die UBK 2011

1. Die Unterbezirkskonferenz ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gemeldeten Delegierten anwesend ist.

5

2. Sind GenossInnen aus Orten anwesend, in denen zur Zeit keine aktive Arbeitsgemeinschaft besteht, so kann die Konferenz diese mit einfacher Mehrheit als Delegierte zulassen. Die Quotierung gilt in diesem Fall entsprechend.

10

3. Diskussions- und Antragsrecht haben alle anwesenden GenossInnen unter 35 Jahren und alle JungsozialistInnen gemäß § 10, Abs. 2 Organisationsstatut der SPD, die im Unterbezirk Region Hannover gemeldet sind. Stimmberechtigt sind nur die gewählten Delegierten.

15

4. Wortmeldungen werden schriftlich beim Präsidium eingereicht, das Präsidium kann jederzeit für einen Tagesordnungspunkt oder eine Debatte erklären, dass Wortmeldungen durch einfaches Handaufheben erfolgen dürfen.

20

5. Es wird eine RednerInnenliste geführt, aus der abwechselnd einer Frau und einem Mann das Wort erteilt wird. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt drei Minuten. Zur gleichen Sache erhält der/die RednerIn höchstens zweimal das Wort.

25

6. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außerhalb der Reihenfolge der übrigen Wortmeldungen erteilt. Über Anträge zur Geschäftsordnung (GO-Anträge) wird abgestimmt, nachdem einE RednerIn für und einE RednerIn gegen den Antrag gesprochen hat.

7. Anträge auf Schluss der Debatte oder der Redeliste können nur von GenossInnen gestellt werden, die noch nicht zur Sache gesprochen haben.

8. Persönliche Erklärungen sind nur am Schluss einer Debatte oder nach Abstimmungen möglich.

9. Bei Abstimmungen und Nominierungen wird mit einfacher Mehrheit entschieden. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung.

5

10. Anträge zu Punkten der beschlossenen Tagesordnung (Initiativanträge) können während der Konferenz bis zu einer Stunde nach dem offiziellen Beginn der Konferenz gestellt werden. Sie werden behandelt, wenn sie beim Präsidium schriftlich vorgelegt werden. Initiativanträge bedürfen dabei der Unterschrift von mindestens zehn Delegierten aus drei Arbeitsgemeinschaften.

10

11. Personalvorschläge für die Wahlen und Nominierungen können bis zu einer halben Stunde nach dem offiziellen Beginn der Konferenz gemacht werden. Sie werden behandelt, wenn sie dem Präsidium schriftlich eingereicht werden.

15 12. Die Wahlen erfolgen — soweit diese Geschäftsordnung oder die Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen nicht anders vorsehen — nach der Wahlordnung der SPD.

Rechenschaftsbericht des Unterbezirksvorstandes

Finanzlage des Unterbezirks

5 Nachdem der Etat der Jusos seit Jahren erheblich gesunken ist, konnte der Trend diesmal erstmalig gestoppt werden.

Durch eine teure Unterbezirkskonferenz (vor allem durch den Druck des Antragspakets) war eigentlich nicht zu erwarten, dass man nur ansatzweise Handlungsfähig sein könnte. Durch intensive Gespräche mit dem SPD Unterbezirk und guten Nachverhandlung gelang es aber mehr eine Vergrößerung des Etats zu erhalten und diesen durch Aktionen wie das WM Public Viewing und das NRW Wahlviewing noch auszubauen. Insgesamt 10 haben wir so unseren Etat um über 30 % steigern können und somit auch mehr Veranstaltungen realisieren können.

Der Etat der Jusos im Jahr 2010 war am 31.12. nahezu ausgereizt. In Anbetracht der Tatsache, dass sämtliche Ausgaben beschlossen und vernünftig waren kann für mühsame, zeitintensive und dem UBV dienliche Monate zurückblicken und um Entlastung bitten.

15 Homepage und Verteiler

Die Homepage wurde regelmäßig aktualisiert und gepflegt. Zur Homepage-Pflege gehörten neben der regelmäßigen Erstellung von Terminen, Nachrichten und Uploads aller Pressemitteilungen auch die Erstellung von Profilen für jedes UBV-Mitglied, die Erstellung von Inhaltsseiten für jeden Arbeitskreis/ jedes Forum, die 20 Aktualisierung der Bündnisarbeits-Seite, der „Mitmach-Button“, die Gestaltung der Startseite, sowie die Ausweitung der Präsenz der Juso-AGen auf der UB-Homepage. Die Rubrik „Jusos vor Ort“ ist auf dem neuesten Stand und jede AG der Region Hannover ist auf der UB-Homepage verlinkt.

Zur Gestaltung der Homepage gehört auch der Imagefilm, der von Heiderose Hoja im Laufe des Jahres gedreht 25 habe und der nicht nur zur Verschönerung der Homepage dienen soll, sondern auch die inhaltliche Arbeit der Jusos zeigen und zum Mitmachen anregen möchte. Lars Kelich hat die Musik beigetragen.

Die Betreuung der Verteiler (UB, UBV und AK Verteiler) umfasste neben der Betreuung der Mitglieder auf der Liste auch die Freischaltung von Mails, sowie die Überprüfung gemäß der Nutzungsbedingungen. Die SPD äußerte sich positiv über die Moderation des Emailverteilers. Zur Nutzung der Verteiler wurde im Sommer ein Übereinkommen geschrieben, das vom Unterbezirksvorstand beschlossen wurde. Es regelt den Mailverkehr und die strikte Trennung des „großen“ UB-Verteilers, über den nur Termine und Mitteilungen höherer Juso-Gliederungen verschickt werden, sowie des UBV-Verteilers, der auch als Diskussionsverteiler dienen soll. Ein wichtiger Schritt zu mehr Transparenz war die Abschaffung eines „geschlossenen“ Vorstandsverteilers, jeder der sich für Diskussionen interessiert soll auch vorbehaltlos alle Information bekommen können

10 **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Die Pressemitteilungen Einführung einer Rubrik „Pressemitteilungen“ auf der Homepage des UBs, in der alle erschienenen PMs nachverfolgt werden können.

Es wurden insgesamt 16 Pressemitteilungen veröffentlicht, davon sind auch einige in den lokalen Zeitungen (u.a. HAZ, Wunstorfer Stadtanzeiger, Deister-Leine-Zeitung, Sonntagswochenblatt) veröffentlicht worden.

15 Wir waren auch mit zwei Berichten im LokalTV Hannover 1 vertreten. Ein Bericht war über die Veranstaltung „Energiekonzept Europa“ und ein Interview mit Philip Le Butt zum Thema Alkoholverbote auf öffentlichen Plätzen, in welchem er die Position der Jusos erläuterte.

Es wurde ebenfalls das Facebookprofil des Unterbezirks gepflegt und überarbeitet und es sind kontinuierliche Aktualisierungen erfolgt. Die Mitgliederzahl konnte auch mehr als verdoppelt werden.

20 Nach dem antisemitisch motivierten Steinwürfen auf eine jüdische Tanzgruppe im Sommer haben wir mit der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover Kontakt aufgenommen und einen Solidaritätsbrief geschrieben, in dem wir unser Bedauern für den Vorfall ausgedrückt haben.

In Folge dessen wurde ein Treffen der Jusos Region Hannover mit der Gemeindevorsitzenden der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover, Ingrid Wettberg organisiert. Bei diesem Treffen wurden die

Der Unterbezirksvorstand hat sich auch in die Debatte zur Integrationspolitik, die im Herbst 2010 entstanden ist, eingemischt mit der Forderung Thilo Sarrazin schnellstmöglich aus der SPD auszuschließen.

Vertretung gegenüber der SPD

- 5 Die Arbeit mit der SPD war im letzten Jahr bereits von den Kommunalwahlen am 11. September 2001 geprägt. Die kontinuierliche Anwesenheit der Vertreter des Jusos Unterbezirksvorstandes sorgte für einen regen Austausch zwischen der SPD und Jusos und konnte zu einer besseren Absprache führen.

- Es ist nicht gelungen trotz mehrmaliger Versuche einen Sitz in der Regionsfraktion der SPD zu bekommen. Es ist bedauerlich, dass die Regionsfraktion die Möglichkeit eines direkten Austausches nicht wahrnimmt, indem eine Genossin oder einen Genossen mit einem politischen Mandat der Jusos zulässt. Wir haben aber innerhalb der SPD und mit Pressemitteilungen auf die Politik in der Region eingewirkt.
- 10

Der Arbeitskreis Bildung:

- 15 Der Arbeitskreis Bildung beschäftigte sich im vergangenen Jahr zunächst intensiv mit dem Thema Inklusion. Dazu organisierte er gemeinsam mit der SPD Ratsfraktion und der AfB eine gut besuchte Diskussionsrunde, die Christian Dristram für den AK moderierte. Des Weiteren erarbeitete der Arbeitskreis ein umfangreiches Positionspapier mit dem Titel „All inclusive“.

- Im Auftrag der Unterbezirkskonferenz 2010 begannen wir mit der Planung einer Veranstaltung zum Thema „Religion und Sozialismus“, die als Vorbereitung für eine Diskussion über Religionsunterricht an Schulen dienen sollte.
- 20

- Außerdem beschäftigten wir uns häufig mit landespolitischen Bildungsthemen. So wurde im Arbeitskreis zum Beispiel das Konzept „Gute Schule“ der SPD diskutiert. Kritisch beschäftigten wir uns mit dem CDU Konzept der Oberschule und entwickelten das Positionspapier „Oberschule ablehnen“, welches vom AGen Plenum beschlossen wurde.
- 25

Darüber hinaus machten wir uns Gedanken darüber, wie gute Bildung für uns aussieht. In diesem Rahmen sprachen wir beispielsweise über Lehrerbildung, woraus der Antrag „Weichen richtig stellen – Lehramtsstudium neu strukturieren“ für die Unterbezirkskonferenz entstand.

Bei unserer Arbeit kooperierten wir häufig mit der AfB und besuchten Veranstaltungen der AfB. Zudem
5 unterstützen wir das Volksbegehren für gute Schulen in Niedersachsen durch das Sammeln von Unterschriften.

Das gesamte Jahr hindurch wurde unsere theoretische Arbeit ganz im Sinne der Doppelstrategie von der Teilnahme an verschiedenen Demonstrationen, an deren Planung wir uns auch beteiligten.

Arbeitskreis gegen Rechts

10 Nach langer Zeit gab es bei den Jusos Region Hannover wieder einen funktionierenden AK gegen Rechts. Wir haben es geschafft die Jusos wieder als das darzustellen was sie sind: ein linker und antifaschistischer Verband!

Wir haben über das gesamte Jahr hinweg gezeigt, dass wir uns dem Faschismus entschlossen entgegen stellen!

Wir waren, auch Unterbezirksübergreifend, auf mehreren Demonstrationen, zB. bei der Blockade des

Naziaufmarsches in Bad Nenndorf oder bei der „Opfern rechter Gewalt eine Stimme geben“-Demonstration in

15 der Innenstadt Hannovers. Auf zwei Demonstrationen haben Vertreter des AK's eine Rede gehalten, darüber hinaus waren wir mehrmals als ReferentInnen oder als Gäste bei einer Podiumsdiskussion eingeladen.

Außerdem haben wir den engen Kontakt zu anderen linken Organisationen gesucht und gemeinsam mehrere Aktionen durchgeführt.

Auch inhaltlich hat sich einiges getan im AK gegen Rechts, so gab es mehrere Vorträge, besonders

20 hervorzuheben ist da der Vortrag von Lars Kelich, Landeskoordinator der Juso Hochschulgruppen, zu dem Thema „Rechte Buschenschaften an der Uni Hannover“.

Diese ganze Arbeit schlägt sich auch in der Öffentlichen Wahrnehmung wieder. So fand man uns Jusos mehrmals in Artikeln der HAZ, die meisten beschäftigten sich mit unserem Kampf gegen die Neonazi Gruppierung „Besseres Hannover“.

25 Es zeigt sich, dass wir gemeinsam gute, antifaschistische Arbeit leisten können und ich bin mir sicher der AK gegen Rechts wird auch weiterhin hervorragende Arbeit leisten!

Der Arbeitskreis Feminismus und Gleichstellung:

Der Arbeitskreis Feminismus und Gleichstellung beschäftigte sich gemeinsam mit dem AK Bildung mit dem Thema Inklusion und an der Ausarbeitung eines entsprechenden Positionspapiers.

Im Arbeitskreis wurde die Teilnahme der Jusos am Christopher Street Day Hannover vorbereitet, wozu das Organisieren von Material und die Mobilisierung, sodass wir dort sichtbar vertreten waren und Flagge gegen
5 Sexismus und Intoleranz zeigen konnten.

Gemeinsam mit den weiblichen UBV-Mitgliedern organisierte der Arbeitskreis einen Frauenabend mit Kerstin Tack, bei dem alle Genossinnen des Unterbezirks eine persönliche Einladung per Post erhielten, sich in gemütlicher Atmosphäre auszutauschen. Das Angebot wurde sehr gut angenommen.

Der Arbeitskreis Internationales:

10 Nach längerer Existenz des „Projektes Internationales“ wurde der Arbeitskreis Internationales geschaffen, welcher von nun an als Plattform fungierte, um sich über internationale Politik auszutauschen, Informationen zu akquirieren, um sich dann mit diesen internationalen Themen auseinandersetzen zu können.

Zunächst behandelte der Arbeitskreis die Themen rund um den Iran, sowie rund um den Konflikt in Afghanistan. Als Einstieg in diese beiden Themen organisierte der Arbeitskreis einen Filmabend mit
15 Kurzfilmen des Kabarettisten Volker Pispers. Im Anschluss wurde über die Aussagen Pispers diskutiert.

Die nächsten Treffen befassten sich mit dem Iran, vor allem mit dem iranischen Atomprogramm. Hierzu gab es mehrere Inputreferate bezüglich der politischen, wirtschaftlichen und allgemeinen Situation des Irans, um den Diskutanten Hintergrundinformationen zu liefern, und ihnen somit den Einstieg in die Diskussion über das iranische Atomprogramm, sowie die Außenpolitische Handlungen des Irans zu erleichtern.

20 Nachdem man sich kontrovers mit außenpolitischen Handlungen einzelner Nationen auseinander gesetzt hatte, entschied sich der Arbeitskreis mit international-politischen Themen auseinander zu setzen, welche vor allem für die kommunalpolitische Ebene von großer Wichtigkeit sein sollten. So entschied man sich für eine Kooperation mit dem Arbeitskreis „Umwelt und VerbraucherInnenenschutz“ um über die Energieversorgung zu diskutieren.

Hieraus resultierte eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Titel „Energiekonzept Europa“. Als Diskutanten
25 saßen Dr. Matthias Miersch, Bernd Lange, sowie Gerrit Riemer von E.ON. auf dem Podium. Die Moderation

übernahm Sonja Kapp aus dem Juso Landesvorstand. Die zentralen Diskussionspunkte dieser Podiumsdiskussion waren unter anderem die Dezentralisierung der Energieerzeugung versus anstehende Großprojekte wie Desertec, sowie die Frage rund um das Feld der (Re-) Kommunalisierung oder der Europäisierung der Energieversorgung. Im Vorfeld dieser Veranstaltung wurde eine gemeinsame
5 Arbeitskreissitzung in Seminarform mit Michael Reschke vom Juso Bundesvorstand zur thematischen Vorbereitung durchgeführt.

Rechenschaftsbericht des AK Kommunalpolitik

Zum Abschluss des verkürzten UBV Jahres ist festzustellen, dass der AK Kommunalpolitik trotzdem sämtliche selbstgesteckte Ziele erfüllt hat.

10 Durch Veranstaltungen mit externen Referenten wie Jürgen Mineur (Aufsichtsrat der ÜSTRA) und Stephan Weil (Oberbürgermeister) haben wir komplexe Themengebiete wie Gewerbesteuer und öffentlicher Personennahverkehr ergründet und Positionen aufgestellt, die zum Teil durch das AGen Plenum inzwischen Beschlusslage des Juso UBV sind.

Das Besuchen von externen Veranstaltungen, wie im Juni bei der Regionsversammlung mit dem Thema
15 Optionskommune, hat ebenfalls dazu beigetragen, dass wir auf thematisch schweren Gebieten unter dem Abwägen verschiedener Positionen Entscheidungen fanden.

Eine große Stärke des AKs war die schnelle Reaktion auf tagespolitisches Geschehen. So haben wir uns eindeutig und medienwirksam zu den Themen Zoo Sozialticket, Schulbiologiezentrum, den
Aufsichtsratsantiemen der Üstra, dem Steuerzahlerbund und Kinderbetreuung, sowie Sozialarbeit an Schulen
20 geäußert und sind in den großen Zeitungen und zahlreichen Anzeigenblättern erschienen.

Insgesamt können wir auf ein anstrengendes aber auch gutes Jahr zurückblicken in dem viel Gute und vor allem auch Grundsätzliche Arbeit getan wurde.

Arbeitskreis Mitgliederbetreuung, Mitgliederaktivierung und politische Bildung

Der Arbeitskreis Mitgliederbetreuung, Mitgliederaktivierung und politische Bildung (MMPB) hat im vergangen
25 Jahr mehrere Neumitgliederabende durchgeführt und die Ansprache der Neumitglieder verbessert.

Bei den Neumitgliederabenden am 5. März 2010, 11. Juni 2010 und 21. Januar 2011 konnten viele Neumitglieder für die politische Arbeit gewonnen werden. Bei den beiden ersten Abenden waren dutzende Mitglieder

5 Es wurde auch eine standardisierte Email entwickelt, die Neumitglieder zeitnah nach Eintritt bekommen und mit allen wichtigen Informationen, Kontakt zu den lokalen AG-Ansprechpartnern und den nächsten Terminen des Unterbezirks.

Auf der Unterbezirkskonferenz 2010 haben wir beschlossen die sogenannten Betreuungscluster einzuführen. Der Arbeitskreis arbeitete im Herbst 2011 die konkrete Umsetzung der Cluster und legte dem AGen-Plenum einen Beschluss vor. Sobald sich eine ausreichende Anzahl freiwillig gemeldet hat, um die Cluster zu besetzen,
10 kann die Clusterarbeit anfangen.

Arbeitskreis Soziales und Integration

Als Auftakt der Arbeit haben wir Expertengespräch über die kommunale Integrationspolitik, insbesondere über die Lage in Hannover mit Alpetkin Circi geführt. Wir konnten uns über die integrationspolitische Lage in der Region informieren und über die Ansprüche von Verbänden für Menschen mit Migrationshintergrund
15 informieren.

Wir haben auch konstruktiv kritisch über das Papier „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“ diskutiert und über die Herausforderungen der medizinischen Versorgung für Menschen mit Migrationshintergrund gesprochen.

Wir haben ebenfalls ein Expertengespräch zu der konkreten Arbeit der Jobcenter geführt. Wir konnten im Detail die genauen Vorgänge in der Arbeitsvermittlung erfahren und die Probleme und Herausforderungen im
20 konkreten Alltag der Jobcenter. Auf Basis dieses Gespräches sind wir zu der Auffassung gekommen, dass die Optionskommune der falsche Weg für die Region Hannover ist.

Das Ziel des Arbeitskreises war aber von Anfang an auch die lokalen Einrichtungen in der Region Hannover zu besuchen. Der Anspruch war mit den Menschen in der Region in direkten Kontakt zu treten und nicht nur Politik im Kurt-Schuhmacher-Haus zu betreiben. Wir haben deshalb mehrere Einrichtungen und Institutionen
25 besucht und uns über ihre Arbeit informiert.

Im Juni haben wir die schiitische Moschee in der Nordstadt an der Haltenhoffstraße besucht. Wir haben uns dort über den schiitischen Islam und das Leben der Gemeinde informiert. Im Anschluss gab es eine gemeinsam Gesprächsrunde über die politischen Ansprüche und die Zukunft der Gemeinde.

Wir haben uns auch mit dem Leben und den politischen Anliegen der vietnamesischen Gemeinde in Hannover bei dem Besuch der Pagode Vien Gac in Mittelfeld auseinandergesetzt. Die 20 Genossinnen und Genossen, die mitgekommen waren, informierten sich zunächst ausführlich über den Buddhismus und diskutierten im Anschluss bei einem gemeinsamen vietnamesischen Abendessen über die besondere Situation der vietnamesischen Gemeinde und die Geschichte der Flüchtlinge nach dem Ende des Vietnamkrieges.

Als Abschluss der Besuchsreihe haben wir das Flüchtlingsheim in Hannovers Südstadt besucht. Wir haben dort über die Alltagssituation und die rechtlichen Bedingungen für Flüchtlinge informiert. Wir konnten auch unsere eigenen politischen Vorstellungen einbringen und über die richtige Politik für Flüchtlinge diskutiert.

Gemeinsam mit der SPD haben wir auch im Arbeitskreis eine Debatte zur zukünftigen Rentenpolitik losgestoßen. In zwei Sitzungen haben wir intensiv darüber beraten wie wir ein gerechtes und nachhaltiges Rentensystem Das Ergebnis ist ein umfassender Antrag, der das Potenzial hat auch auf die höheren eingebracht zu werden.

Die politische Jahr 2010 wurde aber auch von der Bundespolitik geprägt. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat mit ihrer Atompolitik und ihrer Sozial- und Finanzpolitik die Menschen gegen sich aufgebracht. Der Arbeitskreis Soziales und Integration hat deshalb die Koordinierung der Teilnahme an der Anti-Sozialabbau demo: „Druck machen“ am 6. November 2010 übernommen. Die Jusos in der Region Hannover haben so als einziger Teil der Sozialdemokratie bei der Demonstration in Hannover öffentlich den Widerstand gegen die Politik der Bundesregierung gezeigt.

Als Fazit des vergangenen Jahres kann gezogen werden, dass sowohl die Integrationspolitik, als auch die Sozialpolitik sehr breite Themenfelder sind. Eine Trennung in die Arbeitskreise Integration und Soziales, Arbeit und Wirtschaft deshalb sinnvoll.

Der Arbeitskreis Umwelt und VerbraucherInnenschutz:

Begonnen hat der Arbeitskreis bereits vor der Unterbezirkskonferenz 2010, genauer gesagt im Februar mit der Organisation und Teilnahme an der Anti-Atom-Demo in Hameln. Mit dieser Aktion konnten wir das Anti-Atomplenum Weserbergland und die Jusos Hameln-Pyrmont unterstützen und einen guten Kontakt zu ihnen aufbauen. Ein Bericht über die Demonstration war in der Tagesschau zu sehen.

Die Frühjahrsputz-Aktion „Putzmunter“ im Stadtgebiet Hannover wurde zur zweiten sehr erfolgreichen Sache. Der Arbeitskreis lud ein, sich zu Sammelgruppen zusammenzuschließen, aktiv Umweltschutz zu betreiben und damit das Stadtbild zu verbessern. Die AGen NordWest, Südost und Vahrenwald-List, sowie die SPD-OVs Herrenhausen-Stöcken und Großbuchholz beteiligten sich an dieser Aktion. Die AG NordWest erhielt zudem Unterstützung von der AG Wennigsen).

In Punkto Gentechnik gab es auf der ersten AK-Sitzung ein Einstiegsreferat mit Handout, das auf der Homepage abrufbar ist. Für das AGen-Plenum wurde ein Positionspapier zum Thema *Amflora* (einer gentechnisch veränderte Stärkekartoffel) geschrieben, aus dem später ein Antrag entstanden ist. Dieser wurde auf dem AGen-Plenum einstimmig beschlossen.

Von der ersten AK-Sitzung an begannen die intensiven Planungen für alle kommenden Aktionen. Die Anfahrt zur Anti-Atom-Menschenkette am 24. April wurde vom Arbeitskreis koordiniert, GenossInnen eingeladen, und viel Werbung dafür gemacht. Beispielsweise gab es eine Flyer-Verteilaktion am Kröpcke, sowie mehrfaches Verteilen von Material in der Uni-Hauptmensa.

Auf dem Solarfest am 16. Mai betreute der Arbeitskreis einen Infostand und vermittelte dadurch symbolisch, dass die Jusos sich für regenerative Energien stark machen. Für das Solarfest wurde ein Flyer mit einem Umweltquiz erstellt. Für jede(n) Teilnehmer(in) gab es als Preis einen Kresse-Becher mit Juso-Rose und Internetadresse des Juso-UBs: Außerdem wurde der - einigen sicher bekannte - Solarofen gebaut und darin Waffel gebacken. Es handelte sich dabei um einen echten Publikumsmagneten, der immer wieder für ein

Gespräch zwischen Passanten und Jusos sorgte. Nebenbei unterstützten wir den SPD-Stand auf dem Fest und das „Atomfass“-Dosenwerfen. An die kleinen Gäste wurden SPD-Windräder verteilt.

5 Auf der kommenden AK-Sitzung wurde der Antrag „Projekt Zukunft“ des Juso-UB Northeim-Einbeck für die Bezirkskonferenz überarbeitet und inhaltliche Anregungen ausformuliert. Das Positionspapier zur Ölpest im Golf von Mexiko wurde auf dieser Sitzung ebenfalls beschlossen und an das AGen-Plenum weitergeleitet. Auf einer weiteren AK-Sitzung positionierten wir uns dann zu Google StreetView und trugen diesen Antrag in das AGen-Plenum. In regelmäßigen Abständen wurden Neumitgliederabende veranstaltet, auf denen der Arbeitskreis vertreten war. Im Vorfeld wurden Texte über den AK geschrieben, der Neumitglieder über die Arbeit im Arbeitskreis informieren sollte.

15 Das Jahr 2010 war das Jahr der Anti-Atomproteste. Es wurde höchste Zeit, dass die Öffentlichkeit wieder häufiger die Jusos auf Demos gegen die Kernkraft wahrnahm und sah, dass auch wir uns gegen Laufzeitverlängerungen durch schwarz-gelb und gegen die veraltete Technik stark machen. Neben der Teilnahme an der Menschenkette zwischen den AKWs Krümmel und Brunsbüttel am 24. April und der Demo in Hameln beteiligte sich der Arbeitskreis außerdem an der Atom-Alarm-Aktion vor dem Abgeordnetenbüro Maria Flachsbart (CDU) am 26. Juli, an der Umzingelung des Regierungsviertels in Berlin am 18. September, an einer Kundgebung des Anti-Atomplenums Hannover zwischen Hauptbahnhof und Kröpcke am 10. September, sowie an der Anti-Atom-Demo am 23. Oktober in Hannover.

20 Eine Unterstützung des Anti-Atomplenums Weserbergland wird durch die Teilnahme an der Demo in Emmerthal/ Grohnde am 15. Januar 2011 fortgesetzt.

25 Das Thema Energieversorgung war der Anlass für eine gemeinsame Veranstaltung des Arbeitskreises Umwelt und VerbraucherInnenchutz und Internationales mit dem Titel „Energiekonzept Europa?“ Auf dem Podium saßen Bernd Lange und Matthias Miersch, sowie Gerrit Riemer von E.ON. Die Moderation übernahm Sonja Kapp vom Juso-Landesvorstand. Die Veranstaltung war sehr gut besucht. Im Vorfeld wurde eine AK-Sitzung in Seminarform durchgeführt. Zu Gast war Michael Reschke vom Juso-Bundesvorstand, der uns thematisch auf die Veranstaltung vorbereitete.

Wichtig für uns Jusos war auch die stärkere Bindung zu den Vorfeldorganisationen der SPD. Die Naturfreunde Deutschlands e.V. beispielsweise sind ein Verein, der aus der Arbeiterbewegung heraus entstanden ist, sich also zum Demokratischen Sozialismus bekennt und neben Freizeitaktivitäten wie Wandern auch politische

5 Veranstaltungen und Aktionen durchführt. Regelmäßige Treffen von uns mit den Naturfreunden zogen sich durch das gesamte Jahr.

Als Jahresabschluss besuchte der Arbeitskreis zu Guter Letzt das bis zum Februar in Hannover stehende Plusenergiehaus und ließ sich über energiesparendes und umweltfreundliches Wohnen beraten. Dabei gab es für

10 jeden die Botschaft mit nach Hause, dass das Wohnen in solch einem Haus nicht einen Mangel an Komfort bedeutet, sondern dass man sich darin auch richtig wohlfühlen kann.

Aus der thematischen Aufbereitung der Energieproblematik sind für die Unterbezirkskonferenz 5 Anträge und eine Resolution entstanden, die zur Abstimmung stehen. Die Anträge behandeln die Themen *Carbon Capture*

15 *and Storage*: „CO₂ vergraben für das Grüne Gewissen?“, ein Antrag zur Rekommunalisierung:

„Energieversorgung endlich gerecht und nachhaltig gestalten!“, „Erdgas Eldorado Deutschland verhindern!“,

„Keine faulen Kompromisse mit der Atomwirtschaft mehr“, sowie die Resolution „Klare Position zum Thema Desertec beziehen!“.

Forum Arbeit/Wirtschaft

20

Das Forum Arbeit/Wirtschaft hat insgesamt 7 Mal stattgefunden. Die Zahl der Teilnehmenden war insgesamt nicht zufriedenstellend. Zum Teil war nur die Forumsleitung anwesend. Die Ergebnisse sind infolgedessen hinter den im Arbeitsprogramm 2010 formulierten Erwartungen deutlich zurückgeblieben. Als

Diskussionsforum ist das Forum A/W zunächst gut mit dem Thema „bedingungsloses Grundeinkommen“

25 gestartet, danach ging die Zahl der Teilnehmenden rasch zurück. Als Konsequenz aus diesen Erfahrungen wird das Forum A/W nach der UBK in den neuen AK Soziales, Arbeit und Wirtschaft überführt.

Personalvorschläge

Für den Unterbezirksvorsitz

5 Adis Ahmetovic *nominiert von: der Juso AG Bothfeld-Vahrenheide-Sahlkamp*

Lea Gronenberg *Nominiert von: der Juso AG Barsinghausen, der Juso AG Linden-Limmer, der Juso AG Nordstadt, der Juso AG Vahrenwald-List*

10 Philip Le Butt *Nominiert von: der Juso AG Barsinghausen, der Juso AG Linden-Limmer, der Juso AG Nordstadt, der Juso AG Vahrenwald-List*

Für die stellvertretenden Unterbezirksvorsitzenden:

15 Ufuk Deniz Ciyakli *nominiert von der Juso AG Nord West*

Heiderose Hoja *nominiert von der Juso AG Nord West*

Martin Jäger

20

Christoph Lokotsch *nominiert von der Juso AG Lehrte*

Lasse Per Peterson *nominiert von der Juso AG Südstadt-Bult und der Juso AG Südost*

25 Stephan Reinisch *nominiert von der Juso AG Bothfeld-Vahrenheide-Sahlkamp*

Rebekka Windus *nominiert von der Juso AG Vahrenwald-List*

Thorsten Wurlitz *nominiert von der Juso AG Nordstadt*

Für den Bezirksvorstand:

Daniel Brunkhorst *nominiert von der Juso AG Nordstadt, der Juso AG Nord West*

5 Wahlen und Nominierungen für die Delegationen

AG	Bezirkskonferenz	Landeskonferenz	Bundeskonferenz
Burgdorf	Sven Abend	Sven Abend	Sven Abend
	Theresa Ernst		Theresa Ernst
Hemmingen	Sarah Andreas	Sarah Andreas	Sarah Andreas
Lehrte	Christoph Lokotsch	Christoph Lokotsch	Christoph Lokotsch
Nordstadt	Julia Berlit-Jackstien	Julia Berlit-Jackstien	Julia Berlit-Jackstien
	Yasin Herar	Daniel Brunkhorst	Daniel Brunkhorst
	Moritz Jackstien	Yasin Herar	Yasin Herar
	Jan-Erik Keilholz	Moritz Jackstien	Moritz Jackstien
	Benjamin Köster	Jan-Erik Keilholz	Jan-Erik Keilholz
	Philipp Kreis	Benjamin Köster	Benjamin Köster
	Marko Langerwisch	Philipp Kreis	Philipp Kreis
	Julia Laube	Marko Langerwisch	Marko Langerwisch
	Thorsten Wurlitz	Julia Laube Thorsten Wurlitz	Julia Laube Thorsten Wurlitz
Nordwest	Torsten Tegtmeier	Ufuk Deniz Ciyakli Regina Karsch Linda Polley Torsten Tegtmeier Anna Ziegler	

Südost	AndreasHammerschmidt Christian Jagaciak Fabian Neumann Michael Quast Björn Siekmann	AndreasHammerschmidt Christian Jagaciak Fabian Neumann Michael Quast Björn Siekmann	AndreasHammerschmidt Christian Jagaciak Fabian Neumann Michael Quast Björn Siekmann
Südstadt-Bult	Anne Nina Daubert Nina Fritsch Marius Grön Lukas Kollenberg Lasse Per Peterson Charlotte Wallat	Anne Nina Daubert Nina Fritsch Marius Grön Lukas Kollenberg Lasse Per Peterson Charlotte Wallat	Anne Nina Daubert Nina Fritsch Marius Grön Lukas Kollenberg Lasse Per Peterson Charlotte Wallat
Vahrenwald-List	Tanja Barthelmes Matthias Bock Julian Bohl Carsten Gramms Sajad Hafezi Philip Le Butt Timothy Le Butt Jasmin Osman Rebekka Windus	Tanja Barthelmes Matthias Bock Julian Bohl Carsten Gramms Sajad Hafezi Philip Le Butt Timothy Le Butt Jasmin Osman Rebekka Windus	Tanja Barthelmes Matthias Bock Julian Bohl Carsten Gramms Sajad Hafezi Philip Le Butt Timothy Le Butt Jasmin Osman Rebekka Windus
Wunstorf	Carl Espeter Alexandra Girod	Carl Espeter Alexandra Girod	Carl Espeter Alexandra Girod

Engagiert. Mutig. Links.

Das Arbeitsprogramm der Jusos Region Hannover 2011

5 Die Jusos sind ein sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband innerhalb der SPD.

Wir engagieren uns politisch, weil wir für eine bessere Welt streiten wollen. Unsere Richtung ist klar: Links.

Wir

streben unsere politischen Ziele engagiert und mutig an.

Unser Ziel ist die Teilhabe aller Menschen zu erreichen. In der Region Hannover können wir das ganz konkret.

10 Wir wollen die materielle und immaterielle Absicherung aller Menschen. Wir wollen gleiche Rechte für alle

Geschlechter. Wir wollen das Ende des nationalen Denkens und die Solidarisierung aller Menschen.

Im Unterbezirk bereiten wir die ideologische und praktische Grundlage der SPD und ihrer MandatsträgerInnen vor. Der demokratische Sozialismus ist für uns kein Hirngespinnst, sondern ein konkretes politisches Ziel, auf das wir konsequent hinarbeiten.

15 Gemeinsam wollen wir deshalb die Arbeit im Unterbezirk weiterentwickeln. Die Sozialdemokratie sich wird in

den nächsten Jahren ändern und weiterentwickeln müssen. Als Jusos Region Hannover werden wir uns deshalb

an dieser Debatte beteiligen und selbst als Vorbild progressiv für neue Strukturen, Organisationsformen und

Inhalte streiten. Dabei werden die Transparenz, Offenheit und Teilhabe des letzten Jahres unsere politische Arbeit weiter auszeichnen.

20

Inhaltliche Arbeit weiter entwickeln

Im kommenden Jahr werden wir unsere inhaltliche Arbeit weiterentwickeln. Wie bisher werden in den

verschiedenen Arbeitskreisen Inhalte diskutiert und Positionen erarbeitet. Insbesondere sollen dort die

25 inhaltlichen Grundlagen geschaffen werden.

Darüber hinaus werden Projektgruppen eingerichtet, die sich über einen begrenzten Zeitraum mit einem spezifischen Thema beschäftigen und zielgerichtet arbeiten. Innerhalb dieses Zeitraumes werden die Gruppen konkrete inhaltliche Positionsentwürfe erarbeiten und dem AGen-Plenum und der Unterbezirkskonferenz vorlegen. Diese Projektgruppen werden den inhaltlich entsprechenden Arbeitskreisen untergeordnet sein und diesem zuarbeiten.

Organisatorische Schlagkraft erhöhen

10 Als Jusos müssen wir unsere inhaltlich guten Positionen mit einer effektiven Arbeit verbinden. Für die Doppelstrategie müssen wir in der Lage sein effektiv politisch zu arbeiten. Demonstrationen sind für uns eine wichtige Möglichkeit der politischen Auseinandersetzung und Teil der Doppelstrategie. Wir werden unsere Teilnahme an Demonstrationen unserer BündnispartnerInnen weiter hochhalten und uns sichtbar als Jusos aktiv einbringen. Eine effektive Vor- und Nachbereitung gehören dazu, genauso wie eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema der Demonstration, um sprachfähig zu sein und eigene Flugblätter einbringen zu können.

Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, dass FunktionsträgerInnen der Jusos auch eine Präsenzpflcht haben. Der neue Unterbezirksvorstand wird deshalb bei allen Veranstaltungen der SPD und unserer BündnispartnerInnen eine deutliche Präsenz zeigen.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Eine gute Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist notwendig, um unsere Positionen publik zu machen und in die Gesellschaft hineinzutragen. Unsere Positionen müssen deshalb öffentlichkeitswirksam für die Homepage und die Presse aufbereitet werden.

Wir werden regelmäßig Artikel auf der Homepage veröffentlichen und so auch eine Debatte fördern, die außerhalb der klassischen Sitzungen stattfindet und so auch mehr Menschen anspricht.

Auch Infostände und Verteilaktionen eignen sich für die Öffentlichkeitsarbeit. Dabei können wir auf vielfältige Präsentationsmöglichkeiten zurückgreifen, um auf unsere Anliegen aufmerksam zu machen. Wir können insbesondere Aktionen durchführen, die sich von den klassischen Aktionsformen der SPD abheben und so auch eine moderne und zielgruppengerechte Ansprache für Jugendliche und junge Erwachsene formulieren.

5

Mitgliederbetreuung und politische Bildung

Die Mitgliederbetreuung stellt einen zentralen Punkt der Vorstandsarbeit dar und wird vom Vorstand in enger Zusammenarbeit mit den AGen koordiniert und an deren Bedürfnisse angepasst. Dazu gehört auch die

10 Ausrichtung dezentraler Angebote.

Voraussetzungsreiche Diskussionen in Sitzungen und bei Veranstaltungen erschweren den Zugang für junge oder unerfahrene GenossInnen. Durch Grundlagenarbeit sollen hier Hemmschwellen gesenkt werden. Dies gilt zum einen in Bezug auf grundlegende Inhalte, die im Forum Grundlagen Sozialistischer Politik (siehe Unten)

15 vermittelt werden. Darüber hinaus besteht ein Bedarf, Strukturen und Arbeitsweisen der Jusos kennen zu lernen. Im Rahmen von Workshops werden deshalb verschiedene Techniken und Informationen zur praktischen Jusoarbeit vermittelt. Darunter fallen das Leiten und Vorbereiten einer Sitzung, sowie eine effektive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. In einer Antragswerkstatt können unter Anleitung erfahrener GenossInnen Anträge zu eigenen Themen erarbeitet werden.

20

Die Strukturen der Partei können auf Anfrage anhand des Aufbauspiels in einzelnen AGen vermittelt werden. Dabei wird ein Überblick über die verschiedenen Ebenen und Gremien gegeben.

Außerdem soll in Kooperation mit der SPD ein Mentoringprogramm eingerichtet werden, bei dem InteressentInnen über einen bestimmten Zeitraum von einer/einem erfahrenen Genossen/Genossin betreut

25 werden.

Dazu gehören zum Beispiel das gemeinsame Besuchen von Sitzungen und Veranstaltungen und die Hilfestellung bei eigenen Projekten.

Das Angebot im Bereich der Grundlagen kann und soll nach Bedarf angepasst werden.

Es werden weiterhin Neumitgliederabende durchgeführt, bei denen Möglichkeiten zur Mitarbeit, der strukturelle Aufbau der Partei und die inhaltliche Ausrichtung des Verbands präsentiert werden.

Neben den dargestellten Bildungsangeboten werden auch gemeinsame Freizeitaktivitäten angeboten, um den Zusammenhalt zu stärken und einen Austausch untereinander zu ermöglichen.

5

Frauenförderung

Obwohl wir uns ausdrücklich als feministischer Richtungsverband definieren, sind Frauen in Gremien und in der

10 Verbandsarbeit insgesamt unterrepräsentiert. Infolgedessen werden auch Debatten trotz der quotierten RednerInnenliste von Männern dominiert.

Durch gezielte Angebote für Frauen können diese in ihrem politischen Engagement gestärkt werden. Darüber hinaus können durch die Etablierung regelmäßiger Frauentreffen in lockerer Atmosphäre Frauennetzwerke

15 geschaffen werden. Der kontinuierliche Austausch unter interessierten Frauen wird über einen eigenen Emailverteiler organisiert. Auf diese Weise wird gerade jungen Frauen das Engagement und auch das Übernehmen von Verantwortung bei den Jusos erleichtert.

Bündnisarbeit

20

Unsere Positionen können wir nur durchsetzen, wenn wir in Bündnissen gemeinsam dafür einstehen. Im kommenden Jahr werden wir wieder verstärkt in den Dialog mit den Jugendorganisationen von Gewerkschaften und anderen Parteien, sowie unseren Vorfeldorganisationen treten. Hierbei streben wir die Etablierung eines regelmäßigen Treffens mit VertreterInnen dieser Organisation an, um eine kontinuierliche Zusammenarbeit zu

25 ermöglichen. Die Doppelstrategie ist für uns ein wichtiger Teil der politischen Arbeit. Wir müssen als Jusos sowohl die Politik in den Parlamenten vorantreiben, als auch auf den Straßen für eine gerechte Welt kämpfen.

Wir müssen das Bindeglied zwischen den Interessen aktionistischer Organisationen und der Sozialdemokratie darstellen.

Deshalb werden wir uns wie bisher in Bündnissen zu Themenbereichen wie Bildung, Antifaschismus und Umwelt einbringen und unsere Positionen verstärkt einfließen lassen. Unser Ziel ist es, die Jusos als eine starke Kraft in der politischen Linken in der Region Hannover zu etablieren.

5 **Parteiarbeit**

Die SPD ist die einzige Partei, die die Macht und den grundsätzlichen Willen hat, um wirkliche soziale Veränderung in der Gesellschaft herbeizuführen. Als Richtungsverband innerhalb der SPD gilt es, unsere Positionen in die Partei hineinzutragen, denn die SPD muss wieder mutig linke Positionen vertreten um Mehrheiten zu gewinnen.

Wir werden deshalb nicht nur, an den Sitzungen der SPD teilnehmen und bei den AGen-Plenen darüber berichten, sondern auch gezielt unsere Impulse beim Unterbezirksparteitag, im Unterbezirksbeirat, und im Unterbezirksvorstand einbringen. Außerdem werden wir die Arbeit in den Gremien der Partei begleiten, um unsere Positionen durchzusetzen und den Erneuerungsprozess der SPD aktiv mitzugestalten.

15

Kommunalwahl 2011

Die Kommunalwahl 2011 wird einer der großen Themenbereiche in diesem Jahr werden. Die SPD hat bereits begonnen die Inhalte in Konferenzen mit der Parteibasis und der Bevölkerung zu diskutieren. Mit den beschlossenen Juso-Programmbausteinen haben wir bereits einen wichtigen Schritt für unseren Beitrag zum Kommunalwahlprogramm geleistet. Wir werden uns weiter aktiv in den Wahlprogrammprozess einbringen und gezielte Änderungsanträge für den Programmentwurf stellen.

Wir werden eine Projektgruppe „Kommunalwahl 2011“ einrichten, die dem AK Kommunalpolitik untersteht. Alle Vorstandsmitglieder werden mitarbeiten und organisatorisch den Wahlkampf unterstützen. Die Organisation unseres Wahlkampfes wird dort geplant. Zudem wird eine konkrete Anlaufstelle für Arbeitsgemeinschaften geboten. Zentrale Wahlkampfaktivitäten werden von der Projektgruppe geplant, um einen effektiven Wahlkampf zu ermöglichen.

Bei dieser Wahl werden auch wieder viele KandidatInnen der Jusos für kommunale Mandate antreten. Die Projektgruppe „Kommunalwahl 2011“ wird deshalb Schulungen und Seminare anbieten und den KandidatInnen eine eigene Plattform bieten.

5 **Unsere Rolle im Verband**

Der Unterbezirk Region Hannover ist einer der größten Unterbezirke im Gesamtverband. Damit kommt uns aber auch eine besondere Verantwortung zu. Wir werden deshalb mit anderen Unterbezirken im Bezirk und Landesverband stärker zusammenarbeiten, um gute KandidatInnen und gute Positionen auf höheren Ebenen durchzusetzen.

Arbeitskreis

Bildung

- 15 Im Arbeitskreis Bildung werden wir uns im kommenden Jahr grundlegende Gedanken darüber machen, was Bildung für uns als JungsozialistInnen bedeutet. Im Anschluss an diese Grundüberlegungen wollen wir uns dann mit früheren und aktuellen Bildungsbegriffen der Sozialdemokratie beschäftigen, um die von uns formulierte Vorlage in Vergleich dazu zu setzen.
- 20 Ein Schwerpunkt wird dabei in der Gestaltung von Schule liegen. Zentral wird die Diskussion darum sein, inwiefern Schule zur Befähigung zur gesellschaftlichen und politischen Partizipation beitragen kann und muss. Anhand von vorliegenden pädagogischen und (partei-)politischen Bildungskonzepten wollen wir uns Gedanken über Inhalte und Organisationsformen von Schule machen und auf ein eigenes Bildungskonzept hinarbeiten. Bildung beginnt jedoch bereits vor der Einschulung und endet nicht mit dem Schulabschluss. Deshalb müssen
- 25 auch die Bereiche „Frühkindliche Bildung“, „Ausbildung“ und „Hochschule“ in die Überlegungen einbezogen werden. Im Bereich Ausbildung wird eine Vernetzung mit dem AK „Arbeit, Wirtschaft, Soziales“ sowie mit

JAVen (Jugend- und Auszubildenenvertretungen) angestrebt. Hochschulpolitische Themen werden gemeinsam mit der Hochschulgruppe diskutiert.

Weiterhin werden wir unsere Positionen in Bildungsbündnisse einbringen und gemeinsam mit unseren

5 BündnispartnerInnen, wie den Jugendorganisationen von Gewerkschaften und anderen Parteien, Veranstaltungen

und Demonstrationen organisieren. Bis zum Mai werden wir zudem das Volksbegehren für gute Schulen in Niedersachsen beim Sammeln von Unterschriften unterstützen.

10 **Arbeitskreis**

Feminismus und Gleichstellung

Die Jusos sind ein feministischer Richtungsverband. Dennoch spiegelt sich dieses Selbstverständnis in der Realität nur bedingt wieder, da Sitzungen und Gremien nach wie vor überwiegend männlich besetzt sind und

15 Debatten dementsprechend häufig durch Männer dominiert werden.

Durch eine Vernetzung der Frauen im Jusos Unterbezirk Region Hannover kann dem entgegengewirkt werden.

Deshalb wird der Arbeitskreis regelmäßige Frauentreffen etablieren, bei denen sich Frauen untereinander über ihre spezifischen Erfahrungen und Strategien austauschen und sich gegenseitig ermutigen können. Zwischen

20 den Treffen wird für die Kommunikation ein E-Mailverteiler bereitgestellt.

Doch Feminismus ist kein reines Frauenthema, sondern geht uns alle an! Um ein Bewusstsein für die

Entwicklung und die Relevanz der Feminismusbewegung zu schaffen, plant der Arbeitskreis verbandsöffentliche

Veranstaltungen zu Themen wie „Geschichte der Frauenbewegung“, „Politische Partizipation und

25 Repräsentation von Frauen“.

Wir Jusos kämpfen für eine Gesellschaft, in der niemand wegen seiner Sexualität diskriminiert wird. Deshalb werden wir mit einer Beteiligung am Christopher Street Day Hannover ein Zeichen für Toleranz und gegen Homophobie setzen.

- 5 Außerdem wollen wir in Kooperation mit den Schwusos unsere inhaltliche Ausrichtung für eine wirkliche Gleichstellung von homo-, hetero- und bisexuellen Menschen weiterentwickeln.

Arbeitskreis

Gegen Rechts

10

Auch 65 Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Terrorherrschaft ist der Kampf gegen Faschismus und Intoleranz noch immer nicht gewonnen. Rechtsextreme Parteien werden in Landtage und Kreistage gewählt und können dort ihre Hetzen gegen Ausländer, Juden, Obdachlose, Homosexuelle, und andere Minderheiten verbreiten. Es muss die Aufgabe von uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten, solche Hetzen zu bekämpfen und für Toleranz und Menschlichkeit einzustehen. Der Kampf gegen Rechts ist das tägliche Verteidigen der demokratischen Ordnung. Daher wollen wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten uns aktiv am Kampf gegen Rechtsextremismus in der Region Hannover beteiligen.

15

In den letzten Jahren hat sich die rechte Szene gewandelt. Nicht nur durch die bloße Teilnahme an Aufmärschen machte man auf sich aufmerksam, sondern versuchte vermehrt Alternativen zur sogenannten „linken

20

Jugendzene“ zu bieten. Der/die Rechtsextreme tritt ebenfalls nicht mehr als der „klassische Nazi“ auf. So werden alte Vorurteile umgangen und rechte Kameradschaften attraktiver für Sympathisanten.

25

Dieses Phänomen ist auch in der Region Hannover zu beobachten. So fanden wir viele Aufkleber mit rassistischen Sprüchen an Laternenpfählen oder Bushaltestellen. Zudem wurde auch der „Bock“ an Schulen in

der Region verteilt. Der „Bock“ macht zunächst den Eindruck einer normalen Schülerzeitung, jedoch bei genauerem Hinsehen handelt es sich um hinterhältige Nazipropaganda. Von „Maximalpigmentierten aus Afrika“ oder „Zigeuner mit Hang zu Fremdem Eigentum“ ist hier die Rede. Straftat sind diese Äußerungen jedoch nicht.

5 Deswegen nehmen Aufklärung und Aufmerksamkeit hier einen besonders hohen Stellenwert ein. Zu diesem Zweck werden wir weiterhin zu Demonstrationen und Mahnwachen aufrufen und die gute Bündnisarbeit im „Bündnis gegen Rechts Hannover“ fortführen. Auch soll der Demonstrationsaufruf für Dresden unterstützt werden.

10 Hinter diesen Aktivitäten steht die Gruppe „besseres Hannover“. Bei dieser Gruppierung handelt es sich um sogenannte *Autonome Nationalisten*. Dies sind Parteiunabhängig organisierte Gruppen aus dem Kreis der Freien Kameradschaften. Bei ihrem Auftreten greifen sie bewusst auf Aussehen und Aktionsformen der linken Jugendszene zurück. Bei „besseres Hannover“ handelt es sich um eine relativ neue, aber dennoch sehr gut vernetzte Kameradschaft. So kann man von Verbindungen zur lokalen NPD und der deutschlandweit
15 bekannten „Kameradschaft 73“ aus Celle ausgehen.

Einen zweiten Schwerpunkt unserer Arbeit gegen Rechts sehen wir in der Bekämpfung des „Rechtsextremismus aus der Mitte“. Rechtes Gedankengut ist bereits in breite Teile der Gesellschaft vorgedrungen. So ergab die Studie der Friedrich Ebert Stiftung „Die Mitte in der Krise“ (2010), dass 34% der Bundesbürger glauben,
20 Ausländer kämen nur hierher, um den Sozialstaat auszunutzen. Auch in unsere Partei fanden die Fragen zur Ausländerfeindlichkeit relativ hohe Zustimmungswerte. Im Westen 24%, im Osten 33%. Als Partei mit großer antifaschistischer Tradition ist das ein erschreckendes Ergebnis. Es muss unser Ziel sein in dieser Hinsicht Aufklärung zu betreiben, und viele Genossinnen und Genossen für dieses Thema zu sensibilisieren. Dazu wird es ein Angebot des AK gegen Rechts geben Mitgliederversammlungen von Ortsvereinen zu besuchen und dort
25 mit den Genossinnen und Genossen vor Ort zu diskutieren. Natürlich soll auch die Jusos interne Fortbildung zu rechtsextremistischen Themengebieten fortgeführt werden.

Der dritte Schwerpunkt soll auf rechte Zeitungen und Zeitschriften gelegt werden. Ende letzten Jahres wurde die Zeitschrift „Zuerst“ auf den Markt gebracht. Sie ist, wie die „Junge Freiheit“ ein Sprachrohr der „neuen

Rechten“. Die Aufmachung ist seriös, doch mit Themen wie „Diskriminierung Deutscher durch Ausländer“ oder „Die Völkische Identität Südtirols“, bleiben die Themen nationalkonservativ oder auch rechtsextrem. Es handelt es sich um einen ernst zunehmenden Versuch der rechtsextremen Szene, geschützt von vermeidlicher Seriosität, gesellschaftliche Akzeptanz für rechtsextreme Positionen zu finden. Darum sollen gerade

5 Zeitungshändler, aber auch Bürgerinnen und Bürger informiert werden.

Arbeitskreis

Integration

10 Integration ist eine der Schlüsselfragen der kommenden Jahrzehnte. Die SPD hat sich in dieser Frage in Vergangenheit immer wieder nicht eindeutig geäußert. Vom Asylkompromiss 1992, über die zaghafte Reaktion Roland Kochs rassistischen Wahlkämpfe in Hessen bis hin zur Einsetzung des integrationspolitisch konservativen Bezirksbürgermeister von Neu-Kölln als inoffiziellen integrationspolitischen Sprecher der SPD. Wir Jusos sehen Integrationspolitik nicht als ein Diktat der Anpassung und Assimilierung. Im Arbeitskreis

15 Integration wollen wir uns über progressive Ansätze der Integrationspolitik austauschen und diese in unseren Verband tragen.

Wir werden insbesondere diese Themen bearbeiten:

20 **„Deutsche Leitkultur“ – die reaktionäre Antwort der deutschen Konservativen**

Unsere politischen Gegner benutzen gerne die Anforderungen, dass die Menschen einer „deutschen Leitkultur“ folgen sollen. Basierend auf einer angeblichen „christlich-jüdischen“ Tradition werden beide Elemente konsequent genutzt, um Menschen auszugrenzen.

25 Als Jusos ist eine solche Politik für uns inakzeptabel. Wir werden deshalb darüber diskutieren ob es überhaupt sinnvoll ist eine „deutsche Leitkultur“ zu formulieren und unsere eigenen post-nationalistischen Antworten

entwickeln. Dieses werden wir in Form eines Antrages in unseren Verband und in die Partei hineinbringen.

Chancengleichheit für alle Menschen – Herausforderungen und Lösungsansätze

5 Viele Menschen mit Migrationshintergrund erfahren in Deutschland eine systematische Diskriminierung. Wir werden aber nicht nur abstrakt über das Problem reden, sondern uns an konkreten Beispielen orientieren. Gerade die Bildungspolitik in Deutschland benachteiligt systematisch Menschen mit Migrationshintergrund. Das Wahlrecht verhindert eine demokratische Teilhabe vieler Menschen. Aber auch im Berufsleben und in der sozialen Teilhabe gibt es immer noch erhebliche Defizite.

10

Wir wollen die Gründe untersuchen und uns an Positivbeispielen insbesondere aus anderen europäischen Ländern orientieren, um Lösungsansätze zu finden und unsere Positionen zu finden. Wir wollen uns auch mit lokalen Projekten beschäftigen, die diese Diskriminierung versuchen auszugleichen und eine faire Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft ermöglichen wollen.

15

AsylbewerberInnen und Flüchtlinge - ein Leben im Abseits?

Flüchtlinge leben in Deutschland in einer schwierigen Situation. Die Unsicherheit wird von vielen Faktoren verstärkt, wie den geringen materiellen Zuwendungen und einer rigorosen Abschiebepolitik der

20 Innenministerien.

Mit dem Besuch des Flüchtlingsheims in der Südstadt haben wir bereits einen wichtigen ersten Schritt getan. Wir werden die gewonnenen Erkenntnisse nutzen und unsere eigene politische Position für die Region und darüber hinaus formulieren und einbringen.

25

Der lokale Integrationsplan – gute Integration für die Region Hannover

Für viele Kommunen ist Integrationspolitik inzwischen zu einem wichtigen politischen Bereich geworden. Mit den lokalen Integrationsplänen in der Region Hannover haben die Kommunen bereits einen wichtigen Schritt

30 für eine progressive und nachhaltige Integrationspolitik getan.

Wir wollen uns deshalb über die Integrationspläne in der Region Hannover informieren und uns mit den Möglichkeiten und Grenzen der lokalen Integrationspläne beschäftigen.

5 **Die SPD und Integrationspolitik – strukturelle Defizite oder konservative Ballast?**

Die SPD hat sich in der Vergangenheit sehr widersprüchlich zur Integrationspolitik positioniert. Lange Zeit stand sie zwischen Progressivität und Reaktionismus, ohne wirklich eine Seite gerecht zu werden. Auch heute noch gibt es in vielen Gliederungen der SPD Ressentiments.

- 10 Wir werden deshalb darüber diskutieren wie die SPD sich progressiv weiterentwickeln kann und auch attraktiver für Menschen mit Migrationshintergrund zu werden.

Arbeitskreis

Kommunalpolitik

15

Die Aufgaben des nächsten Jahres vom AK Kommunalpolitik sind vielfältig, lassen sich aber in 5 große Felder einteilen, ÖPNV und Daseinsvorsorge, Unternehmen in der Region Hannover, Wahlkampf 2011 Stadtentwicklung und die Entwicklung der Region und Jugendpflege.

- Im Bereich ÖPNV und Daseinsvorsorge soll das Thema ÖPNV abschließend behandelt und mit Engagement in die SPD hineingegeben werden, damit für das Konzept Realisierungschancen entstehen.

20

Der Wahlkampf 2011 in einer gemeinsamen Projektgruppe des Arbeitskreises und des Unterbezirksvorstandes organisiert werden, die in enger Absprache mit den KandidatInnen steht. Hier soll die Ideenschmiede zum öffentlichen Auftreten sein. Sowohl Materialgestaltung, inhaltliche Erarbeitung, sowie das Extrahieren von

25

Informationen aus AKs findet hier statt. Es soll außerdem die Möglichkeit gegeben sein, Veranstaltungen zu planen und flexibel, bedarfsgerecht und unkompliziert zu tagen. Nach der Kommunalwahl wird ein kritisches

Resümee verfasst und dem AGen Plenum zur Kenntnis gegeben, das Resümee fließt außerdem in den Rechenschaftsbericht des AK Kommunalpolitik ein.

Im Feld Unternehmen in der Region Hannover werden wir die Unternehmensstruktur in der Region Hannover
5 durchleuchten und einen Ausflug zu einem Betrieb, der ausbildet, machen, um festzustellen, wo in der Region etwas geändert werden muss, dass Standortattraktivität und Angestelltensituation besser werden oder langfristig auf einem hohen Niveau bleiben.

Die Themen Stadtentwicklung und Entwicklung der Region wurden von den Jusos zu selten beleuchtet. Da wir
10 aber die Zukunft der Region Hannover sind müssen wir uns mehr damit beschäftigen und herausarbeiten, „wie wollen wir in Zukunft leben?“.

Letztlich sollen auch die Jugendpflege und ihre Arbeit in der Region Hannover beleuchtet werden. Hierzu gehört zunächst eine Bestandsaufnahme der Region existierender Angebote der Jugendpflege. Um brauchbare
15 Verbesserungsvorschläge auf diesem Gebiet erarbeiten zu können, wird ein Besuch eines Freizeitheimes mit Blick hinter die Kulissen angestrebt.

Darüber hinaus werden verschiedene Veranstaltungen in Kooperation mit anderen Arbeitskreisen angestrebt.

20 **Arbeitskreis**

Soziales, Arbeit und Wirtschaft

Sozialpolitik, Arbeitspolitik und Wirtschaftspolitik gehören zu den Kernbereichen der politischen Ansprüche der Jusos und der SPD. Die sozialen Sicherungssysteme, Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und
25 eine progressive nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik wurden maßgeblich durch uns geprägt.

Gerade von der Sozialpolitik, der Arbeitspolitik und der Wirtschaftspolitik sind die Menschen täglich betroffen. Für die Menschen muss materielle Teilhabe ermöglicht werden. Unsere Politik muss sich deshalb an den Menschen orientieren, die in unserem kapitalistischen System an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden und denen keine Teilhabe am täglichen/öffentlichen Leben mehr ermöglicht wird.

5 Wir werden insbesondere diese Themen bearbeiten:

Sozialfürsorge in der Region Hannover – Situation und Handlungsansätze

Die Sozialfürsorge ist einer der wichtigsten sozialpolitischen Handlungsansätze der Kommunen. In der Region Hannover gibt es viele Menschen, die auf die Sozialfürsorge angewiesen sind. Mit Frauenhäusern, Flüchtlingsheimen und Krankenhäusern kann die Kommune viel für die Menschen erreichen.

Wir werden uns mit den Einrichtungen in der Region Hannover beschäftigen, diese auch besuchen und unterstützen.

15 Gesundheitspolitik – solidarisch für alle

Gesundheit ist ein sozialpolitisches Kernthema. Wir Jusos müssen deshalb unsere Antworten auf gesundheitspolitische Entwicklungen artikulieren und entschlossen durchsetzen. Speziell die Entstehung eines Zwei- oder Drei-Klassen-Systems ist abzulehnen.

20

Das deutsche Gesundheitssystem ist ein kompliziertes Gebilde. Eine Projektgruppe des Arbeitskreises Soziales, Arbeit und Wirtschaft wird deshalb über die wichtigsten Grundlagen und Strukturen aufklären, sowie Probleme und Handlungsfelder aufzeigen. Speziell soll es hierbei um das Konzept der solidarischen Bürgerversicherung, vor allem im Vergleich zur Kopfpauschale gehen.

25

Ausbildung

Die duale Ausbildung ist ein wichtiger Aspekt der Bildung. Auszubildende haben aber andere politische Interessen, als Schülerinnen und Schüler und Studierende. Wir werden uns deshalb mit diesen Ansprüchen auseinandersetzen, unsere eigenen politischen Antworten formulieren und gemeinsam mit dem Bezirk einen

30

Anlaufpunkt zum Austausch und Vernetzung anbieten.

Demokratische Daseinsvorsorge – Teilhabe ermöglichen

- 5 Die öffentlichen Güter standen in den letzten Jahren unter einem massiven Privatisierungsdruck. In der Region Hannover konnten wir uns dieser Entwicklung bis jetzt weitestgehend entziehen. Um auch in Zukunft eine gerechte Teilhabe an öffentlichen Gütern zu ermöglichen müssen wir über Konzepte und Organisationsformen der Daseinsvorsorge abseits von Profit und rein marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten diskutieren.
- Wir werden darüber diskutieren welche Güter in der öffentlichen Hand gebracht und verbleiben müssen und
- 10 wie eine konkrete Organisation aussehen kann.

Die Grenzen des Wachstums – Reichtum für alle?

- Das kapitalistische System basiert auf ständigem Wirtschaftswachstums. Viele Ergebnisse dieses Wachstums
- 15 gehen zu Lasten der Menschen und der Natur und dienen nur dem Wohle einer kleinen immer reicher werdenden globalen "Oberschicht".
- Für uns stellt sich die Frage, welche Antwort wir auf dieses System formulieren wollen. Wir wollen über einen Wachstumsbegriff diskutieren, der allen Menschen eine materielle Existenz sichert und ökologisch nachhaltig
- 20 ist.

Wirtschaft in der Region Hannover – zwischen Konkurrenz und Kooperation

- In der Region Hannover haben wir viele unterschiedliche Beispiele der Wirtschaftsformen und Arten der
- 25 Organisation, es sind große Unternehmen, aber auch viele kleine Betriebe angesiedelt.
- Wir werden uns mit der Situation der großen Unternehmen und kleiner Betriebe und Geschäften auseinandersetzen und auch darüber diskutieren wie gerade in der Region Hannover Unternehmen handeln, wie die Politik in die kommunale Wirtschaft eingreifen kann und welche Konzepte jenseit der wirtschaftlichen Konkurrenz sich organisieren.

30

Arbeitskreis

Umwelt und

VerbraucherInnenschutz

5

Der Der Arbeitskreis Umwelt und VerbraucherInnenschutz ist im vergangenen Jahr erfolgreich gestartet und hat den Jusos eine Plattform geboten vielfältige Aktionen zu den Themen regenerativen Energien, Atomkraft, Gentechnik, Energieversorgung und Datenschutz zu planen und inhaltliche Anträge zu formulieren. Diese Arbeit wollen wir fortsetzen und vertiefen. Dabei werden sich viele Themen aus dem vergangenen Jahr

10

wiederholen und es wird auch hier wieder wichtig sein, dass die Jusos mit von der Partie sind.

15

Dies wird zum Einen die Präsenz auf dem Solarfest sein, sowie die Teilnahme an Demonstrationen gegen Atomkraft. Jetzt ist der richtige Augenblick, um der Energiepolitik schwarz-gelben Bundesregierung erneut eine klare Absage zu erteilen, und um uns stark zu machen für einen Ausbau der erneuerbaren Energien, denn nur darin liegt der Schlüssel zu einer zukunftsweisenden und sauberen Energieproduktion.

20

Mit der Veranstaltung „Energiekonzept Europa?“ haben die Jusos eine Diskussionsgrundlage geschaffen, um die Themen (Re-) Kommunalisierung, Stadtwerke, Zentralisierung der Daseinsvorsorge versus Großprojekte wie Desertec und weitere Technologien wie CCS (unterirdische CO₂-Lagerung) aufzuarbeiten. Ein Diskurs in diese Richtung wird in naher Zukunft geführt, aus dem inhaltliche Anträge entstehen sollen.

Die Einführung eines Diskussions- und Antragspools soll bei der Durchführung Hilfestellungen geben und kreative Ideen fördern. Dabei können zum Beispiel GenossInnen eingeladen werden, die sich mit einem bestimmten Thema besonders beschäftigt haben, aber auch externe ExpertInnen können mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Auch dieses Mal wollen wir wieder eine Diskussions- oder Informationsveranstaltung auf die Beine stellen.

Mögliche Themen sind „Gentechnik in Europa“ mit einem/r VertreterIn der BASF und der HTW Dresden oder eine Veranstaltung zum Thema „Schutz alter Sorten gegen die potenzielle EU-Norm“ mit Eckart Brandt, einem ausgewiesenen Experten in Sachen Sortenerhalt. Hier sollten auch wieder Europa- und/ oder

5 Bundestagsabgeordnete der SPD aus der Region mit auf dem Podium sitzen.

Angesichts der Kommunalwahl im September ist es außerdem sinnvoll, sich mit rein kommunalen Themen wie dem Konzept Autofreie Stadt Hannover und der Ausweitung regenerativer Technologien auf Stadt- und Regionsebene zu beschäftigen. Infostände zu den Themen in der Stadt sind denkbar, aber auch die Verknüpfung mit dem Stand auf dem Solarfest.

10

Von besonders großer Bedeutung wird auch wieder die Stärkung der Bindung zu den Naturfreunden Deutschlands e.V. sein, beispielsweise über gemeinsame Wandertouren oder über gemeinsame Veranstaltungen mit der Naturfreundejugend. Einen Besuch im Schulbiologiezentrum Hannover wird es in diesem Jahr auch wieder geben.

15

Die Jusos sind auf dem richtigen Weg, Position zu Umwelt-, Energie- und VerbraucherInnenchutzpolitik zu beziehen und haben dies schon mit viel Erfolg gemacht. Verfolgen wir diesen Weg weiter und zeigen einmal mehr, dass Gerechtigkeit und soziales Denken und Handeln nur in einer intakten Umwelt funktioniert.

20

Forum

Grundlagen sozialistischer Politik

25

Ausgehend von dem durch den Unterbezirksvorstand eingereichten GSP-Forum soll das Konzept weiterentwickelt werden. Darunter fällt vor allen Dingen die Vermittlung der klassischen sozialistischen Ideologie der Partei durch das Nahebringen sozialistischer Klassiker, wie die Schriften von Marx, Engels,

Luxemburg, Kautsky, Bernstein etc.

Gleichzeitig sollen dabei gelebte sozialistische Traditionen anhand praktischer Beispiele aufgearbeitet werden.

So fallen unter diese Kategorie grundsätzliche Diskussionen, wie zum Beispiel über die Bedeutung der Anrede „Genossinnen und Genossen“ oder auch die reguläre Grußformel der Jusos „Mit sozialistischen Grüßen“.

- 5 Ebenso soll die historische Entwicklung der SPD Gegenstand von Sitzungen sein. Hier soll anhand von Grundsatzprogrammen der ideologische Wandel der SPD beleuchtet werden.

Solche Basisdiskussionen sollen auf regelmäßigen Treffen stattfinden. Dabei bekommt jedes Treffen einen inhaltlichen Schwerpunkt, um die Grundlagen leichter erarbeiten zu können. Als Vorschläge für die ersten

- 10 inhaltlichen Schwerpunkte dieser Treffen schlagen wir vor, sich mit den Regimen der DDR, der Sowjetunion, der Volksrepublik China und Cuba zu beschäftigen und in diesem Zusammenhang die Begriffe Sozialismus und Kommunismus zu thematisieren und zu klären. Zudem wollen wir innerhalb der Treffen über die sogenannten „Flügel“ der SPD sprechen und über politische Strömungen und Kreise aufklären. Auf diese Weise wird insbesondere auch der innerparteiliche Pluralismus dargestellt.

15

Rahmenaufgabe bei diesen GSP-Treffen soll, wie auch im jetzigen Forum GSP vorgesehen, die Erstellung und Fortführung eines Glossars sein, in dem Begriffe zusammengetragen und erläutert werden. Dieser Glossar steht dann allen Jusos Region Hannover über die Homepage zur Verfügung. Ebenfalls soll, wenn möglich, eine Sammlung von kurzen Texten (max. 1 DIN A4 Seite) entstehen, in denen die wichtigsten Positionen der

- 20 klassischen sozialistischen AutorInnen zusammengefasst werden. Diese werden ebenfalls auf der Homepage veröffentlicht.

Als größte Veranstaltung ist eine Diskussion über einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts geplant. Hierzu wollen

wir eventuelle BündnispartnerInnen und Vorfeldorganisationen einladen, sodass die Grundlagenarbeit neben

- 25 dem Erlernen klassischer Texte und Diskussionen auch eine zielgerichtete Perspektive für die Zukunft bekommt.

Sollte uns danach noch Zeit bleiben, wollen wir die Themenbereiche „Beispiele sozialistischer Politik im

internationalen Vergleich (Chile, Prager Frühling)“ und eine „Vorstellung der Sozialistischen Internationale“ in Angriff nehmen.

Anträge

Anträge zur Änderung der Satzung

5 A1: Doppelspitze für die Jusos Region Hannover

Antragsteller: Plenum der Arbeitsgemeinschaften der Jusos Region Hannover

10 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos in der Region Hannover möge beschließen:

Es wird ein neuer § 9 in die Satzung eingefügt:

§ 9 [Abweichende Regelungen: Doppelspitze]

(I) Abweichend von den Regelungen in § 5 Absatz 1 besteht der Unterbezirksvorstand aus einer Doppelspitze
15 von zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, davon mindestens eine Frau und einer von der Unterbezirkskonferenz festzulegenden Anzahl von StellvertreterInnen.

(II) Die Geschäftsbereiche der Vertretung gegenüber der SPD, der Vertretung gegenüber des Juso-Bezirks und Landesverbandes, der Mitgliederbetreuung, der Pressearbeit, der Finanzen und der Bündnisarbeit werden von
20 beiden Vorsitzenden mit klaren Verantwortungsbereichen geteilt. Die genaue Aufteilung wird in der Geschäftsordnung des Unterbezirksvorstandes geregelt und dem AGen-Plenum mitgeteilt.

(III) Abweichend von Absatz II können in der Geschäftsordnung des Unterbezirksvorstandes andere ordentlich gewählte Mitglieder des Unterbezirksvorstandes einen Geschäftsbereich übernehmen.

(IV) Diese Modell gilt für die Wahlen der Unterbezirkskonferenz 2011.

25 **Es wird der alte § 9 als neuer § 10 in die Satzung eingefügt:**

§ 10 [Schlussbestimmungen]

(I) Änderungen dieser Satzung bedürfen einer Mehrheit von mindestens Zwei-Dritteln der anwesenden stimmberechtigten Delegierten auf einer Unterbezirkskonferenz.

(II) Bestehen Zweifel, ob ein Beschluss eines Gremiums gegen die Satzung verstößt, so entscheiden gemäß § 11 Absatz 3 der Wahlordnung der SPD die zuständigen Gremien des SPD-Unterbezirks über dessen Gültigkeit.

5 (III) Diese Satzung tritt am 05.02.2011 in Kraft. Alle vorangehenden Satzungen der Jusos in der Region Hannover treten damit außer Kraft.

Begründung:

Erfolgt mündlich

10

Bildung und Ausbildung

B1: Mehr Demokratie wagen –

Unipräsidien direkt wählen

15 Antragstellerin: Juso AG Vahrenwald-List

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos in der Region Hannover möge beschließen:

Wir fordern eine echte demokratische Beteiligung aller Mitglieder der Universitäten. Eine Universität lebt von
20 den Dozierenden, den Studierenden und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, das muss sich auch in der Auswahl des Universitätspräsidiums widerspiegeln. Wir fordern deshalb eine Änderung des NHG, um die PräsidentInnen und VizepräsidentInnen direkt zu wählen.

Es wird zwei unterschiedliche Wahlen geben, Wahlberechtigt sind alle Mitglieder der Universität:

25

1. Eine Direktwahl der Unipräsidentinnen und Unipräsidenten

KandidatInnen und Kandidaten müssen eine Nominierung von einem Drittel der Mitglieder der Gremien der Statusgruppen innerhalb der Universität erhalten. Sollte kein Kandidat eine Nominierung erhalten hat das Wissenschaftsministerium des Landes ein Nominierungsrecht.

5 Die Wahl in unmittelbar, frei und geheim statt.

Gewählt ist, wer mehr als 50 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen kann. Sollte kein Kandidat mehr als 50 Prozent auf sich vereinigen kann wird eine Stichwahl 2 Wochen nach der ersten Wahl statt.

10 **2. Eine Listenwahl für die Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten**

Die Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten werden in der gleichen Weise für die einzelnen Arbeitsbereiche zu wählen.

15 Mindestens 40 Prozent des Präsidiums sind mit Frauen zu besetzen. Sollte dies nicht über die Wahl erreicht werden, sind Frauen den Männern mit einem besseren Stimmresultat vorzuziehen bis die Quote erreicht wird. Falls es keine weiteren Kandidatinnen gibt, sind die übrigen Sitze dem Stimmresultat nach zu besetzen.

Begründung:

20

Eine Hochschule kann nur unter einer demokratischen Beteiligung aller ihrer Mitglieder funktionieren.

Es gibt bereits positive Beispiele für die Direktwahl der UnipräsidentInnen. In vielen Bundesländern wird dies bereits erfolgreich praktiziert.

25 Zu 1: Eine Nominierung stellt sicher, dass die Bewerberinnen und Bewerber gewisse Mindestqualifikationen erfüllen. Im Anspruch zwischen Basisdemokratie und fachliche Ansprüche sind aber ein Drittel der Mitglieder der Gremien ein sinnvolle Grenze, da die Entscheidung der Gesamtuniversität nicht vorweg genommen wird.

Zu 2: Eine Quotierung sorgt für eine gerechte Verteilung der Geschlechter und für eine größere Repräsentationskraft des Präsidiums.

B2: Nicht stiften gehen –

5 „Stiftung Medizinische Hochschule Hannover“ kritisch begleiten

Antragstellerinnen: Juso-AG Südost, Juso-AG Südstadt-Bult

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

Das Präsidium der Medizinischen Hochschule Hannover ist mit einem Vorschlag an die Öffentlichkeit getreten,
10 die MHH in eine Stiftung öffentlichen Rechts umzuwandeln. Damit wollen sie dem Beispiel der Universitäten
in Göttingen, Hildesheim, Lüneburg, der Tierärztlichen Hochschule Hannover und der Fachhochschule
Osnabrück folgen. Die Medizinische Hochschule Hannover wäre dann keine Körperschaft öffentlichen Rechts
bzw. nachgeordnete Behörde mehr. Begründet wird dies mit der Erlangung von mehr ökonomischer
Unabhängigkeit und Autonomie im Hinblick auf akademische Selbstverwaltung. Das Eigentum an
15 Liegenschaften sowie Vermögensgegenständen würde damit vom Land Niedersachsen auf die Stiftung
übergehen. Zudem wird sie dazu ermächtigt, sich eine eigene Verfassung zu geben. Obwohl der Löwenanteil der
Finanzmittel nach wie vor aus dem Landeshaushalt kommen soll, wird mit der Umstrukturierung die Hoffnung
verbunden, mehr zusätzliche (private) Drittmittel zu akquirieren. Die Rechtsaufsicht über die Hochschule würde
durch den Stiftungsrat erfolgen. Ferner soll die Identifikation von Studierenden und Beschäftigten mit der
20 Hochschule durch die Umwandlung in eine Stiftung steigen.

Die Jusos Unterbezirk Region Hannover stehen diesem Vorhaben kritisch gegenüber. Besonders die
erforderliche Einrichtung eines Stiftungsrates, der aus fünf hochschulexternen Mitgliedern (z.B. aus Kultur,
Wirtschaft oder Wissenschaft), einem Mitglied des Senats und einer / einem VertreterIn des Fachministeriums
25 bestehen soll, stellt sich problematisch dar. Damit würde der Einfluss Externer auf wichtige Entscheidungen

innerhalb der Hochschule massiv verstärkt werden. Dies bedeutet, dass unter Umständen Unternehmen oder Interessensverbände strategische Planungen und wichtige Beschlüsse der Universität beeinflussen könnten. Das bisher zentrale Entscheidungsgremium innerhalb der MHH, der Senat, würde im Stiftungsmodell praktisch vollständig in seinen Befugnissen umgangen werden. Wichtige Entscheidungskompetenzen gingen auf den

5 Stiftungsrat über. Dazu gehören die Ernennung oder Bestellung und Entlassung der Mitglieder des Präsidiums der Hochschule, die Entscheidung über Veränderungen und Belastungen des Grundstockvermögens sowie die Aufnahme von Krediten, die Zustimmung zur Entwicklungsplanung und zum Wirtschaftsplan der Hochschule, die Entgegennahme des Rechenschaftsberichts des Präsidiums, die Feststellung des Jahresabschlusses sowie die Entlastung des Präsidiums, die Zustimmung zur Gründung von Unternehmen oder zur Beteiligung an

10 Unternehmen durch die Universität, sowie der Erlass, die Änderung und die Aufhebung von Ordnungen der Hochschule. Da im Stiftungsrat weder Studierende, noch wissenschaftliche MitarbeiterInnen, noch Angestellte des technischen oder Verwaltungsdienstes vertreten sein würden, wären diese Gruppen, die bisher im Senat vertreten waren, von zukünftigen wichtigen hochschulinternen Entscheidungen ausgeschlossen. Damit fiel ein wichtiger Bestandteil der akademischen Selbstverwaltung weg. Dies ist insbesondere kritisch zu betrachten, da

15 dadurch der Einfluss Externer innerhalb der Hochschule stiege und gleichzeitig die Mitbestimmung wichtiger hochschulinterner Gruppen vermindert werden würde. Gerade bei ökonomischen Fragestellungen, zum Beispiel dem Beschluss über den Wirtschaftsplan, wird die externe Mehrheit im Stiftungsrat ihren Einfluss geltend machen können und damit möglicherweise Entscheidungen nicht nur vom Wohle der Hochschule abhängig machen. Weil die Rechtsaufsicht über die Hochschule vom Land auf die Stiftung überginge, würde der Einfluss

20 des Landes Niedersachsen minimiert werden. So hätte das zuständige Fachministerium nur noch dann Einflussmöglichkeiten, wenn der Stiftungsrat rechtswidrige Beschlüsse treffen würde (§62 Abs. 1 Satz 4 NHG).

Die Finanzhilfen des Landes Niedersachsen werden an die Stiftungshochschulen nach dem Maß der Erfüllung von Zielvereinbarungen (§56 Abs. 4 Satz 4 NHG i. V. m. §1 Abs. 3 Satz 4 NHG) geleistet. Dazu gehört unter

25 anderem die „Erhebung von Gebühren und Entgelten“. Die Jusos Unterbezirk Region Hannover sehen darin eine Verfestigung der Erhebung von Gebühren und Entgelten durch Hochschulen und damit eine weitere Belastung der Studierenden. Zudem liegt darin eine Möglichkeit von DrittmittelgeberInnen, größeren Einfluss

auf die Hochschule auszuüben, sollte das Land Finanzierungshilfen bei Nichteinhaltung der Zielvorgaben kürzen.

Darum fordern die Jusos Unterbezirk Region Hannover, ...

5 ... ein transparentes Verfahren zur Gründung der Stiftungshochschule, unter Beteiligung aller an der Hochschule vertretenen Gruppen, insbesondere der Studierendenschaft sowie der MitarbeiterInnen.

... die neue Verfassung der Stiftungshochschule MHH so zu gestalten, dass insbesondere die Mitbestimmungsrechte der Studierendenschaft gewahrt bleiben.

10 ... die zusätzliche Berufung jeweils einer Vertreterin oder eines Vertreters der Studierendenschaft, der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen sowie der MitarbeiterInnen im technischen Dienst und Verwaltungsdienst in den Stiftungsrat.

...den Stiftungsrat so zu besetzen, dass keine Interessenskonflikte zwischen den beruflichen Tätigkeiten der Mitglieder und ihrer Aufgaben im Stiftungsrat entstehen.

15 **B3: Potenziale nutzen und stärken –**

Jugendliche mit Migrationshintergrund in der Ausbildung

Antragsteller: Arbeitskreis Soziales und Integration

20 Die Unterbezirkkonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen und an die höheren Gliederungen der Jusos und der SPD weiterleiten:

Hintergrund

Die Ausbildungslage junger Menschen mit Migrationshintergrund ist – im Vergleich zu deutschen Gleichaltrigen – *sehr schlecht*. Die berufliche Relevanz der sprachlichen und interkulturellen Kompetenzen von

Migranten vielfach nicht hinreichend erkannt, sowohl von den Betrieben und den Personalverantwortlichen aber auch von den jungen Menschen selbst.

5 *„Die BIBB-Schulabsolventenbefragung von 2006 belegt die relativen Zugangschancen für Jugendliche mit Migrationshintergrund sehr deutlich. Von den Schulabgängern, die im Herbst 2006 eine duale Ausbildung anstrebten, schafften es nur 51,6%. Dabei sind junge Migranten besonders betroffen, sie mündeten zu nur 42% in eine betriebliche Ausbildung (Jugendliche ohne Migrationshintergrund erreichten 54,1%). Demgegenüber mündeten junge Migranten viel häufiger in der Berufsschule (23,2%, ohne Migrationshintergrund 13,1%). Jeder siebte Jugendliche mit Migrationshintergrund (14,9%, ohne Migrationshintergrund 5,5%) schafft den Übergang in die Ausbildung nicht und wird arbeitslos. Junge Migranten bleiben mit 41% wesentlich häufiger ohne einen Berufsabschluss als junge Erwachsene*
10 *ohne Migrationshintergrund mit 15%, d.h. sie haben rund zweieinhalb mal so oft keinen beruflichen Bildungsabschluss wie die einheimische Vergleichsgruppe. Selbst bei gleichen Schulabschlüssen münden einheimische BewerberInnen häufiger in eine duale Ausbildung als BewerberInnen mit Migrationshintergrund.“²*

Deshalb fordern wir:

1. Interkulturelle Potenziale nutzen

15 **Sprachförderung**

Das sprachliche Potenzial von jungen MigrantInnen muss in den Grundschulen sowie in den weiterführenden Schulen viel stärker gefördert werden. Daher ist der Unterricht in den, in einer jeweiligen Schule, am häufigsten gesprochenen Erstsprachen nur eine konsequente Forderung. In diesem Rahmen müssen interkulturelle Kompetenzen ebenfalls thematisiert und die jungen MigrantInnen dafür sensibilisiert werden. Zusätzlich muss
20 eine Sprachförderung in der deutschen Sprache ermöglicht werden, die die SchülerInnen bei Bedarf in Anspruch nehmen können.

Während der Ausbildung muss den Jugendlichen ein Angebot geschaffen werden, das sich an den berufsspezifischen sprachlichen Erfordernissen orientiert.

² BIBB-Schulabsolventenbefragung 2006

Um Synergien nutzen zu können, empfiehlt es sich den allgemein bildenden Schulen sowie die Berufsschulen, eine Kooperation mit nahe gelegenen Schulen anzustreben.

Sensibilisierung für interkulturelle Kompetenzen

Die interkulturellen Kompetenzen von jungen MigrantInnen müssen in der Schule, im Übergangsmanagement
5 und in der beruflichen Ausbildung eine höhere Wertschätzung erfahren. In der Berufsberatung sowie bei der Erstellung individueller Kompetenzprofile müssen diese Kompetenzen explizit eine Berücksichtigung finden. Viele Jugendliche mit Migrationshintergrund müssen noch verstärkt für ihre eigenen interkulturellen Kompetenzen sensibilisiert werden, so dass sie beispielsweise bei Bewerbungsschreiben und -gesprächen diese selbstbewusst einbringen können. In letzter Zeit haben einige Unternehmen begonnen, in ihren
10 Stellenausschreibungen explizit Menschen mit Migrationshintergrund zur Bewerbung aufzufordern. Auch interkulturelle Kompetenzen werden immer häufiger als Voraussetzung für die Bewerbung formuliert. Diesen Trend gilt es weiter zu verstärken. Insbesondere Betriebe, die auf dem internationalen Markt tätig sind, müssen die (Weiter-)Entwicklung interkultureller Kompetenzen stärker fördern.

Interkulturelle Schlüsselqualifikationen müssen in der beruflichen Ausbildung sowohl in der beruflichen Bildung
15 als auch in der Ausbildungsordnung langfristig verankert werden. Dies gilt für das Ausbildungspersonal, die BerufsschullehrerInnen und auch für die Auszubildenden.

2. Verbesserung des Übergangsmanagements von der Schule in die Ausbildung

Alle weiterführenden Schulen müssen eine intensivere Vorbereitung und Betreuung der SchülerInnen im Rahmen des Übergangs von der Schule in das Berufsleben gewährleisten. Eine frühzeitige, individualisierte,
20 praxisbezogene und nachhaltige Berufsorientierung ist dringend erforderlich. Erste Berufserkundungen sowie Selbsteinschätzungen sollten bereits in der 5. Klasse beginnen.

Eine gute Berufsorientierung gelingt nur dann, wenn sie systematisch strukturiert im gesamten Schulleben verankert ist, „verschiedene Aspekte der Berufsfindung umfassend aufgreift“ und vom ganzen Lehrerkollegium in einer engen Zusammenarbeit aufgenommen wird. Alle Berufsorientierungsmaßnahmen
25 (Betriebsbesichtigungen, Praktika, Unterricht in Arbeitslehre etc.) müssen intensiv vor- und nachbereitet und die Erfahrungen der SchülerInnen evaluiert werden.

Kooperationen zwischen Schule und Betrieben mit verlässlichen Gesprächspartnern sind ein elementarer und entscheidender Aspekt der Berufsorientierung für die Jugendlichen.

Den Jugendlichen muss die gesamte Bandbreite der Ausbildungsberufe nahe gebracht werden. Bei den rund 350 vorhandenen Ausbildungsberufen konzentrieren sich die meisten Jugendlichen nur auf die TOP TEN und senken dadurch ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Die Entwicklung von Alternativmöglichkeiten ist daher eine unerlässliche Aufgabe. Dabei müssen die Jugendlichen immer auf die Übereinstimmung von Bewerberprofil (Interessen, Fähigkeiten) und Ausbildungsprofil (Voraussetzungen) aufmerksam gemacht werden. Frühzeitige und systematische Potenzialanalysen wie Assessment-Center, Stärken-Schwächen-Diagnostik sind enorm wichtig.

10 Es sollte die Möglichkeit bedacht werden, Jugendlichen, die voraussichtlich Schwierigkeiten im Übergangsmanagement haben werden, eine/n BerufseinstiegsbegleiterIn oder SozialarbeiterIn zur Seite zu stellen. Auch ein Mentorenprogramm, indem sich bereits im Berufsleben befindliche MigrantInnen eine Vorbild- und Mentorenfunktion für die Jugendlichen übernehmen, ist in manchen Fällen ein denkbarer Lösungsweg.

15 **3. Sicherung des Ausbildungserfolg im Verlauf der Berufsausbildung**

Studien belegen, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund häufiger Schwierigkeiten im Verlauf der Ausbildung erleben, die zum Teil in einer Vertragsauflösung enden kann. Daher müssen Maßnahmen entwickelt werden, um die Qualität der schulischen, betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildung zu sichern sowie die Chance, die Abschlussprüfung erfolgreich abzulegen, zu erhöhen.

20 **Präventive Konfliktvermeidung**

Um Konflikte in der Ausbildung frühzeitig erkennen zu können, ist der Aufbau einer präventiven Konfliktvermeidung eine hilfreiche Maßnahme. Dieses sollte bei den Berufsschulen angesiedelt sein. Dort sollten AnsprechpartnerInnen für sowohl Auszubildende als auch AusbilderInnen zur Verfügung stehen, um mit professionellen Konfliktlösungsstrategien (z.B. Mediation) zur Deeskalation von Konfliktsituationen beizutragen.

Ausbildungsbegleitende Hilfen stärken

Die ausbildungsbegleitende Hilfen haben das Ziel, Jugendliche durch die Förderung des Lernens von Fachtheorie und -praxis, Stützunterricht zum Abbau von Sprach- und Bildungsdefiziten sowie durch sozialpädagogische Begleitung, erfolgreich eine Ausbildung abzuschließen. Dieses Instrument gilt es qualitativ zu verbessern, indem beispielsweise ein frühzeitiger Beginn kleine und kontinuierliche Lerngruppen und eine systematische Sprachförderung gewährleistet werden. Durch die konsequentere Nutzung ausbildungsbegleitender Hilfen besteht zudem die Möglichkeit, Betriebe, die bislang keine Jugendlichen mit Migrationshintergrund ausbilden, für eine Ausbildung dieser Zielgruppe zu gewinnen

4. Sensibilisierung der ArbeitgeberInnen

Die Sensibilisierung von Personalverantwortlichen in Betrieben und Verwaltungen ist eine Aufgabe, die verstärkt verfolgt werden muss. Bei ihnen muss das Bewusstsein geschaffen werden, in wiefern sie bewusst oder unbewusst andere als kompetenzorientierte Kriterien anwenden, wie bereits bei der Vorauswahl der BewerberInnen an Hand der Namen oder Fotos auf den Bewerbungsunterlagen. Vorurteile und damit verbundene Stereotypen gegenüber jungen Migranten können zur Ablehnung und Ausgrenzung dieser Gruppe führen. Die Sensibilisierung der Personalverantwortlichen muss bereits während der Ausbildung bzw. des Studiums erfolgen.

5. Berufliche Eingliederung und Weiterbildung von Fachkräften mit Migrationshintergrund sichern

Berufliche Eingliederung

Eine erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildung ist für junge Menschen mit Migrationshintergrund noch keine Garantie für gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Daher gilt es, die Unterstützung junger Fachkräfte mit Migrationshintergrund über den Einmündungsprozess hinaus zu sichern. Das qualifizierte und interkulturelle Potenzial muss offensiver genutzt und gefördert werden.

Weiterbildung von Fachkräften mit Migrationshintergrund sichern

Eine abgeschlossene Berufsausbildung steigert zwar die späteren Arbeitsmarktchancen auch junger Fachkräfte mit Migrationshintergrund, aber in geringerem Ausmaß als bei der einheimischen Vergleichsgruppe.

MigrantInnen sind in Kursen betrieblicher wie öffentlich geförderter Weiterbildung – im Vergleich zu deutschen ArbeitnehmerInnen – seltener vertreten. Somit müssen MigrantInnen in Hinblick auf

5 Weiterbildungsmaßnahmen stärker angesprochen und als Zielgruppe wahrgenommen werden.

6. Maßnahmen der beruflichen Grundbildung stärken

Nach einem erfolgreichen Schulabschluss finden viele Jugendliche aus unterschiedlichen Gründen keinen Ausbildungsplatz und münden in Maßnahmen zur beruflichen Grundbildung. Mittlerweile ist die Anzahl der Jugendlichen, die direkt nach dem Schulabschluss eine vollqualifizierende Berufsausbildung beginnen, und die

10 Jugendlichen, die in einer oder mehreren aufeinander folgenden beruflichen Grundbildungen aufgenommen werden, ungefähr gleich hoch.

Die berufliche Grundbildung (Berufsfachschule, Berufsgrundbildungsjahr) bietet Jugendlichen mit unzureichenden schulischen Vorkenntnissen – wie beispielsweise bei späteingereisten Jugendlichen –

15 Maßnahmen zur Berufsvorbereitung an. Diese einjährige Maßnahme muss einen Schwerpunkt auf die Vermittlung fehlender schulischer und deutschsprachlicher Kenntnisse und Fähigkeiten wie auf die Vermittlung und Stärkung von Fähigkeiten für das Übergangsmanagement legen. Zentral ist es, bestehende Fördermaßnahmen qualitativ zu stärken und transparenter zu gestalten.

Die Angebote müssen nach unterschiedlichen Zielgruppen differenziert werden, wobei heterogene Bildungs- und Lernvoraussetzungen sowie die Aufenthaltsdauer in Deutschland bzw. der Migrationshintergrund in

20 Deutschland berücksichtigt werden müssen. Der Einsatz von migrationssensiblen Verfahren zur Kompetenzfeststellung und -entwicklung, die Durchführung von Potenzialanalysen, die Vertiefung von Bewerbungsstrategien müssen feste Bestandteile der beruflichen Grundbildung sein. Die Angebote müssen in kleinen und kontinuierlichen Lerngruppen gewährleistet werden sowie einen hohen betrieblichen Anteil aufweisen. Auch müssen die Förderkriterien und Förderrichtlinien z.B. der Bundesagentur für Arbeit, sowie die

25 Bundes- und Länderprogramme mit Blick auf die Belange der Zielgruppe junger Menschen mit Migrationshintergrund überarbeitet werden. Die erworbenen Fähigkeiten müssen für eine spätere

Berufsausbildung anerkannt werden. Ein mehrsprachiges Personal muss für den Spracherwerb, migrantenspezifische Belange und interkulturelle Kompetenzen qualifiziert werden.

7. Berufliche Nachqualifizierung als zweite Chance

Rund zwei Millionen junge Erwachsene im Alter von 25 und 35 Jahren haben keinen anerkannten
5 Berufsabschluss, *davon die Hälfte junger Menschen mit Migrationshintergrund*. Trotzdem verfügen sie meist aber auch über berufliche Erfahrung, denn Junge MigrantInnen ohne beruflichen Abschluss weisen oftmals unsichere und wechselnde Arbeitsverhältnisse, häufige Phasen der Arbeitslosigkeit sowie diskontinuierliche Bildungs- und Erwerbsverläufe auf. Diese Menschen müssen aber auch mitgenommen werden. Die berufliche Nachqualifizierung sollte daher ein weiteres zentrales Anliegen eines Förderprogramms darstellen und einem
10 möglichst großen Anteil junger Erwachsener ohne Berufsabschluss den Zugang zu einem anerkannten Berufsabschluss ermöglichen. Diese Förderung muss auch berufsbegleitend angeboten werden. Eine erfolgreiche Umsetzung einer berufsbegleitenden Nachqualifizierung benötigt aber auch eine Einbindung der Betriebe in die Fördermaßnahmen, den Aufbau von Netzwerkstrukturen, um die Beteiligten und MultiplikatorInnen einzubinden und eine dauerhafte Weiterentwicklung dieser Förderung, um sie auch bei sich verändernden
15 Berufsausbildungen effektiv zu gestalten.

8. Anerkennung von Schul- und Berufsbildungsabschlüssen aus dem Herkunftsland

Für junge Menschen mit Migrationshintergrund ist eine Regelung für die Anerkennung schulischer und beruflicher Bildungsabschlüsse aus dem Herkunftsland dringend erforderlich. In den meisten Fällen sind die Abschlüsse, die die Menschen mit Migrationshintergrund im Ausland erworben haben den deutschen
20 Abschlüssen gleichwertig. Deshalb soll allen Menschen ein einfaches und unbürokratisches Verfahren angeboten werden um die eigenen Bildungsabschlüsse zu zertifizieren.

B4: Schulbesuche –

ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen gleichstellen

Antragstellerin: Juso AG Nordstadt

- 5 Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an die Juso-Bezirkskonferenz weiterleiten:

Wir Jusos fordern, dass die gleiche Zeitdauer die im Schulunterricht die für ArbeitgebervertreterInnen genutzt werden, auch für ArbeitnehmerInnenvertreter genutzt werden müssen. Ausgenommen davon müssen Praktika sein.

Begründung:

- 10 UnternehmerInnen und ihre VertreterInnen werden regelmäßig in Schulen eingeladen. Dagegen werden VertreterInnen von Gewerkschaften und Betriebsräten deutlich seltener eingeladen. Dies kann zu einer einseitigen Betrachtung des Konfliktes zwischen Arbeit und Kapital führen, was abzulehnen ist.

B5: Schuster, bleib bei Deinen Rappen –

- 15 **Unternehmensgründungen sind keine
unmittelbare Aufgabe von Hochschulen!**

Antragstellerinnen: Juso-AG Südost, Juso-AG Südstadt-Bult

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an die Bezirkskonferenz weiterleiten:

- 20 Die Jusos Unterbezirk Region Hannover fordern, das Niedersächsische Hochschulgesetz so zu ändern, dass Gründung von Unternehmen nicht mehr zu den unmittelbaren Aufgaben einer Hochschule gehört.

Begründung:

In § 3 Abs. 1 werden die Aufgaben einer Hochschule festgelegt. Dazu zählt unter anderem auch „die Förderung des Wissens- und Technologietransfers sowie von Unternehmensgründungen aus der Hochschule heraus“. Es ist nicht nachvollziehbar warum die Gründung von Unternehmen eine unmittelbare Aufgabe einer Hochschule darstellen soll. Die Hauptaufgaben einer Universität liegen im Bereich Lehre und Forschung. Beide Bereiche dienen unmittelbar der Förderung des Gemeinwohls. Darauf sollten sich Hochschulen in Wirken und Handeln fokussieren.

B6: Traumjob statt Albtraumjob Wissenschaft – Templiner Manifest unterstützen!

10 Antragstellerin: Juso-AG Südost

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an die Bezirkskonferenz weiterleiten:

Die Jusos Unterbezirk Region Hannover unterstützen das Templiner Manifest der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

15 **Begründung:**

„Templiner Manifest

Traumjob Wissenschaft - Für eine Reform von Personalstruktur und Berufswegen in Hochschule und Forschung

Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind mit wachsenden Anforderungen konfrontiert: durch steigende Studierendenzahlen, durch die Reform der Studiengänge, eine autonome Steuerung der Einrichtungen und die zunehmende Bedeutung der Drittmittelinwerbung. Diesen Anforderungen müssen sich die Beschäftigten in der Wissenschaft stellen, ohne dass sie aufgabengerechte Bedingungen vorfinden. Befristete Arbeitsverträge und weitere Formen atypischer und prekärer Beschäftigung betreffen immer mehr Wissenschaftlerinnen und

Wissenschaftler. Vielen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern werden selbstständige Forschung und Lehre und verlässliche berufliche Perspektiven verwehrt.

5 Doch gute Lehre und Forschung auf der einen Seite sowie gute Arbeitsbedingungen und berufliche Perspektiven auf der anderen sind zwei Seiten einer Medaille. Wir fordern daher Bund, Länder und Hochschulen zu einer Reform von Personalstruktur und Berufswegen in Hochschule und Forschung auf, die sich an den folgenden zehn Eckpunkten orientiert.

1. Promotionsphase besser absichern und strukturieren

10 Wir verstehen die Promotion als erste Phase wissenschaftlicher Berufsausübung. Für Doktorandinnen und Doktoranden fordern wir daher ausreichend tarifvertraglich geregelte Beschäftigungsverhältnisse zur Qualifikation mit Sozialversicherungsschutz, die mindestens drei Viertel der Arbeitszeit für die eigenständige Qualifikation vorsehen. Fächerübergreifende Graduiertenzentren sollen alle Promovierenden bei der Aufnahme, Durchführung und dem erfolgreichen Abschluss des Promotionsvorhabens unterstützen. Wir treten für mehr
15 Transparenz und soziale Gerechtigkeit beim Zugang zur Promotion ein – auch für Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen.

2. Postdocs verlässliche Perspektiven geben

Promovierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Postdocs) müssen verlässliche berufliche Perspektiven
20 haben: durch einen Tenure Track, der den dauerhaften Verbleib in Hochschule und Forschung ermöglicht – unabhängig davon, ob eine Berufung auf eine Professur erfolgt oder nicht. Voraussetzung dafür ist eine systematische Personalplanung und –entwicklung durch Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Die Hochschullehrerlaufbahn muss über unterschiedliche Karrierewege erreichbar sein, die Habilitation ist dabei immer nur eine Möglichkeit.

25

3. Daueraufgaben mit Dauerstellen erfüllen

Neben Stellen zur Qualifikation und Professuren benötigen Hochschulen und Forschungseinrichtungen ausreichend Stellen, auf denen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit unbefristeten Verträgen

Wissenschaft als Beruf ausüben können. Nur so lassen sich die Daueraufgaben in Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement mit der erforderlichen Kontinuität und Qualität erfüllen. Und nur dann eröffnen sich qualifizierten jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern berufliche Perspektiven auch neben der Professur.

5

4. Prekäre durch reguläre Beschäftigung ersetzen

Viele Hochschulen lassen unter großem finanziellen Druck einen erheblichen Teil ihrer Pflichtlehre von Lehrbeauftragten erbringen. Mit der Ausbeutung von Dumping-Lehrkräften muss Schluss sein! Dort, wo Lehrbeauftragte dauerhaft Lehr- und Prüfungsaufgaben wahrnehmen, müssen diese

10 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse erhalten. Soweit zur Ergänzung des Lehrangebots Lehraufträge sinnvoll sind, müssen Mindeststandards im Hinblick auf Bezahlung, Vertragsdauer und Verlängerungsoption gelten.

5. Im Gleichgewicht lehren, forschen und leben

15 Wissenschaft ist ein normaler Beruf, auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben ein Recht auf eine Work-Life-Balance. Das setzt eine familiengerechte Gestaltung von Hochschule und Forschung voraus. Dabei gehen wir von einem breiten Familienverständnis aus, das alle Lebensgemeinschaften einschließt, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Wir fordern bedarfsgerechte Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder, die Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Beschäftigten mit

20 betreuungs- und pflegebedürftigen Angehörigen und die Realisierung entsprechender Arbeitszeitmodelle.

6. Ausgeglichenes Geschlechterverhältnis durchsetzen

Da Frauen in leitenden Funktionen des Wissenschaftsbetriebs unterrepräsentiert sind, brauchen wir wirksame Maßnahmen, um den Anteil der Frauen auf allen Stufen der wissenschaftlichen Laufbahn mit dem Ziel eines

25 ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses zu erhöhen. Die Qualität der Arbeit von Hochschulen und Forschungseinrichtungen muss danach beurteilt werden, mit welchem Erfolg sie den Gleichstellungsauftrag erfüllen. Wir fordern eine verbindliche und mit Sanktionen verknüpfte Quotierung, auch bei der Besetzung von Professuren und Leitungsfunktionen. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte brauchen wirksame

Gestaltungsmöglichkeiten und Beteiligungsrechte.

7. Gleichberechtigt mitbestimmen

Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen demokratisiert, die Selbstverwaltung muss gestärkt werden.

Alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollen unabhängig vom Status in Hochschulgremien

- 5 beziehungsweise Aufsichtsgremien der Forschungseinrichtungen auf Augenhöhe gleichberechtigt mitbestimmen können. Das gilt auch für neue Organisationsformen wie Graduiertenschulen oder Exzellenz-Cluster. Wir fordern eine Ausdehnung des Geltungsbereichs der Personalvertretungsgesetze bzw. des Betriebsverfassungsrechts auf alle Beschäftigten sowie einen Ausbau der Rechte der von ihnen gewählten Personalvertretungen und Betriebsräte – auch als Konsequenz der größeren Autonomie der Einrichtungen in
- 10 Wirtschafts- und Personalangelegenheiten.

8. Mobilität fördern, nicht bestrafen

Wir treten für Bedingungen in der Wissenschaft ein, die Mobilität ermöglichen: zwischen Hochschulen und

Forschungseinrichtungen, im europäischen und globalen Hochschul- und Forschungsraum sowie zwischen

- 15 Wissenschaft und Praxis. Altersversorgungs- und Sozialversicherungsansprüche müssen uneingeschränkt erhalten, Erfahrungszeiten bei anderen Einrichtungen und Qualifikationen anerkannt werden. Gleichzeitig gilt: Auch wer nicht mobil sein will oder kann, muss eine faire Chance in der Wissenschaft haben.

9. Hochschule und Forschung bedarfs- und nachfragegerecht ausbauen

- 20 Die wachsenden Anforderungen an Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement sind auf Dauer nur durch einen bedarfs- und nachfragegerechten Ausbau von Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu bewältigen. Dazu brauchen wir mehr Studienplätze, ein besseres Betreuungsverhältnis und eine intensivere Forschung, um den gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden.

25

10. Alle Beschäftigungsverhältnisse tarifvertraglich aushandeln

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie studentische Beschäftigte haben Anspruch auf

tarifvertraglichen Schutz. Wir fordern daher die Ausdehnung des Geltungsbereichs der Flächentarifverträge des

öffentlichen Dienstes auf alle Beschäftigten in Hochschule und Forschung. Wir treten für wissenschaftsspezifische Regelungen ein, die den besonderen Anforderungen des Arbeitsplatzes Hochschule und Forschung Rechnung tragen. Der Gesetzgeber muss die Tarifautonomie von Gewerkschaften und Arbeitgebern respektieren und das Verbot, Regeln zur Befristung von Arbeitsverträgen in Hochschule und Forschung auszuhandeln und anzuwenden, aufheben. Daher fordern wir die ersatzlose Streichung der Tarifsperre im Wissenschaftszeitvertragsgesetz.“

B7: Weichen richtig stellen – Lehramtsstudium neu strukturieren

10 Antragsteller: Arbeitskreis Bildung

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos in der Region Hannover möge beschließen:

Wir fordern eine Neustrukturierung des Lehramtsstudiums, welches neben einem höheren Praxisbezug auch
15 einen größeren Anteil an Pädagogik und Psychologie umfassen soll sowie sonderpädagogische Inhalte für alle Lehramtsstudiengänge.

Deshalb fordern wir konkret:

- Lehramtsstudierende sollen im ersten Teil ihres Studiums zunächst ein umfangreiches Studium der
20 Pädagogik absolvieren, um das Handwerkszeug des LehrerInnenberufs zu erlernen. Um das zu gewährleisten, ist dringend erforderlich, dass die Studierenden von Beginn ihres Studiums begleitend an Unterrichtsstunden in Schulen teilnehmen. Dabei sollen neben Aspekten der Pädagogik auch Aspekte der Sonderpädagogik, Soziologie und Psychologie sowie Methodik und Didaktik vermittelt werden.
- Die Ausbildung in den jeweiligen Unterrichtsfächern soll im zweiten Teil des Studiums
25 (Master)erfolgen. Da auf diesem fachspezifischen Teil beim Lehramtsstudium aber nicht das Hauptaugenmerk liegt, soll dieser in seiner bisherigen Ausführlichkeit etwas eingeschränkt werden.

- Das Referendariat wird durch ausreichende Praxisphasen bereits während des Studiums hinfällig. Neben Praktika soll es ab dem ersten Semester studienbegleitende Praxisphasen an Schulen (möglichst an verschiedenen Schulformen) geben. Die Spezialisierung auf eine Schulform findet erst während des Masters statt.

5

- Außerdem fordern wir, dass Konzepte zur größeren Anerkennung des LehrerInnenberufs in der Gesellschaft erarbeitet werden.
- Zudem fordern wir für jede Lehrerin und jedem Lehrer unabhängig von der zugehörigen Schulform eine gleiche Besoldung. Zudem ist die Vergütung der Lehrerinnen und Lehrer zwischen den Bundesländern zu vereinheitlichen. Kürzungen der bisherigen Vergütungsniveaus sind hierbei abzulehnen.

10

Begründung

15

Oftmals wird während des Lehramtsstudiums nicht genügend pädagogisches, methodisches und didaktisches Wissen übermittelt, sodass viele Lehrerinnen und Lehrer zu Beginn des Referendariats vor einer Vielzahl von Aufgaben stehen, die mit den Studieninhalten nur geringfügig korrespondieren.

Dieser Zustand zieht sich zum Teil auch bis in die Berufseinstiegsphase hin. Hier sehen sich die Junglehrer weiteren großen Aufgabe gegenübergestellt (Klasselnlehrerdasein, fachfremder Unterricht, Fachkonferenzleitung etc.), auf die sie während des bisher tendenziell praxisfernen Studiums nicht vorbereitet wurden.

20

Deswegen soll das Studium praxisbezogener werden, indem es ab dem ersten Semester studienbegleitende Praxisphasen an der Schule gibt. Dadurch und durch den ersten, überwiegend pädagogisch orientierten Teil des Lehramtsstudiums können die angehenden Lehrerinnen und Lehrer voraussichtlich eher als bisher zu der

25

Erkenntnis gelangen, ob sie für diesen Beruf geeignet sind und werden zugleich besser im Umgang mit Kindern und Jugendlichen geschult. Da wir den pädagogischen Aspekten des Studiums ein etwas größeres Gewicht als den wissenschaftlichen, fachbezogenen Aspekten einräumen, ist es sinnvoll, die fachspezifische Ausbildung erst im zweiten Teil des Studiums stattfinden zu lassen.

Von Lehrerinnen und Lehrern wird oft die Länge des Referendariats beklagt. Wenn es nun aber ab dem ersten Semester schon während des Studiums viele Praxisphasen und Praktika gibt, könnte das Referendariat in seiner bisherigen Form weitestgehend hinfällig werden. Dies würde natürlich auch eine Ausweitung der bisherigen Regelstudienzeit mit sich ziehen.

Da Lehrerinnen und Lehrer bei unseren Kindern den Grundstein für Bildung, lebenslanges Lernen und somit für eine funktionierende Gesellschaft legen, muss die Wertigkeit ihres Berufs erhöht werden.

Alle Lehrerinnen und Lehrer - sowohl an Grund- als auch Gesamtschulen, sowie Haupt- und Realschulen und an Gymnasien - machen den gleichen universitären Abschluss und leisten gleich viel, sodass auch allen die gleiche Besoldung zusteht.

Demokratie und Freiheit

15

D1: Für mehr direkte Demokratie:

Alle Menschen am demokratischen Prozess beteiligen

Antragstellerin: Juso AG Vahrenwald-List

20

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos in der Region Hannover möge beschließen:

Wir fordern eine stärkere und direktere Beteiligung aller Menschen an demokratischen Prozessen. In einer vernetzten Welt müssen und werden wir über neue demokratische Arbeitsweisen diskutieren und uns einsetzen.

25

Wir fordern deshalb konkret:

1. Eine direktdemokratische Entscheidungsmöglichkeit auf Bundesebene

Konkret soll diese wie folgt aussehen:

5 100.000 Stimmberechtigte können durch Unterzeichnen einer Volksinitiative einen Gesetzentwurf in den Bundestag einbringen. Der Bundestag muss dann innerhalb von vier Monaten über den Gesetzesvorschlag entscheiden.

Lehnt der Bundestag den eingebrachten Gesetzesentwurf ab, können in einem Volksbegehren 2,5% der
10 wahlberechtigten Bevölkerung (ca. 1,5 Millionen Stimmberechtigte) einen Volksentscheid einleiten.

Ein Gesetz kommt nach diesem Volksentscheid zustande, wenn ihm die Mehrheit der Abstimmenden zugestimmt hat und sich mindestens 20 % aller Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt haben. Bei Gesetzesvorschlägen, die eine Verfassungsänderung vorsehen, ist eine Wahlbeteiligung von 65% und eine 2/3
15 Mehrheit erforderlich. Ein Volksentscheid darf jedoch nicht über das Haushaltsgesetz, über Steuergesetze und Verträgen der Europäischen Union stattfinden.

2. Eine Demokratisierung des Wahlrechts.

20 Das bedeutet für uns konkret:

Eine Verfassungsänderung um Einwandererinnen und Einwanderern mit Niederlassungsrecht bzw. mit beantragtem Niederlassungsrecht das aktive und passive Wahlrecht auf allen Ebenen zu ermöglichen.

25 Für mehr Demokratie gehört die zeitnahe Möglichkeit zum Wählen. Längere Legislaturperioden bedeuten auch eine immer eine längere Wartezeit auf eine demokratische Mitbestimmung. Eine Begrenzung der Legislaturperioden von Bund, Ländern und Kommunen auf ordentlich 4 Jahre ist deshalb erforderlich. Für die Kommunen bedeutet dies insbesondere das Zusammenfallen der Ratswahlen und der
BürgermeisterInnenwahlen.

30

3. Mehr Gewicht für Kommunen und eine Demokratisierung Europas

Das bedeutet für uns konkret:

- 5 Wie wollen, dass Entscheidungen immer auf der niedrigsten möglichen Ebene getroffen werden sollten. Politische Herausforderungen entstehen vor Ort bei den Menschen in den Städten und Dörfern. Eine Einbindung der Menschen funktioniert am besten vor Ort. Die Kommunalpolitik ist deshalb besonders wichtig für unsere Gestaltungsansprüche. Deshalb müssen die Kommunen umfangreiche
- 10 Auf europäischer Ebene ist die Weiterentwicklung und Kompetenzstärkung des Europäischen Parlaments erforderlich. Die Entscheidungen sollen deshalb in einem transparenten Prozess von der EU-Kommission, dem Europäischen Rat und dem Rat der Europäischen Union auf das Parlament übertragen werden. Die Kommission soll als Exekutive nur noch Beschlüsse des Parlaments ausführen, der Europäische Rat soll zu einem Oberhaus des EU-Parlaments weiterentwickelt werden.

15

4. Mehr Demokratie an Schulen und Universitäten

Deshalb fordern wir:

- 20 Eine stärkere Autonomie der Schulen und Universitäten. Diese müssen in einem vorgegebenen Rahmen über möglichst viele ihrer Belange selbstständig entscheiden können.

Ein geeignetes Mittel sind drittel-paritätisch besetzte Konferenzen an Schulen, wo SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern über die Geschicke der Schulen gemeinsam entscheiden.

25

In Universitäten eine Direktwahl einzuführen und das Mandat der verfassten Studierendenschaft zu stärken. Den Asten muss deshalb auch ein politisches Mandat zugesprochen werden, denn auch die Politik an einer Universität findet im gesamtgesellschaftlichen Rahmen statt.

- 30 **5. Mehr freie Strukturen für junge Menschen**

Deshalb fordern wir:

Die Kommunen sollen in ihrer Gemeindeverordnung "echte" Partizipationsmöglichkeiten, wie Jugendforen oder
5 -parlamenten, zu verankern. Solche Jugendparlamente oder -foren dürfen aber nicht als nur ein „politischer
Spielplatz“ für die Beteiligten sein, sondern müssen auch eine echte Entscheidungsgewalt besitzen.

Ferner müssen selbstverwaltete Strukturen von den Kommunen aktiv unterstützt werden. In diesen Strukturen
lernen Jugendliche Verantwortung zu übernehmen und können sich frei entfalten.

10

Begründung:

Zu 1: In der Vergangenheit ist die Debatte zum Volksentscheid immer wieder aufgeflammt. Eine
direktdemokratische Beteiligung ist sinnvoll um den Menschen direkt eine Beteiligungsmöglichkeit am
15 demokratischen Prozess zu geben.

Zu 2: Das Wahlrecht muss möglichst vielen Menschen die Möglichkeit geben sich am demokratischen Prozess
beteiligen. Menschen, die in Deutschland ohne deutsche Staatsbürgerschaft leben, nehmen fast voll am Leben
teil.

20

Zu 3: Kommunalpolitik ist Die europäische Integration erfordert zahlreiche Kompetenzübertragungen von der
nationalen hin zur europäischen Ebene. Wir wollen diesen eingeschlagenen Weg weitergehen. Unsere Vision ist
ein föderaler Bundesstaat Europa. Dieses Ziel ist jedoch nur zu erreichen, wenn die Institutionen demokratisiert
und Kompetenzen klar verteilt sind.

25

Zu 4: Schulen und Universitäten sind auch Teil der demokratischen Gesellschaft, deswegen müssen auch diese
demokratische Strukturen haben.

Zu 5: Um Menschen für Demokratie zu begeistern, ist es notwendig zu zeigen, dass etwas verändert werden kann. Jugendforen und Jugendparlamente bieten.

D2: Sport und Kultur als

5 Staatsziele ins Grundgesetz

Antragstellerin: Juso-AG Südost

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an die Bezirkskonferenz weiterleiten:

Die Jusos Unterbezirk Region Hannover fordern, die Förderung von Kultur und Sport als Staatsziele ins Grundgesetz einzufügen. Hierfür wird als Artikel 20 Absatz 2 GG eingefügt: „Der Staat schützt und fördert
10 Kultur und Sport.“

Begründung:

Staatsziele werden in Verfassungen definiert, um das Bewusstsein der Bevölkerung sowie staatlicher Organe auf sie zu lenken. Ihnen kommt dadurch eine übergeordnete Bedeutung zu. So definiert das Grundgesetz beispielsweise das Sozialstaatsprinzip, die Gleichberechtigung von Mann und Frau oder den Schutz natürlicher
15 Lebensgrundlagen als Staatsziele. Der Schutz sowie die Förderung von Sport und Kultur sind in den Verfassungen der meisten Bundesländer als entsprechende Ziele definiert. So ist das Prinzip der Kulturstaatlichkeit in Art. 9 der Landesverfassung von Schleswig-Holstein sowie Art. 16 der Landesverfassung von Mecklenburg-Vorpommern definiert. Der Schutz und die Förderung des Sports wird beispielsweise in Art.
20 30 Absatz 3 der Thüringischen sowie Art. 18 Abs. 1 der Verfassung von NRW festgeschrieben. Auch im Lissabon-Vertrag findet die Förderung der europäischen Aspekte der Kultur (Art. 151) sowie des Sports (Art. 282) Erwähnung. Jediglich im Grundgesetz fehlt diese Erwähnung nachwievor. Entsprechende fraktionsübergreifende Initiativen scheiterte in der vergangenen Legislaturperiode – zumeist am Widerstand von CDU und CSU, obwohl die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ die Festschreibung empfahl.

Die Aufnahme von Kultur und Sport als Staatsziele in das Grundgesetz wäre ein wichtiges Signal für den Stellenwert der Förderung dieser zwei Bereiche. So leisten Sportvereine einen wichtigen Beitrag für den Zusammenhalt, stiften Gemeinsinn und können eine entscheidende Rolle bei der Integration von Migrantinnen und Migranten spielen. Sie geben Kindern und Jugendlichen einen angemessenen Rahmen, Grenzen auszuloten, Respekt vor der / dem GegnerIn zu erlangen, Fairplay zu erlernen oder zur / zum TeamplayerIn werden zu können. Sport wirkt völkerverständigend und hilft bei der Überwindung kultureller Barrieren. Ausgaben im Sportbereich haben 2009 1,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausgemacht, sie stellen damit einen immensen Wirtschaftsfaktor dar. Durch Beteiligungsmöglichkeiten im Sportverein übernehmen diese auch eine Rolle bei der Vermittlung demokratischen Grundverständnisses. Nichtzuletzt bedeutet Sport, verhaltensbedingte Krankheitsfolgen zu reduzieren, Bewegungsmangel vorzubeugen und einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsprävention zu leisten.

Kulturelle Einrichtungen sowie Organisationen leisten einen wichtigen Bildungsauftrag: sie informieren, unterhalten, erheitern, regen zum Nachdenken an und ermutigen möglicherweise auch zum Handeln. Die Förderung von Kulturschaffenden und ihrer Aktivitäten sollte ein wichtiges Element von Bundes- und Landespolitik sein. Die Bewahrung sowie Erhaltung des kulturellen Erbes muss gerade vor dem Hintergrund von Haushaltszwängen Bestand haben.

Die Norm wirkt rein appellativ und stellt daher keinen Eingriff in die Gesetzgebungskompetenzen der Länder im kultur- und sportpolitischen Bereich dar. Aber selbst wenn sich schwer juristische Konsequenzen aus der Norm ableiten ließen, so sind es Sport und Kultur allemal wert, einen besonderen Status innerhalb des Grundgesetzes zu erhalten.

D3: Über den Tellerrand hinaus – Neues Wahlsystem bei Personenwahlen diskutieren

Antragsstellerin: Juso AG Nordstadt

5

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an den Juso- und SPD-Landesvorstand weiterleiten:

Die SPD und die Jusos führen eine ergebnisoffene Diskussion über die Einführung des „Rangfolge-
Wahlsystems“ bei den Wahlen zum/zur (Ober-)Bürgermeister/in, Landrat/rätin, Regionspräsident/in und die
10 damit verbundene Abschaffung der Stichwahlen.

Begründung:

Wahlen, bei denen nur eine Person zur Wahl steht, haben auf kommunaler Ebene ein Problem: Stetig sinkende
Wahlbeteiligungen, bei Stichwahlen noch mehr als bei den vorangegangenen Wahlen. Trotzdem ist der Vorstoß
15 der niedersächsischen Landesregierung, die Stichwahlen bei den Wahlen zu kommunalen Oberhäuptern
ersatzlos abzuschaffen und den oder die Sieger/in in einfacher Mehrheitswahl zu bestimmen, undemokratisch
und phantasielos. Besser ist der derzeitige Standpunkt der SPD, die zumindest diese Stichwahlen erhalten
möchte. Phantasievoll und „über den Tellerrand“ gedacht ist er jedoch auch nicht.

Daher sollten die Jusos und die SPD eine Diskussion über ein völlig neu einzuführendes Wahlsystem eröffnen:
20 Das „Rangfolge-Wahlsystem“, auch bekannt als „Instant-Runoff-Voting (IRV)“. Es wird seit geraumer Zeit bei
Wahlen in Irland, Großbritannien und Australien mit Erfolg angewandt und hätte auch zur Folge, dass sich die
„linken“ Kandidatinnen und Kandidaten nicht gegenseitig Stimmen wegnehmen und so der/die konservative
Kandidat/in gewählt wird.

Der Wähler/die Wählerin kann bei diesem IRV-System eine Rangfolge der ihm genehmen Kandidatinnen und
25 Kandidaten angeben: Er/Sie kennzeichnet auf dem Stimmzettel, welchen der Kandidierenden er/sie am liebsten
im Amt haben möchte, welche/n am zweitliebsten – falls der/die erste nicht gewählt wird – und so weiter. Damit
kann er/sie seinen/ihren Willen viel genauer ausdrücken als bei der bloßen Mehrheitswahl. Auf diese Weise wird

im Übrigen auch ein großer Beitrag zu mehr Demokratie geleistet, zumal das Facettenreichtum unserer pluralistischen Gesellschaft in solch einer Methode sehr viel besser ausgedrückt werden kann.

Aus den Rangfolgen in allen WählerInnenstimmen wird eine einzige Rangfolge als Wahlergebnis ermittelt.

Grundgedanke ist eine Wahl mit nachfolgenden Stichwahlen, in denen bei jedem Wahlgang der eine Bewerber mit den wenigsten Stimmen ausscheidet. Die Anzahl der Wahlgänge (hier in die Auswertung eingearbeitet) ist also gleich der Anzahl der Kandidaten, die nicht gewählt werden.

Die Rangfolgewahl erlaubt, die erste Stimme auch für praktisch aussichtslose Kandidatinnen und Kandidaten abzugeben und trotzdem bei der Wahl zwischen den aussichtsreichsten mitzuwirken.

Sie dient im Sinne eines Mehrheitsprinzips der Bestimmung eines/einer einzelnen Siegers/Siegerin, versucht aber im Gegensatz zur einfachen Mehrheitswahl, die Popularität der Kandidaten genauer zu erkunden.

Die Rangfolgewahl eignet sich für Wahlen mit drei oder mehr Kandidierenden für nur einen Platz. Sie läuft wie folgt ab:

1. Jede/r Wähler/in kann eine/n Kandidaten/in auf Platz 1 setzen, eine/n auf Platz 2 und so weiter. Er/Sie weist also keinem, einigen oder allen Kandidierenden Positionen in einer Rangordnung zu.
2. Bei der Auszählung wird nun bestimmt, welcher Kandidierende die wenigsten Platz-1-Stimmen bekommen hatte. Diese/r wird aus allen Wahlzetteln gestrichen, und die nachgeordneten Kandidierenden rücken auf.
3. Das Verfahren wird ab Schritt 2 wiederholt, bis nur noch zwei Kandidierende übrig sind. Davon gewinnt der/die mit der höheren Stimmenzahl.

Wenn nur ein Mandat zu vergeben ist, kann das Verfahren beendet werden, sobald ein/ Kandidat/in mehr als die Hälfte der Platz-1-Stimmen hat, denn auch durch die Auszählung der Stimmen weiterer Ränge könnte ihn/sie keiner überholen. Die weiteren Schritte können nur die Rangfolge der übrigen Kandidierenden (Zweit-, Drittplatzierte/r usw.) beeinflussen.

D4: Parteiengesetz ändern –

Parteispenden transparent gestalten

Antragsstellerin: Juso-AG Vahrenwald-List

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

- 5 Wir fordern die SPD dazu auf, keine Spenden mehr von juristischen Personen anzunehmen, sowie Spenden von Privatpersonen nur bis zu einer Höhe von 10.000 Euro anzunehmen.

Außerdem fordern wir die SPD dazu auf, langfristig eine Änderung des Parteiengesetzes anzustreben, um Spenden von juristischen Personen zu verbieten, Spenden von natürlichen Personen in der Höhe zu begrenzen und die Veröffentlichungsgrenze von Spenden auf 5.000 Euro abzusenken.

10 **Begründung:**

Bei großen Spenden von Unternehmen entsteht immer ein Verdacht der Einflussnahme durch die spendenden Unternehmen. Dieser Verdacht wurde durch die aktuelle Politik noch verstärkt, als sich Schwarz-Gelb mit der Absenkung der Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen für eine Großspende an die FDP „bedankte“. Auch andere Gesetzgebungen, die einige wenige Unternehmen zum Nachteil des Gemeinwesens begünstigten, trugen nicht gerade dazu bei, diesen Verdacht zu entkräften. Dieses bringt die Politik als ganzes in Misskredit, in der Bevölkerung entsteht der Eindruck der Käuflichkeit der Politik.

Daher sollte die SPD mit gutem Beispiel vorangehen und künftig keine Spenden mehr von juristischen Personen annehmen. Da der Anteil von Spenden juristischer Personen an den Parteieinnahmen deutlich kleiner ist als bei anderen Parteien³, sollten sich diese Einnahmeausfälle leicht kompensieren lassen.

- 20 Durch den bewussten Verzicht auf Unternehmensspenden kann die SPD nach außen hin signalisieren, dass Einflussnahme auf Entscheidungen durch Unternehmen ausgeschlossen sind und die SPD vollständig auf ihren Mitgliedern aufbaut.

³Quelle: http://www.spd.de/linkableblob/1910/data/spd_finanzbericht_07-08.pdf Seite 10

Spendenanteil juristischer Personen an Gesamteinnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien:

SPD 1,67%; CDU 5,93%; CSU 9,58%; Grüne 1,77%; FDP 8,02%; Linke 0,2%

Außerdem sollte die SPD Spenden von Privatpersonen nur bis zu einer Höhe von 10.000 Euro annehmen, um zu verhindern, dass Unternehmen ihre Spenden über Privatpersonen umleiten. Dies würde zur Umgehung der Nichtannahme von Unternehmensspenden führen und nach außen hin zur Verschleierung des spendenden Unternehmens führen.

- 5 Sobald die SPD wieder in Regierungsverantwortung steht, sollte auf eine Änderung des Parteiengesetzes hingearbeitet werden, die diese Regeln für alle Parteien festschreibt. Dies würde die Parteien wieder näher zu den Wählern bringen und finanzielle „Abhängigkeiten“ von einzelnen Unternehmen auflösen. Außerdem würde Deutschland damit zu anderen Ländern aufschließen, in denen solche Regeln bereits in Kraft sind.

- Um für Transparenz bei Parteispenden zu sorgen, muss ausserdem dafür gesorgt werden, dass die
- 10 Veröffentlichungsgrenze für Spenden deutlich gesenkt werden. Ziel ist es, dass nur noch jene Parteispenden nicht veröffentlicht werden müssen, die aufgrund ihrer geringen Höhe keine Einflussnahme auf die Politik nahelegen.

- Die Veröffentlichung aller Spenden wird nicht gefordert, da dies erstens zu einem sehr hohen Umfang von zu veröffentlichenden Daten führen würde und zweitens Privatpersonen von der Tätigkeit von Kleinspenden
- 15 abhalten könnte.

Feminismus und Gleichstellung

F1: Gewalt gegen Frauen stoppen – Opfern helfen

- 20 Antragstellerin: Juso AG Vahrenwald-List

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos in der Region Hannover möge beschließen:

Wir fordern verstärkte Maßnahmen um Gewalt gegen Frauen zu verhindern. Gewalt gegen Frauen ist in unserer Gesellschaft alltäglich: 37% aller Frauen werden mindestens einmal im Leben Opfer von körperlicher Gewalt, jede 7. Frau hat seit ihrem 16. Lebensjahr sexuelle Gewalt erlebt und ein Viertel aller Frauen erleidet Gewalt durch ihren Partner.

- 5 Wir fordern deshalb einen Ausbau der Unterstützung für Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind und eine Verstärkung der Präventionsmaßnahmen.

Deshalb fordern wir konkret:

1. Eine breite Unterstützungsinfrastruktur für eine lückenlose Hilfe, aus Frauenhäusern, Zufluchtswohnungen, Notrufen, Frauenberatungsstellen und Interventionsstellen. Informationen
10 darüber müssen an geeigneten Orten und in verschiedenen Sprachen allen zugänglich sein
2. Eine gezielte Einbindung der Ärztinnen und Ärzte und des Pflegepersonals. Dazu gehören entsprechende Schulungen und das Verbinden von Beratungs- und Hilfsangebote mit der Heilbehandlung hinweisen
3. Unterstützung für Gewaltbetroffene Frauen um sich (wieder) in den Arbeitsmarkt hineinzufinden und
15 die kurzfristige und unkomplizierte Gewährung von Sozialleistungen bei Frauenhausaufenthalten
4. Migrantinnen, die Opfer von häuslicher Gewalt geworden sind brauchen ein vom Ehemann unabhängiges Aufenthaltsrecht. Von Zwangsheirat oder Heiratsverschleppung bedrohte Frauen brauchen außerdem ein längeres Rückkehrrecht
5. Einen Ausbau der psychosozialen Täterarbeit und von Präventionsprojekten in Schulen und
20 Jugendzentren, damit bereits Kinder und Jugendliche gewaltfreie Konfliktlösungen erlernen.
6. verstärkte Maßnahmen zur Sensibilisierung bei der Polizei und der Justizbehörden für den Umgang mit gewaltbetroffenen Frauen.

Begründung:

25

Zu 1: Es muss eine Infrastruktur für Frauen existieren, wo sie Zuflucht finden. Die Informationen dazu müssen auch Frauen mit Migrationshintergrund zugänglich sein.

Zu 2: Opfer von Misshandlungen müssen sofort in ein umfassendes Hilfsangebot von Anfang an kriegen.

Medizinisches Personal muss deshalb darauf sensibilisiert werden auf Opfer zuzugehen und Hilfsangebote zu liefern.

Zu 3: Ökonomische Selbstständigkeit ist eine der wesentlichen Voraussetzungen zum Schutz vor weiterer

5 Gewalt.

Zu 4: Frauen mit Migrationshintergrund brauchen eine zusätzliche Unterstützung, insbesondere wenn sie keinen unbefristeten Aufenthalt haben. Um diese Frauen aus dem Kreislauf der Gewalt zu befreien ist es erforderlich ihnen eine dauerhafte Alternative zu bieten.

Zu 5: Präventive Arbeit muss schon bei Kindern und Jugendlichen anfangen. Schulen und Jugendzentren sind
10 die natürlichen Anlaufpunkte für Jugendliche, es gibt bereits einige Projekte, die aber noch verstärkt werden müssen.

Zu 6: Die Polizei und die Justizbehörden sind eine wichtige Anlaufstelle für viele Frauen. Deshalb müssen sie sensibilisiert werden und Frauen gegenüber aufgeschlossen sein.

15

Internationales, Europa und Frieden

I1: Multilateral statt Unilateral:

Entwicklungspolitik an

20 humanitären Interessen messen

Antragstellerin: Juso AG Vahrenwald-List

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen:

25 Wir fordern eine Umstellung der deutschen und europäischen Entwicklungspolitik von wirtschaftlichen

Interessen auf menschliche Interessen. Eine wirtschaftliche Orientierung der Entwicklungspolitik vergrößert nur

den Profit von Unternehmen und korrupten offiziellen. führt nicht zu einer Verbesserung der Leben der Menschen.

Wir fordern deshalb konkret:

5

1. Ein konsequentes Einsetzen Deutschlands und der Europäischen Union zur Erreichung der UN Millennium-Entwicklungsziele

2. Eine sofortige Erhöhung des Entwicklungshilfebudgets auf 0,7 Prozent des BIP. Eine stufenweise Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 1,4 Prozent bis 2015 und 2,1 Prozent bis 2020.

10 3. Die Einrichtung sozialer Sicherungssysteme in Entwicklungsländer aktiv zu fördern und dies auch unabhängig von einer wirtschaftlichen Rechnung zu machen.

4. Den Abschluss von Fairtradeabkommen zwischen Entwicklungsländern und der Europäischen Union, sodass diese ihre Produkte besonderes günstig in der Union verkaufen können und Menschenrechtsstandards eingehalten werden.

15 5. Stärkung der Entwicklungshilfe multilateraler Institutionen und ein Rückfahren bilateraler Entwicklungshilfe.

Begründung:

Zu 1: Die Millenniums-Entwicklungsziele sind der richtige in eine koordinierte Entwicklungspolitik um den Menschen in den Entwicklungsländern zu helfen. Die Ziele dürfen deshalb auch nicht in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zurückgestellt werden.

Zu 2: Für die Entwicklungshilfe wird Geld benötigt. Deutschland hat sich verpflichtet sein Entwicklungshilfebudget auf 0,7 Prozent des BIP zu erhöhen. Dies muss weiter ausgebaut werden

25

Zu 3: Soziale Sicherungssysteme sorgen dafür, dass die Menschen abgesichert werden und weg kommen können vom täglichen Kampf ums überleben.

Zu 4: Die derzeitige Außenhandelspolitik der Europäischen Union zielt auf Freihandelsabkommen, unabhängig von den wirtschaftlichen und demokratischen Bedingungen der Heimatländer.

Zu 5: Multilaterale Entwicklungshilfe ist effektiver in der Koordinierung und unabhängiger von nationalen

5 Interessen.

Justiz

10 **J1: Kennzeichnung von Überwachungskameras: auch in Hannover!**

Antragstellerin: Juso-AG Südost

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Unterbezirk Region Hannover möge beschließen und an die
15 Landtagsfraktion, die Ratsfraktionen, die Regionsfraktion sowie die (Ober-)Bürgermeister der Kommunen in
der Region Hannover weiterleiten:

Die Jusos Unterbezirk Region Hannover fordern die Landtagsfraktion, die Ratsfraktionen in der Region
Hannover sowie die Regionsfraktion auf, sich für eine Kennzeichnung der Überwachungskameras der
Polizeidirektion Hannover in / auf öffentlichen Straßen und Plätzen mittels Hinweisschildern einzusetzen.

20 **Begründung:**

Die Polizeidirektion Hannover unterhält zur Zeit 75 Überwachungskameras im Großraum Hannover.

Problematisch ist hierbei vor allem, dass diese Kameras, die zum Teil schwer einsehbar sind, nicht
gekennzeichnet sind. Es ist somit nicht oder nur sehr schwer nachvollziehbar, wo Videoüberwachung tatsächlich
stattfindet. Zudem sind viele Überwachungskameras schwenkbar und zoomfähig, es kann damit teilweise in

25 Privaträume, Kanzleien oder Arztpraxen geblickt werden.

Die Videoüberwachung durch die Polizeidirektion Hannover ist wenig transparent. Zwar beruft man sich darauf, dass alle Überwachungskameras im Internet einsehbar und die Kameras durch die / den BürgerIn erkennbar seien, jedoch wird dadurch weder klar, wie groß die Reichweite der Videoüberwachung ist, noch welche Kameras
5 aktuell überhaupt in Betrieb sind. Zudem ist es als kritisch anzusehen, dass Personen ohne Internetanschluss weniger bis keine Klarheit darüber haben können, wo sich tatsächlich Überwachungskameras befinden.

Weder die Polizeidirektion Hannover, noch das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport halten eine Kennzeichnung für nötig. Dabei steht Hannover damit allein da: die Kennzeichnung von Überwachungskameras
10 mittels Hinweisschildern ist gängige Praxis in Braunschweig, Osnabrück oder Hildesheim. Die Polizeidirektion Hannover ist die einzige Polizeidirektion in Niedersachsen, die die notwendige Kennzeichnung nicht durchführt. Der niedersächsische Landesdatenschutzbeauftragte hält diese hingegen für grundlegend. Ohne sie sei die Rechtmäßigkeit der Videoüberwachung in Frage zu stellen.

15 Die gegenwärtige Praxis missachtet das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Die Reichweite sowie der Einzugsbereich der Videoüberwachung müssen erkennbar sein.

Daher: Transparenz zeigen, Überwachungskameras kennzeichnen!

J2:Majestätsbeleidigung abschaffen –

Meinungsfreiheit schützen –

Reform des Strafrechts angehen

Antragstellerin: Juso AG Vahrenwald-List

5

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos in der Region Hannover möge beschließen:

Wir fordern ein Ende der strafgesetzlichen Ahndung einer grundsätzlichen Systemkritik. Eine grundsätzliche Systemkritik gehört zu einer politischen Auseinandersetzung. Ein demokratischer Rechtsstaat muss sich kritisch, aber ohne strafrechtliche Konsequenzen mit seinen Kritikerinnen und Kritikern auseinandersetzen.

10

Wir fordern deshalb konkret, die §§ 90 Verunglimpfung des Bundespräsidenten und 90a Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole StGB ersatzlos zu streichen.

Begründung:

15

Die Paragraphen 90 und 90a StGB sind historisch aus der Straftat der Majestätsbeleidigung gewachsen. Bis heute haben sich die rechtspolitischen Grundsätze erhalten.

In vielen anderen demokratischen Ländern und gerade in den USA ist so eine Beschränkung nicht zulässig. Dies führt etwa dazu, dass die Verbrennung der Staatsflagge in Deutschland verboten ist, aber nicht in den USA.

20

Die Bundespräsidenten sind bisher immer auch politische Persönlichkeiten gewesen, die sich der öffentlichen Debatte stellen müssen. Als oberstes Staatsorgan ist es sogar für die politische Kultur erforderlich über das Handeln und die Rolle der/des BundespräsidentIn zu diskutieren. Eine offene Debatte erfordert aber eine Freiheit von Angst strafrechtlich verfolgt zu werden. Beleidigungen können weiterhin über die normalen

25

Beleidigungsstraftatbestände des StGB verfolgt werden.

Der künstlerisch kritische und rein politisch kritische Umgang mit dem Thema Nationalismus muss erlaubt werden und darf nicht strafrechtlich verfolgt werden. Zu einer Demokratie und auch gerade für uns Jusos gehört

der kritische Umgang mit der Nation zur politischen Diskussion. Dies muss in Zukunft auch ohne die Paragraphen 90 und 90a StGB möglich sein.

5 **J3: Müll ist Müll – Containern / Dumpstern legalisieren!**

Antragstellerin: Juso AG Südost

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Unterbezirk Region Hannover möge beschließen und an die Bezirkskonferenz weiterleiten:

- 10 Die Jusos Unterbezirk Region Hannover fordern die Legalisierung der Entnahme weggeworfener Lebensmittel aus frei zugänglichen Abfallcontainern (Containern / Dumpstern).

Begründung:

Im Gegensatz zu Österreich gilt Müll in Deutschland nicht als herrenlose Sache. Wird Müll aus einem Abfallcontainer entwendet, gilt dies juristisch als Diebstahl.

- 15 In einigen Städten hat sich das sogenannte „Containern“ oder „Dumpstern“ etabliert: weggeworfene Lebensmittel werden aus Abfallcontainern, z.B. von Supermärkten, entnommen. Die Lebensmittel sind oftmals nicht mit Geschmacks- und Qualitätseinbußen oder einem erhöhten gesundheitlichen Risiko bei Verkehr behaftet, sondern wurden wegen abgelaufenen Mindesthaltbarkeitsdatums, Druckstellen oder als Überschußware weggeworfen. Die Gründe, warum Personen weggeworfene Lebensmittel aus Abfallcontainern fischen, sind
- 20 Armut oder Kritik an der Wegwerfgesellschaft.

Im Jahr 2004 wurde eine Kölnerin wegen „gemeinschaftlichen Diebstahls in einem besonders schweren Fall“ angeklagt, weil sie weggeworfene Lebensmittel aus einem Container entnommen hatte. Das Verfahren wurde gegen die Ableistung von 60 Stunden gemeinnütziger Arbeit eingestellt.

Zwar ist es gängige Praxis, es meist nur bei einer Ermahnung zu belassen und das Ermittlungsverfahren einzustellen, jedoch ist das die Eröffnung des Ermittlungsverfahrens oft schon diffamierend und frustrierend genug für die Betroffenen. Es ist nicht nachzuvollziehen, wieso Menschen bestraft werden sollen, die (meist aus Not) das verwerten wollen, was andere weggeschmissen haben.

5 **Kampf gegen Rechts**

K1: Antifaschistischer Programmteil für das Regionswahlprogramm der SPD

Antragsstellerinnen: Juso-AG Seelze, Juso-AG Wedemark

10

Zur Weiterleitung an den Unterbezirksparteitag

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen:

Die Jusos Region Hannover fordern die Ergänzung des Regionswahlprogrammes um folgende Punkte:

15 **1. Einrichtung der Rechtsextremismusstelle für die Region Hannover:**

Durch die Region Hannover wird die Rechtsextremismusstelle für die Region Hannover (kurz: RRH)

eingerrichtet. Zur Gründung der RRH werden zwei bis drei neue Stellen in der Region Hannover

ausgeschrieben, die mit fachkompetenten und im Bereich des Engagements gegen Rechtsextremismus

erfahrenen Personen besetzt werden. Die Aufgabe der RRH ist es zum einen, die Aktivitäten von

20 nationalistischen und rechtsextremen Gruppen, Personen und Parteien zu beobachten. Zum anderen soll die

RRH antifaschistische Projekte und Initiativen anstoßen, sowie für eine Vernetzung der im antifaschistischen

Bereich ehrenamtlich Tätigen sorgen.

Kern der Arbeit der RRH soll die präventive Aufklärungsarbeit bei Jugendlichen sein. Bei dieser muss klar

herausgearbeitet werden, dass Nationalismus kein Phänomen des politischen Randes sondern der

25 gesellschaftlichen Mitte ist und in all seinen Formen dagegen vorzugehen ist. Hierzu soll die Zusammenarbeit

mit der Antidiskriminierungsstelle der Stadt Hannover gesucht werden, die sich bereits in der Präventionsarbeit im Bereich der Stadt Hannover engagiert.

2. Gründung eines „Runden Tisch gegen Rechts“ für die Region Hannover:

5 Zur Vernetzung von antifaschistischen und bürgerschaftlichen Engagements wird für die Region Hannover durch die Rechtsextremismusstelle ein runder Tisch gegen Rechts gegründet. Dieser soll nicht in Konkurrenz zu dem anlassbezogen tagendem Bündnis „Bunt statt Braun“ stehen, sondern als Ergänzung eine dauerhafte Institution für den Austausch von Informationen und Diskussionen werden.

3. Gründung eines Antifaschistischen Dokumentationsarchiv Hannover (ADH)

10 Die Region Hannover stellt der neu eingerichteten Rechtsextremismusstelle Mittel zur Verfügung, die zur Förderung und Gründung eines unabhängig arbeitenden antifaschistischen Dokumentationsarchivs für Hannover benötigt werden. Das Archiv soll Dokumente und Medien sammeln, die an den Widerstand gegen den Faschismus in der Region Hannover erinnern. Hierbei soll neben dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus ein besonderer Schwerpunkt auf das Wirken der sogenannten „Neuen Rechten“ und den Widerstand in der Gegenwart gelegt werden.

15 4. Einführung der flächendeckenden Schulpräventionsarbeit

Durch die Rechtsextremismusstelle wird flächendeckenden allen weiterführenden Schulen der Region Hannover das Angebot der innerschulischen Präventionsarbeit gemacht. Diese hat es zum Ziel, SchülerInnen über die Gefahren von Rechtsextremismus, Nationalismus und Alltagsrassismus aufzuklären. Hierzu ist die Zusammenarbeit mit Schülervvertretungen und explizit, wenn möglich, vor Ort ansässigen antifaschistischen
20 Initiativen zu suchen. Bisher laufende Projekte wie „Schule ohne Rassismus“ werden unterstützt.

5. Bereitstellung eines Topfes für Projekte und Aktionen gegen Rassismus

Die Region Hannover stellt einen Fördertopf in Höhe von 50.000 Euro für Aktionen und Projekte gegen Rassismus und für Toleranz zur Verfügung. Für die Auszahlung von Fördermitteln können sich Organisationen, Verbände und Vereine mit Aktionen und Projekten, die in der Region Hannover stattfinden sollen bewerben.

25 Begründung:

Lange Zeit waren Rechtsextremismus und Nationalismus für die SozialdemokratInnen in der Region Hannover kein Problem, sondern eher ein Phänomen, dem sich die GenossInnen in den neuen Bundesländern widmen mussten.

Im Jahr 2011 ist die Lage eine andere. Von der SPD Region Hannover wird aus zwei Gründen ein eindeutiges

5 Signal gegen Rassismus und Nationalismus benötigt:

I. Die Situation hat sich geändert. Die Nazis der Region Hannover sind schon lange nicht mehr in einer überschaubaren Anzahl von Gruppen organisiert und erst recht nicht mehr harmlos. Mittlerweile gibt es ein unübersichtliches Spektrum von rechtsextremen Parteien, Kameradschaften, autonomen Nationalisten etc.

10 Übergriffe auf Ausländer nehmen zu und rechte Gruppierungen versuchen mit überregional Aufsehen erregenden Veranstaltungen wie Demonstrationen und großen Parteitag in Hannover ihr menschenverachtendes Gedankengut zu etablieren. Leider sind auch Drohungen gegenüber antifaschistisch engagierten Jusos keine Seltenheit mehr.

Spruch: Es wird für die Politik höchste Zeit nicht länger kämpferische Reden auf Kundgebungen zu halten und zu Demonstrationen aufzurufen. Vielmehr werden zum Erhalt der Demokratie und Bekämpfung des

15 Rechtsextremismus in der Region Hannover konkrete Forderungen benötigt, die Einzug in das Regionswahlprogramm und politische Handeln der SPD finden müssen.

II. Thilo Sarrazin und seine rassistischen Äußerungen haben der SPD schweren Schaden zugefügt. Dass es bis heute (Stand: 07.01.2011) nicht gelungen ist, ihn aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auszuschließen, fügt der SPD weiteren Schaden in ihrer Glaubwürdigkeit zu. Deswegen muss die SPD Region

20 Hannover im Kommunalwahlkampf 2011 ein Zeichen gegen Rassismus setzen, um das Vertrauen gerade bei den vielen MigrantInnen der Region Hannover in die SPD wiederherzustellen.

Die Forderungen, die wir an das Regionswahlprogramm der SPD stellen, sind für sich alleine bereits sinnvoll, doch entfalten sie nur gemeinsam ihre Wirkung als antifaschistisches Aktionsprogramm für die Region Hannover und sollen im folgenden erklärt werden.

1. Antifaschistisches Engagement ist in der Region Hannover größtenteils auf ehrenamtliche Beine gestellt und lebt durch gesellschaftliches Engagement. Allein die Antidiskriminierungsstelle der Stadt Hannover sorgt für staatlichen Einfluss im Kampf gegen den Rassismus. Ehrenamtliches Engagement gegen Rechts ist höchst wichtig und wird auch von vielen Jusos gelebt, stößt aber leider schnell an seine Grenzen. Aus diesem Grund wird in der Region Hannover die Unterstützung durch Hauptamtliche dringend benötigt!

Was wir dabei nicht wollen, sind Verwaltungsbeamte, die sich nun neben der Aufstellung von Planbeschlüssen 20 Stunden die Woche mit Rechtsextremismus beschäftigen sollen. Wir wollen, dass die Einrichtung Rechtsextremismusstelle für die Region Hannover mit ExpertInnen besetzt wird, die sich sowohl mit der rechten als auch der antifaschistischen Szene auskennen. Aus diesem Grund müssen die Stellen für die RRH neu ausgeschrieben werden und eben jene fachkompetenten Menschen angestellt werden.

Bei der Präventionsarbeit der RRH muss aber klar sein, dass der Ursprung der extremen Rechten nicht der Stadtverband der NPD ist. Es sind der Alltagsrassismus und die Vorurteile der Mitte der Gesellschaft, die bereits früh bekämpft werden müssen.

2. Runde Tische gegen Rechts haben sich bereits in einzelnen Städten der Region Hannover wie z.B. Seelze und Stadtteilen Hannovers bewährt. Bei einem Runden Tisch auf Regionsebene soll eine Vernetzung nach dem Vorbild des „Bunt statt Braun“ Bündnisses zwischen engagierten Einzelpersonen, Gewerkschaften, Parteien, Kirchen, Antifagruppen, Jugendverbänden etc. möglich gemacht werden.

Dort sollen in informativen Rahmen gemeinsame Projekte geplant, Informationen ausgetauscht und Netzwerke geknüpft werden. Was sich bereits zu Großveranstaltungen von Rechten mit dem Bündnis „Bunt statt braun“ bewährt hat, soll damit als permanente Institution etabliert werden.

3. Antifaschistische Dokumentationsarchive werden bereits in Städten wie München und Berlin erfolgreich betrieben. Doch auch in Städten wie Hannover gibt es immer wieder Einzelpersonen, die sich um eine Dokumentation rechtsextremer Aktivitäten und antifaschistischem Engagements bemühen. Diese Bemühungen müssen dringend gebündelt werden. Aus der Vergangenheit des Kampfes gegen Rechts können heute wertvolle Lehren gezogen werden und die Dokumentation nationalsozialistischer Verbrechen in der Region Hannover sind nicht nur für den Politikunterricht interessant.

Die Region Hannover spielte für den antifaschistischen Widerstand in den 20er und 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine bedeutende Rolle. Nicht nur, dass 1937 der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann ins Gerichtsgefängnis Hannover in der Leonhardtstraße verlegt wurde und dort 6 Jahre lang einsaß, auch die Geschichte der Kämpfe zwischen SA und dem Reichsbanner um den Arbeiterstadtteil Linden und die Kämpfe um das Gewerkschaftshaus in der Nikolaistraße sind zwar bekannt, aber wenig erforscht. Auch die Rolle der verschiedenen Widerstandsgruppen in den hannöverschen Fabriken und Betrieben ist bisher noch unzureichend dokumentiert. Dies muss dringend nachgeholt und ausreichend aufgearbeitet werden.

Doch auch in der jüngeren Vergangenheit häufen sich Aktionen einer neuen rechten Szene in Hannover. Übergriffe von Neonazis auf ihre Gegner und MigrantInnen sind keine Ausnahme mehr. Solche Aktionen und Übergriffe müssen durch das Archiv ebenfalls dokumentiert und für die Nachwelt festgehalten werden.

4. Der Schlüssel für den erfolgreichen Kampf gegen Rechts liegt in der Präventionsarbeit. Diese setzt naturgemäß bei Jugendlichen an. Somit liegt es nahe, dass die RRH die Zusammenarbeit mit den weiterführenden Schulen Hannovers sucht und dort Jugendliche über Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus aufklärt.

Besonders sinnvoll ist es hierbei die Zusammenarbeit mit Schülervertretungen und örtlich antifaschistisch engagierten Gruppen zu suchen, da diese zum einen meist einen direkteren Draht zu den SchülerInnen haben und zum anderen die Präventionsarbeit mit regionalen Beispielen und Hintergrundwissen bereichern können.

5. Die Bereitstellung eines Topfes zu Förderung von Projekten und Aktionen gegen Rassismus und für Toleranz soll ein Angebot an sämtliche Organisationen sein, die sich in der Region Hannover gegen Rechtsextremismus engagieren. Sei es die örtliche Juso AG, die freiwillige Feuerwehr oder städtische Antifagruppe. Die Fördermittel sollen einen Anreiz für die Umsetzungen von, meist kostspieligen, kreativen Ideen sein und ehrenamtlich Engagierte bei ihrem Engagement unterstützen und ermutigen.

Für die Jusos und die SPD ist klar: Auch mit der erfolgreichen „eins zu eins“ Umsetzung all dieser Projekte ist der Kampf gegen Rechts in der Region Hannover noch lange nicht gewonnen. Doch es wird ein wichtiger

Schritt sein. Bei der Bekämpfung von Rassismus, gleich welcher Art, müssen Staat und Bürger

zusammenarbeiten. Deswegen ist es die Pflicht des Staats, ehrenamtliches Engagement zu unterstützen und zu fördern, wo es nur möglich ist.

Wir streben eine tolerante demokratische Gesellschaft ohne Rassismus, Vorurteile und Nationalismus an. Dies ist jedoch nur möglich, wenn große Teile der Gesellschaft dieses Ziel mittragen. Wir wollen die Bürger

5 aufrütteln und für diese Idee begeistern!

Alerta!

Kultur

10 **KU1: Angriff auf das kulturelle Leben stoppen – Kultur für alle ermöglichen!**

Antragstellerin: Juso-AG Vahrenwald-List

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos in der Region Hannover möge beschließen:

15 Wir fordern, dass die finanziellen Kulturausgaben Niedersachsens auf keinen Fall gekürzt werden, wie es im Moment die Absicht ist. Wir wollen alle Menschen am kulturellen Leben teilhaben lassen.

Deswegen fordern wir konkret eine regionale Umverteilung der Gelder von oben nach unten durch kostenlosen Eintritt zu Museen und Theatern für Kinder, SchülerInnen, Azubis, Studierende, Arbeitslose, unter dem Existenzminimum lebende Menschen und RentnerInnen, denn der Zugang zu einem so elementaren Gut wie
20 der Kultur muss für alle offen sein und es müssen alle Menschen die Möglichkeit der Beteiligung haben.

Übergangslösungen nach Vorbild des Berliner Sozialtickets oder eine Kultursteuer wie in England sollten dabei in Erwägung gezogen werden.

Begründung:

Bei den Kulturausgaben (für Theater, Museen, Musik, Denkmalschutz, Bibliotheken etc.) liegt Niedersachsen im Ländervergleich auf dem drittletzten Platz. Das geht aus dem 2010 vorgestellten Kulturfinanzbericht des Statistischen Bundesamts hervor. So gibt Niedersachsen pro Einwohner nur 58,08 Euro für Kultur aus - dahinter liegen nur Schleswig-Holstein (56,21 Euro) und Rheinland-Pfalz (57,76 Euro). Im Durchschnitt
5 stellten die Länder 89,88 Euro pro Einwohner für Kultur zur Verfügung.⁴

Es wird kritisiert, der niedersächsische Kulturhaushalt sei durch einen rigiden Sparkurs seit 2003 auf niedrigstem Niveau angekommen. Vor allem die Ausgaben für Museen und Denkmalschutz seien blamabel.

Wir wollen nicht, dass gerade Niedersachsen, das so vorbildliche Strukturen der Landesförderung im Bereich der Kulturarbeit aufgebaut hat, jetzt eine solche radikale Kehrtwendung vollzieht, da dies zur kulturellen
10 Verarmung führt und weitere verheerende gesellschaftliche und politische Auswirkungen auf das kulturpolitische Klima in Deutschland nach sich zieht.

Die erklärte Absicht des Niedersächsischen Kulturministers Lutz Stratmann für Wissenschaft und Kultur, die von seinem Ressort einzusparenden Mittel in Höhe von 8 Millionen Euro einseitig bei der Freien Kulturarbeit (Soziokulturelle Einrichtungen, Freie Theater etc.) zu kürzen⁵ und deren projektbezogene Förderung dadurch
15 faktisch auf Null zu setzen, lehnen wir ab.

Kultur ist ein elementares Bedürfnis der Menschen und somit Lebensgrundlage einer Gesellschaft, das das Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger und damit die Lebensqualität steigert. Dies sollte uns allen ein großes Anliegen sein. Deshalb fordern wir, dass der jetzige ohnehin schon knapp bemessene Kulturretat nicht weiter reduziert wird.

20 Um Zugangsschwellen zu senken, sollen Kulturangebote, gerade für Kinder und Jugendliche, kostenfrei gestaltet sein. Der Eintritt in staatliche Museen und auch der Leihausweis für Büchereien müssen perspektivisch generell kostenfrei sein. Aber auch heute schon sollten zumindest Kinder, SchülerInnen, Azubis, Studierende, Arbeitslose, unter dem Existenzminimum lebende Menschen und RentnerInnen kostenlos in das Museum und

⁴ <http://www.artefacti.de/abstrakte-kunst/index.php/kunst-nachrichten-2010/dovember-2010/18412-niedersachsen-bei-kulturausgaben-fast-schlusslicht-.html>

⁵ http://www.kupoge.de/presse/040823_sparpolitik-nds.htm

das Theater gehen können, denn ökonomisch Benachteiligten muss auch im Erwachsenenalter der Zugang zu Kultur kostengünstig ermöglicht werden.

Wenn der Staat die Kultur fördert und ihre Entfaltung ermöglicht, sichert er damit den Kanon des kulturellen und gesellschaftlichen Zusammenlebens.

5

Medien- und Netzpolitik

M1: Öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehbeiträge

10

problemlos nutzbar machen!

Antragstellerin: Juso-AG NordWest Hannover

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen:

15

Allen öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunksendern soll auferlegt werden, ihre Beiträge, Dokumentationen und Nachrichtensendungen den Bürgerinnen und Bürgern und Einrichtungen ohne privatwirtschaftlichen Hintergrund, wie zum Beispiel Vereinen, Verbänden, Parteien, Schulen und Museen, kostenfrei zur Verfügung zu stellen, damit diese die Beiträge ohne Schwierigkeiten in Ausstellungen verwenden, für eigene Publikationen nutzen oder im Internet einbauen dürfen.

20

Sollen Beiträge für privatwirtschaftliche Zwecke, wie z.B. Werbung für ein Produkt, verwendet werden, so ist eine Gebühr zu zahlen, die durch die Sender selbst zu erheben ist und nicht durch Dritte erhoben werden kann. Daraus folgt, dass das Auslagern des Rechteerwerbs an den eigenen Beiträgen durch die Sender nicht gestattet wird.

25

Begründung:

Wer sich schon einmal ernsthaft um den Erwerb von Rechten an bestimmten Ausschnitten aus bekannten Fernsehsendungen, wie z.B. der Tagesschau, kümmern musste, weiß, dass dies ein äußerst kompliziertes und teures Unterfangen ist. Grundsätzlich wird der öffentlich-rechtliche Rundfunk und das Fernsehen über GEZ-Gebühren und ein wenig Werbung finanziert. Diese Gebühren sind ohnehin schon von allen Bürgerinnen und 5 Bürgern zu leisten. Aus diesem Grund ist es vollkommen unersichtlich, warum sie zusätzlich Gebühren zahlen müssen, wenn sie einen Teil des durch ihre Gelder finanzierten Materials benutzen wollen. Die ARD verlangt, je nach Sendung, 220 Euro pro Minute, manchmal mehr. Das ZDF verlangt gar bis zu 500 Euro für gerade einmal 8 Sekunden Film. Das ist nicht hinnehmbar.

Für öffentliche Einrichtungen gilt das gleiche. Museen und Schulen dienen der öffentlichen Bildung, müssen 10 aber dennoch diese immens hohen Beträge aufwenden, um Material zu benutzen. Für viele Ausstellungen bedeutet das eine riesige Einschränkung – Material, das eigentlich sehr in den Zusammenhang mancher Ausstellung passen würde und auch einen Bildungsmehrwert darstellt, kann nicht verwendet werden, weil die Mittel für Ausstellungen zu begrenzt sind. Auf diese Weise wird großes Potenzial verschenkt und AusstellerInnen dazu gezwungen, auf weniger aktuelle Medien zurückzugreifen. Auch das ist angesichts besserer 15 Bildung, die wir als Jusos zu Recht fordern, nicht hinnehmbar.

Ein zusätzliches Problem bei der ganzen Angelegenheit ist das Einholen der Rechte. Viele Sender haben den Rechteerwerb für ihre Sendungen an Dritte, natürlich privatwirtschaftliche Unternehmen ausgelagert. Das führt dazu, dass, wenn jemand versucht, Rechte einzuholen, sie / er noch nicht einmal bei den Sendern selbst die Rechte einholen kann, sondern an dritte Unternehmen verwiesen wird, die das Interesse haben, möglichst viel 20 Profit aus dem Rechteerwerb zu schlagen. Diese Entwicklung ist ein Skandal sondergleichen! Sie widerspricht dem Konzept eines Bildungsauftrags der öffentlich-rechtlichen Sender für die Öffentlichkeit.

Privatwirtschaftliche Unternehmen, die die Beiträge der Sender für kommerzielle Zwecke nutzen wollen, sollten weiterhin einen Beitrag dafür bezahlen, dass sie das durch die Öffentlichkeit finanzierte Fernsehen für ihre eigenen Werbezwecke nutzen wollen. Aber auch für diese Unternehmen sollte der Zugang zu diesen Rechten 25 durch das Auslagern der Rechte an Unternehmen außerhalb des Fernseh- oder Rundfunksenders nicht erschwert werden.

Organisationspolitik

5 **O1: Engagement würdigen: Das Netzwerk Selbst Aktiv und die Schwusos als Arbeitsgemeinschaften anerkennen**

Antragstellerin: Juso AG Vahrenwald-List

10 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen:

Zur Weiterleitung an den Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover

Zur Weiterleitung an die Bezirkskonferenz der Jusos Bezirk Hannover

15 Aktives Engagement und Anerkennung sind immer Teil des Engagements der Mitglieder der SPD gewesen.

Wir fordern deshalb alle Beteiligten auf sich dafür einzusetzen, dass der AK Schwusos und das Netzwerk Selbst Aktiv als Arbeitsgemeinschaft der SPD anerkannt werden.

Begründung:

20

Auf dem Bundesparteitag 2009 hat die SPD die Chance verpasst sich inhaltlich breiter aufzustellen und mehr Menschen aktiv in ihrer politischen Arbeit zu unterstützen. Mit der Aufwertung zur Arbeitsgemeinschaft werden dem Netzwerk Selbst Aktiv und den Schwusos die Ressourcen zur Verfügung gestellt um ihre politische Arbeit und eigenen politischen Interessen effektiv umzusetzen.

25

Bei den Schwusos und im Netzwerk Selbst Aktiv organisieren sich Menschen die in der Gesellschaft und auch innerhalb der Sozialdemokratie vor besonderen Hürden stehen. Diese Hürden abzubauen muss das Interesse aller Mitglieder der SPD und der Jusos sein.

5 **O2: Freie Entscheidung ermöglichen – Juso-Mitgliedschaft verändern!**

Antragstellerin: Juso AG Südost

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an die Bezirkskonferenz weiterleiten:

10

Die Jusos Unterbezirk Region Hannover fordern, Punkt IV. der „Richtlinie des SPD-Parteivorstandes zur Gastmitgliedschaft und für Mitglieder mit Teilrechten (Juso-Mitgliedschaft)“ so zu ändern, dass eine zeitlich unbefristete reine Juso-Mitgliedschaft möglich ist. Die Mitgliedschaft sollte aller zwei Jahre erneuert werden müssen.

15

Begründung:

Momentan ist die Nur Juso-Mitgliedschaft auf zwei Jahre begrenzt und maximal nochmals um zwei Jahre verlängerbar. Nach zwei Jahren erhält die / der JungsozialistIn Post von der Partei mit der Bitte um Erwerb der Vollmitgliedschaft. Geschieht dies nicht und wird keine Verlängerung der Juso-Mitgliedschaft beantragt, erlischt der Status als Juso-Mitglied. In jedem Fall endet diese jedoch nach maximal vier Jahren.

20

Die Jusos verstehen sich als eine Organisation, die allen politisch Interessierten, die sich mit den Grundwerten der Jusos identifizieren, offen steht. Es gibt politisch Interessierte, die (zu Beginn) nicht in eine Partei eintreten, aber sich dennoch politisch engagieren wollen. Die Juso-Mitgliedschaft bietet eine Möglichkeit, sich für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sowie eine linke Politik einzusetzen, ohne Mitglied der SPD zu sein.

5 Bleibt die bisherige Regelung aber bestehen, kommt es dazu, dass nach zwei oder spätestens vier Jahren Mitglieder, die sich mit den Jusos, aber vielleicht (noch) nicht mit der SPD identifizieren, nicht mehr länger Mitglied der Jusos sein dürfen / können. Dadurch hemmt man das Engagement von Menschen, die sich für die Sache der Jusos stark machen wollen. Diese Regelung ist für uns nicht länger tragbar.

10 Natürlich muss es ein langfristiges Ziel bleiben, mehr junge Menschen für eine Mitarbeit und ein Engagement bzw. eine Mitgliedschaft in der SPD zu begeistern. Die Entscheidung, ob und wann dies jedoch erfolgen soll, muss letztendlich jeder / jedem selbst überlassen bleiben.

O3: MandatsträgerInnenabgabe transparent gestalten

15

Antragstellerin: Juso AG Nordstadt

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an den SPD-Unterbezirk und die Juso-Bezirkskonferenz weiterleiten:

20

Die oder der Finanzbeauftragte der SPD Region Hannover, erweitert seinen Bericht zukünftig um einen Bericht über die Zahlungen der SPD MandatsträgerInnen an die SPD.

25

Die SPD-MandatsträgerInnen umfassen mindestens die Europa-, Bundestags-, und Landtagsabgeordnete, die Hauptverwaltungsbeamte, die Mitglieder der Regionsversammlung und der Mitglieder aus der SPD-Fraktion in den Aufsichtsräten der Unternehmen der Region Hannover.

Die Bericht soll die Höhe des Mitgliedsbeitrages, der Sonderabgaben, weitere regelmäßige Zahlungen an SPD Gliederungen und "weitere Angaben" erhalten. Die "weiteren Angaben" sollen durch die MandatsträgerInnen selbst angegeben werden können. MandatsträgerInnen sollen der Veröffentlichungen ihrer Zahlungen

5 widersprechen können.

Der Bericht umfasst für alle Gruppen zudem den Betrag der zu erwartenden Zahlungen und die durchschnittlichen Zahlungen einer Gruppe.

10

Begründung:

Die Zahlung von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern sind wichtige Bausteine standfester Parteifinanzen. Sie ermöglichen politische Arbeit, die wiederum die nächsten Wahlen und Mandate absichern. Sie sind damit unverzichtbar für die Partei und ihre Arbeit.

15

Klar ist auch: Der absolute Großteil der Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern zahlt deutlich mehr, als sie oder er "muss".

20

Derzeit sind diese Zahlungen für Parteitagsdelegierte und auch für VertreterInnen bei Wahlversammlungen undurchsichtig. Das führt dazu, dass diese Zahlungen nicht Teil der Entscheidung zwischen verschiedenen Kandidaten werden können. Das wiederum führt zu einer Verzerrung der Wahlentscheidungen und zu einer geringeren Verbindlichkeit der Zahlungen.

25

Der Antrag will diese Tatsache positiv weiterentwickeln. In anderen Organisationen, wie zum Beispiel den DGB-Gewerkschaften, sind die Veröffentlichungen der Zahlen und die Auseinandersetzung darum, ein lange erprobtes Mittel der internen Debatte. Hier werden die Zahlen nicht auf Versammlungen, sondern in den Mitgliedszeitungen veröffentlicht.

Etwaige Datenschutzrechtliche Bedenken sind durch die Möglichkeit des Widerspruches gelöst.

O4: Mehr Demokratie machen – Parteistrukturen weiterentwickeln

Antragstellerin: Juso AG Vahrenwald-List

5

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos in der Region Hannover möge beschließen:

Wir fordern eine stärker innerparteiliche Demokratisierung der SPD. In der aktuellen Debatte über die Fortentwicklung der SPD sind wir der Auffassung, dass die SPD nur mit einem aktiven Einbinden aller

10 Mitglieder wieder für die Menschen attraktiv werden kann und politische Mehrheiten gewinnt.

Um dies zu erreichen fordern wir deshalb konkret:

1. Die Direktwahl der SpitzenkandidatInnen bei Oberbürgermeister-, Landtags- und Bundestagswahlen durch
15 die Mitglieder der SPD. Die Wahl muss für alle Mitglieder zugänglich in einer Briefwahl erfolgen. Darüber hinaus können die Mitglieder auch bei Konferenzen, bei welchen sich die Kandidatinnen und Kandidaten für die Spitzenkandidatur vorstellen, wählen. Eine Öffnung gegenüber Parteilosern zur Teilnahme an der Wahl soll nicht erfolgen.
2. Die Direktwahl der Vorsitzenden auf Bundes- und Landesebene. Die Wahl muss ebenfalls für alle Mitglieder
20 zugänglich in einer Briefwahl erfolgen. Darüber hinaus können die Mitglieder auch bei Konferenzen, bei welchen sich die Kandidatinnen und Kandidaten für die Spitzenkandidatur vorstellen, wählen.
3. Eine Vereinfachung des Mitgliederentscheids innerhalb der SPD. Das bedeutet konkret eine Verringerung der Menschen die für das Mitgliederbegehren unterzeichnet haben müssen auf 5 Prozent der Gesamtmitglieder und eine Fristverlängerung auf 6 Monate.
- 25 4. Ein Aufbrechen traditioneller Vorstandstrukturen, um auch bei der SPD alternative Vorstandsmodelle wie Doppelspitzen für den Vorsitz zu ermöglichen.

Des Weiteren fordern wir alle FunktionsträgerInnen und MandatsträgerInnen sich an die Beschlüsse der SPD zu halten sich in der politischen Arbeit für diese einzusetzen.

Begründung:

5

Menschen sind politisch aktiv um etwas zu verändern. Gerade die SPD lebte bis jetzt von der Arbeit ihrer Mitglieder. Wie die meisten anderen Parteien auch, leidet die SPD aber an einen massiven Rückgang der politischen Arbeit ihrer Mitglieder und der Mitgliederzahlen.

10 Zu 1 und 2: Zur Stärkung der innerparteilichen Demokratie ist es erforderlich alle Mitglieder an den Wahlen der Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern mitwirken zu lassen.

Zu 3: Wichtige Grundsatzentscheidungen dürfen ebenfalls nicht auf die Funktionärebene abgeschoben werden. Auch auf den Parteitag der höheren Gliederungen sind hauptsächlich Vertreter der mittleren und höheren Funktionsebene vertreten.

15 Zu 4: Für viele Funktionäre ist die Arbeitsbelastung neben dem Beruf und einem politischen Mandat sehr hoch. Um aber trotzdem noch effektiv zu arbeiten und

O5: Juso Beschlüsse für die Wissenschaft sichern!

20 Antragstellerin: Juso-AG Vahrenwald-List

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos in der Region Hannover möge beschließen:

Das Beschlussbuch der Unterbezirkskonferenz 2011 und alle folgenden Beschlussbücher werden der
25 niedersächsischen Landesbibliothek zur Verfügung gestellt.

Der Unterbezirksvorstand wird mit der konkreten Ausarbeitung und Weiterleitung beauftragt.

Begründung:

Für HistorikerInnen und PolitikwissenschaftlerInnen sind die Debatten, die bei den politischen Verbänden
5 geführt werden für die wissenschaftliche Arbeit von erheblicher Bedeutung.

Aus diesem Grund sollten die Jusos in der Region Hannover ihre politische Arbeit und Debatten der Nachwelt
erhalten und öffentlich zugänglich machen.

10 **O6: Kinderbetreuung auf Parteiveranstaltungen**

Antragstellerin: Juso-AG NordWest Hannover

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen:

Die Jusos der Region Hannover fordern:

- 15
1. Die SPD bietet auf Parteiveranstaltungen eine professionelle Betreuung für Kinder zwischen 2 und 10 Jahren an, wenn mehr als 5 Kinder angemeldet werden.
 2. Die SPD trägt die für die Betreuung eines Kindes zwischen 2 und 10 Jahren in der Zeit einer Parteiveranstaltung anfallenden Kosten, wenn keine professionelle Betreuung von der Partei vor Ort angeboten wird und die entstandenen Aufwendungen durch eingereichten Beleg nachgewiesen werden.

20 **Begründung:**

Die SPD steht für eine moderne Familienpolitik und fordert unter anderem eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Elternteile. Wir Jusos fordern jedoch mehr, nämlich eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik für beide Elternteile.

Nur knapp 6% unserer GenossInnen sind jünger als 29 und nur knapp ein Drittel aller Mitglieder sind Frauen.

- 25
- Es fehlt uns demnach am politischem Nachwuchs und an Frauen in unserer Partei. Zwei Argumente, warum unsere Forderung umgesetzt werden muss. Das Statistische Bundesamt weist aus, dass Frauen in Deutschland

im Durchschnitt mit 26 Jahren Mutter werden. Auch wenn diese Mütter in einer Partnerschaft leben, wird die Kindeserziehung häufig alleine ihnen überlassen. Dennoch handelt es sich dabei nicht um ein allein geschlechtsspezifisches Problem, denn auch alleinerziehende Männer leiden unter der genannten Vernachlässigung. Gesellschaftlich und politisch aktiv zu werden oder zu bleiben wird so für diese Menschen unweigerlich erschwert. Wir sind aber auf diese Personen angewiesen und müssen folglich jede Möglichkeit ergreifen, dem politischen Nachwuchs die aktive Teilnahme an politischer Arbeit in unserer Partei zu erleichtern.

Gerade weil Eltern häufig bei der Frage nach der Betreuung ihrer Kinder allein gelassen werden, hat die SPD ihre Forderung nach einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie ausformuliert. Wir können aber nicht glaubhaft eine Sache fordern, die wir nicht selbst konsequent einhalten. Kinderbetreuung wird auf großen Parteiveranstaltungen nur sporadisch angeboten. Bei den Arbeitskreisen findet sie sogar überhaupt nicht statt. Ob GenossInnen mit Kindern am aktiven politischen Geschehen in unserer Partei teilnehmen können hängt also von drei Faktoren ab; Entweder einer der beiden Elternteile übernimmt in der Zwischenzeit die Betreuung, einE VerwandteR oder FreundIn springt ein oder es wird eine kostenpflichtige Betreuung herangezogen. Die erste Möglichkeit fällt bei Alleinerziehenden bereits weg. Auch FreundInnen und Verwandte können keine langfristige Lösung darstellen und die letzte Möglichkeit richtet sich nach der Größe des Geldbeutels. Keine der Möglichkeiten erscheint folglich langfristig brauchbar.

Selbstverständlich entstünden bei der Umsetzung unserer Forderung neue Kosten. Diese werden aber so gering wie möglich gehalten, da die Betreuung dem Bedarf entsprechend und nicht pauschal angeboten wird. Außer Acht lassen sollte man auch nicht, dass solche Angebote positive Impulse hinsichtlich eines Parteieintrittes senden könnten. Unsere Partei würde beweisen, dass sie an der aktiven Teilnahme ihrer Mitglieder und nicht an den Beiträgen interessiert ist.

Die Vorteile einer Umsetzung unserer Forderung überwiegen dem geringen organisatorischen Aufwand enorm. Die SPD würde mit einem bisher beispiellosem Konzept auf Parteebene Maßstäbe setzen und gleichzeitig ihrer Forderung, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten, indem sie in ihren eigenen Reihen familienfreundlicher und inklusiver wird, glaubhaften Nachdruck verleihen.

5

Politik vor Ort: Kommunales

P1: Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für Freigängerkatzen einführen

10 Antragstellerin: Juso-AG Südost

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Unterbezirk Region Hannover möge beschließen:

Die Jusos Unterbezirk Region Hannover fordern die Ratsfraktionen in den Kommunen der Region Hannover
15 auf, ...

1. ... sich für eine Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für Freigängerkatzen einzusetzen. Die Kastrations-
und Kennzeichnungspflicht soll mit einer Übergangsfrist von sechs Monaten nach Beschluß durch die jeweilige
Gemeindevertretung in Kraft treten. Die Kosten der Kastration und Kennzeichnung der Hauskatzen von
20 Sozialschwächeren sollen zumindest anteilig durch die jeweiligen Kommunen übernommen werden. Bei
Zuwiderhandlungen soll ein Bußgeld in Höhe von bis zu 1500 Euro verhängt werden. Ausnahmeregelungen für
Züchtungszwecke sind zu treffen. Zum Zeitpunkt der Kastration darf die Katze frühestens sechs Monate alt

sein. Nichtkastrierte, gekennzeichnete Katzen werden nicht automatisch kastriert. Erst im Einvernehmen mit den HalterInnen wird die Notwendigkeit einer Kastration überprüft.

2. ... darauf hinzuwirken, dass die Einhaltung der unter Punkt 1 genannten Bestimmungen in regelmäßigen Abständen stichprobenartig kontrolliert wird.

5 3. ... im Rahmen tierschutzrechtlich vertretbarer Maßnahmen gemäß Punkt 1 auf eine Reduktion des bereits bestehenden Bestandes an verwilderten Hauskatzen hinzuwirken. Dies soll unter anderem durch die Kastration von bisherigen Freigängerkatzen gewährleistet werden.

Begründung:

10

Nicht nur, aber besonders wenige Wochen nach Weihnachten werden "lästig gewordene" Haustiere, besonders Katzen, ausgesetzt. Katzen besitzen keine biologische Nische, weil sie keine klassischen Wildtiere sind, sondern seit Jahrtausenden domestiziert sind. Das bedeutet, dass sie auf die Hilfe des Menschen angewiesen sind und die Nähe menschlicher Siedlungen suchen. Problematisch ist hierbei aber, dass herrenlose Katzen im Regelfall nicht

15

kastriert sind. Dadurch kann sich diese Population fast ungehindert vermehren: eine Katze kann durchschnittlich zweimal im Jahr zwischen vier und zehn Junge gebären. Unter Umständen gehen daher von einer unkastrierten Katzenmutter bis zu 20 Katzenbabys pro Jahr aus. Rein rechnerisch könnte dies nach Angaben des Deutschen Tierschutzbundes bedeuten, dass von einer unkastrierten Katze innerhalb von 10 Jahren, wenn nur drei Welpen pro Wurf überleben und sich die Nachkommen auch in diesem Maße

20

reproduzieren würden, bis zu 80 Millionen Katzen ausgehen könnten. In Berlin gibt es gegenwärtig etwa 100.000 verwilderte Katzen, in Hannover sollen es zwischen 5.000 und 10.000 "Streuner" sein.

Die ungehinderte Vermehrung verwilderter Katzen führt ...

... dazu, dass pro Jahr 300.000 Katzen erschossen werden. (Quelle: Deutscher Tierschutzbund)

... dazu, dass jährlich 250.000 Katzen überfahren werden und somit nicht nur tierisches Leid, sondern auch unter Umständen ein wirtschaftlicher Schaden bei den FahrzeughalterInnen entsteht. (Quelle: Deutscher Tierschutzbund)

... zu unnötigem Leiden verwilderter Katzen.

5 ... zu einer Störung des ökologischen Gleichgewichts des jeweiligen Biotops.

... zu vermehrter Tierquälerei.

... zu herrenlosen Katzenansammlungen auf Grundstücken und in Gebäuden, die wiederum zu behördlichen Problemen oder Streitigkeiten führen könnten.

... zu hygienischer Belästigung durch unkastrierte Kater.

10 ... zu überfüllten und überbelegten Tierheimen, falls sie gefangen werden, und damit zu Mehrkosten. Werden sie abgewiesen, verstieße dies gegen geltendes Tierschutzrecht.

... zu einem Eindringen dieser Tiere in lebensmittelverarbeitende Betriebe.

... zu einer Gefährdung des Straßenverkehrs.

... zu einer gesundheitlichen Gefährdung anderer Tiere (Tollwut, Flöhe, Katzenschnupfen, ...), aber auch von

15 Menschen mit geschwächtem Immunsystem (Kinder, chronisch Kranke, HIV-Infizierte, ...).

... dazu, dass nicht oder schwer vermittelbare Katzen unter Umständen getötet werden (§ 16a Tierschutzgesetz).

... zu höheren Kosten sowie emotionaler Belastung für Tierschutzinitiativen und Behörden.

Die Krankheits- und Sterblichkeitsrate ist bei verwilderten Katzen höher als bei Hauskatzen. Die Empfehlung,
20 diese Tiere nicht mehr zu füttern, stellt aber einen nicht hinnehmbaren Gewissenskonflikt für viele Menschen dar.

Daher erscheint es sinnvoll, dass Freigängerkatzen kastriert werden. Diese Regelung ist nur dann durchsetzbar, wenn alle Katzen auch gekennzeichnet werden. Hierfür ist eine Registrierung erforderlich. Dabei gilt auch hier das Verursacherprinzip: Zuwiderhandlungen müssen mit einem Bußgeld bestraft werden. Ansonsten ist die Bereitschaft, in dieser Hinsicht Verantwortung zu übernehmen, geringer und VerursacherInnen würden

5 geschützt werden, weil die / der SteuerzahlerIn die Kosten zu tragen hätten. Unterstützung für Sozialschwache sollte es durch die Kommunen geben. Die Regelung muss stichprobenartig kontrolliert werden, weil ansonsten keine Durchsetzung garantiert werden kann. Bei Zuwiderhandlungen gegen angemahnte Regelungen kann die Katze der Besitzerin oder dem Besitzer zugeordnet werden. Die Vergrößerung der bisherigen Populationen an verwilderten Katzen sollen durch Kastrationen reduziert werden.

10

Der Arbeitskreis Naturschutz / Tierschutz des SPD-Unterbezirks Region Hannover befürwortet dieses Vorgehen, genauso wie der Tierschutzbeirat beim niedersächsischen Umweltministerium sowie der Leiter des Tierschutzzentrums der Tierärztlichen Hochschule Hannover. Die SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover lehnt diese Regelung allerdings ab.

15

Eine Kennzeichnungs- und Kastrationspflicht für alle Freigängerkatzen (Paderborner Modell) ist jedoch zu befürworten, weil ...

... JägerInnen weniger Hauskatzen schießen müssten, was unter anderem eine finanzielle Erleichterung darstellen würde.

20 ... die ökologische Nische von Wildkatzen durch verwilderte Hauskatzen weniger gestört werden würde.

... weniger "unerwünschte Katzen" getötet werden würden.

... weniger Katzen gequält werden würden.

... die öffentliche Hand durch die Versäumnisse der BesitzerInnen weniger belastet werden würden.

... Tierschutzinitiativen entlastet werden würden.

... weniger Rettungseinsätze für Katzen durch Polizei und Feuerwehr nötig wären.

... die Kennzeichnung das leichtere Wiederauffinden entlaufener Katzen bedeuten würde.

... tierschutzrechtliche Maßnahmen im Rahmen der Kennzeichnung besser kontrollierbar wären.

- 5 Das Paderborner Modell wird zur Zeit unter anderem in Düsseldorf und in Paderborn praktiziert. In letztgenannter Stadt stieg die Anzahl der Kastration um etwa 200 pro Jahr. Bei etwa 100 weiblichen Katzen, die jeweils pro Jahr 20 Nachkommen hätten zur Welt bringen können, konnten somit 2000 möglicherweise verwilderte Katzen verhindert werden. Da für Züchtungszwecke Ausnahmen getroffen wurden, kann auch nicht davon die Rede sein, dass es in absehbarer Zeit zu einem Mangel an Hauskatzen kommen könnte.

10

Die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für Freigängerkatzen ist somit keineswegs fragwürdig, sondern konsequenter Tierschutz.

P2: Kennzeichnung lebensmittelverarbeitender Betriebe einführen

15

Antragstellerin: Juso-AG Südost

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Unterbezirk Region Hannover möge beschließen und an den Unterbezirksparteitag weiterleiten:

20

Die Jusos Unterbezirk Region Hannover fordern die Einführung des Smiley-Kennzeichnungssystems für hygienische Bedingungen in lebensmittelverarbeitenden Betrieben nach dänischem Vorbild in den Kommunen der Region Hannover. Dies schließt die Veröffentlichung von Positiv- und Negativlisten ein. Bei Beseitigung der Missstände und erneuter Überprüfung durch die zuständige Behörde muss eine Streichung von der

5 Negativliste erfolgen.

Begründung:

10 Nach zahlreichen Lebensmittelskandalen und starker Besorgnis über hygienische Zustände in lebensmittelverarbeitenden Betrieben ist das Bedürfnis nach mehr Transparenz in Verbraucherschutzrechtlichen Fragen stark angestiegen. Dazu gehört auch die Forderung, Ergebnisse von Kontrollen in lebensmittelverarbeitenden Betrieben zu veröffentlichen. Die Gründe sind verständlich, schließlich werden jährlich bis zu 25% der entsprechenden Betriebe beanstandet.

15 In Dänemark sowie im Berliner Bezirk Pankow werden sowohl Positiv- als auch Negativergebnisse von Kontrollen im Internet veröffentlicht. Zusätzlich müssen die Ergebnisse in dänischen Geschäften ausgehängt werden. Weiterhin wird ein Smiley-System angewendet: dabei geben unterschiedliche Gesichter (lachend bis traurig) der Verbraucherin bzw. dem Verbraucher ein Bild darüber, wie es um die Einhaltung hygienischer Vorschriften in diesem Betrieb steht. Mit Ausnahme von Berlin-Pankow werden Negativergebnisse in
20 Deutschland nicht veröffentlicht, in Nordrhein-Westfalen sind jediglich Positivergebnisse öffentlich einsehbar.

Das dänische Modell ist hierbei vorzuziehen: die Veröffentlichung aller Ergebnisse der überprüften Betriebe schafft ein Höchstmaß an Transparenz und ermöglicht eine stark disziplinierende Wirkung für die BetreiberInnen zur Einhaltung der Vorschriften. Dieses Vorgehen ist bürgerfreundlich, einfach und klar. Wer
25 vorbildlich arbeitet, hat keine Konsequenzen zu befürchten. Die Einführung würde zudem das Vertrauen in die

Lebensmittelindustrie stärken. 88 Prozent der Däninnen und Dänen befürworten das Modell, in Deutschland sprechen sich sogar 93 Prozent dafür aus (Emnid). Und es zeigt Wirkung: von 2002 bis 2009 ist die Anzahl der beanstandeten Betriebe um 16 Prozent zurückgegangen.

- 5 Die Verbraucherschutzministerkonferenz der Länder hat am 17. September 2010 entschieden, ein System zur Kennzeichnung von Lebensmittelbetrieben in Anlehnung an das dänische sowie das Pankower Modell zu etablieren. Es muss jedoch auch garantiert werden, dass alle Ergebnisse lückenlos veröffentlicht werden.

- 10 Die Behauptung, die angesprochenen Regelungen würden Betriebsgeheimnisse verletzen und einen unangemessenen Eingriff in den Wettbewerb zwischen den betreffenden Betrieben darstellen, ist nicht hinnehmbar. Die Sicherheit von VerbraucherInnen muss über den ökonomischen Interessen der betreffenden Betriebe stehen. Zufriedenstellende Testergebnisse sind die beste Werbung für den eigenen Betrieb.

Daher: lachender Smiley für das dänische Modell!

15

P3: Siegel für gute Beschäftigung

Antragssteller: Arbeitskreis Kommunalpolitik

- 20 Die Jusos Region Hannover fordern, dass in den jeweiligen Kommunen der Region Hannover ein Siegel eingeführt wird, das gute Beschäftigungsverhältnisse für ArbeitnehmerInnen, in den folgenden Branchen kennzeichnet. Die zu bewertenden Branchen sind:

- Gastronomie und Hotelgewerbe
- Einzelhandel
- Dienstleistungsbetriebe (wie Friseure, Werkstätten etc.)

Das vergebene Siegel soll immer nur für ein Geschäftsjahr gültig sein und dann wieder beantragt werden müssen. Bei Geschäftsübernahmen verliert es seine Gültigkeit. Die antragsstellende Firma ist in der Beweispflicht, möchte sie das Siegel haben. Es gibt 4 Kriterien, die ein Unternehmen zum Erhalt des Siegels erfüllen muss.

- 5 Das erste Kriterium ist, dass in dem Unternehmen kein Bruttostundenlohn von unter 8,50€ bezahlt wird.

Außerdem muss der Grundsatz „gleicher Lohn, für gleiche Arbeit“ gelten. Mann und Frau dürfen für gleiche Tätigkeiten nicht unterschiedlich entlohnt werden.

Wenn eine Firma Leih- oder Zeitarbeit in Anspruch nimmt, ist darauf zu achten, dass neben gleicher Bezahlung auch eine Gleichbehandlung stattfindet.

- 10 Das letzte Kriterium ist die Ausbildung. Im laufenden Geschäftsjahr muss in diesem Betrieb, entsprechend der Betriebsgröße eine gewisse Anzahl an Auszubildenden beschäftigt sein – jedoch mindestens Einer, beziehungsweise Eine.

Das Siegel wird in 2-facher Ausführung in Form eines Din A4 Dokuments formlos überreicht und ist in der Gestaltung so, dass auf den ersten Blick ersichtlich ist, wofür dieses Siegel auszeichnet.

- 15 Sämtliche Träger sind auf der Internetseite der jeweiligen Kommune und der Homepage der Region Hannover zu nennen.

Die Träger dieses Siegels sind berechtigt, innerhalb des Zeitraums der Gültigkeit mit diesem Siegel für sich zu werben und es auf der Internetseite, in Prospekten, in der jeweiligen Lokalität, auf Flyern oder Plakaten, sowie Merchandisingartikeln zu verwenden.

- 20 Während der Einführungsphase ist das Gütesiegel in angemessener Form, im Rahmen der Möglichkeiten, durch die Region und ihre Kommunen zu bewerben.

Begründung:

Da die Kommune keine direkte Steuerungskraft auf den Faktor gutes Geld für gute Arbeit hat, wird mit einem solchen Siegel ein indirekter Anreiz für gute Beschäftigung gelegt, da die KundInnen nun mit einfachen Mitteln

erfassen können, ob an diesem Arbeitsplatz sozial verträglich und gerecht behandelt wird. Hierbei sind Biosiegel und das Stiftung-Warentest-Siegel erfolgreiche Vorbilder. Das KundInnenverhalten ändert sich nachweislich und somit rechnet sich das Siegel nicht nur für den ArbeitnehmerInnen sondern auch für die Unternehmen.

5 **P4: Wandel gestalten, nicht kaputt sparen – keine Kürzung bei der Städtebauförderung!**

Antragstellerin: Juso-AG Südost

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an den Unterbezirksparteitag sowie die Bezirkskonferenz
10 weiterleiten:

Die Jusos Unterbezirk Region Hannover kritisieren die Kürzung der Mittel für die Städtebauförderung im Bundeshaushalt, insbesondere für das Programm „Soziale Stadt“, und fordern die niedersächsischen Bundestagsabgeordneten auf, sich für eine Beibehaltung der Mittel auf bisherigem Niveau einzusetzen.

15

Begründung:

Die Städtebauförderung des Bundes ist ein Investitionsprogramm mit vielen Ansatzpunkten: es geht um die Erneuerung älterer Stadtkernen, den städtebaulichen Denkmalschutz, den Stadtumbau in Stadtteilen mit hohem
20 Wohnungsleerstand, das Programm „Soziale Stadt“ zur Förderung sozial benachteiligter Stadtteile sowie die Entwicklung neuer Stadtteile. Somit kommt dem Programm nicht nur eine städtebauliche, sondern auch eine ökonomische, kulturelle, soziale und ökologische Bedeutung zu. Die Mittel des Bundes werden durch Gelder von Städten, Gemeinden, der Länder sowie privater oder öffentlicher Bauherren ergänzt, sodass ein Euro, der durch den Bund gestiftet wird, etwa drei bis vier Euro durch andere Träger nach sich zieht. Ohne

Finanzierungshilfen durch Bund und Länder wären Städte und Gemeinden nicht in der Lage, eine angemessene Städtebauförderung zu gewährleisten.

- 5 Bundesverkehrsminister Ramsauer gab im Oktober 2010 bekannt, dass innerhalb seines Ressorts massiv bei der Städtebauförderung gekürzt werden soll. Die Mittel wurden von 610 Millionen Euro (2010) auf 455 Millionen Euro (2011) gekürzt. Besonders davon betroffen sind die Mittel für das Programm „Soziale Stadt“, die um mehr als 75 Prozent gekürzt werden sollen. Starke Kürzungen erfährt weiterhin der städtebauliche Denkmalschutz (ca. 50 Millionen Euro jährlich).
- 10 Die „soziale Stadt“ ist ein wichtiger Bestandteil der Stadtentwicklungspolitik. In benachteiligten Stadtvierteln soll das Wohnumfeld verbessert sowie Integration und sozialer Zusammenhalt gefördert werden. Dies geschieht nicht nur durch bauliche Investitionen, sondern auch durch die Förderung von Projekten aus den Bereichen Bildung, Beschäftigung oder Integration. Momentan werden 600 Quartiere in 350 Gemeinden gefördert.
- 15 Die Kürzungen, speziell im Programm „Soziale Stadt“, sind kontraproduktiv, weil sie Projekte, die für den Zusammenhalt in den Stadtvierteln wichtig sind, entscheidend gefährden. Zudem strich die Mehrheit aus CDU, CSU und FDP die Möglichkeit, Mittel „für Zwecke wie Erwerb der deutschen Sprache (...), Betreuung von Jugendlichen sowie lokale Ökonomie“ einzusetzen. Stattdessen heißt es jetzt: „Das Programm Soziale Stadt soll auf die investiven Aufgaben konzentriert werden.“ Die schwarz-gelbe Bundesregierung gefährdet mit diesen
- 20 Kürzungen die nachhaltige Entwicklung sozial schwieriger Stadtviertel. Weiterhin glaubt sie, dass Stadtentwicklung rein aus architektonischen und baulichen Maßnahmen bestehen kann. Ein Stadtteil ist jedoch keine bloße Ansammlung von Häusern, sondern ein Ort, an dem unterschiedlichste Menschen zusammenleben. Wer die Abwärtsspirale abgehängter Stadtteile stoppen will, darf nicht bei der „sozialen Stadt“ kürzen und muss weiterhin Förderprojekte für Beschäftigung, Bildung und Integration unterstützen. Ehrenamtliches Engagement
- 25 zur Gestaltung der Nachbarschaft wird durch die Regierungskoalition mit Füßen getreten. Die Zustimmung der

Hannoverschen CDU- und FDP-Abgeordneten wird dazu führen, dass weniger Fördergelder aus dem Programm „Soziale Stadt“ in die sozial schwächeren Stadtteile Hainholz, Mittelfeld, Stöcken sowie Sahlkamp-Mitte geht. Zudem werden Projekte in Seelze OT Letter, Garbsen (Auf der Horst) und Barsinghausen betroffen sein.

5

Die Kürzungen und Zweckeinschränkungen im Bundeshaushalt sind inakzeptabel. Daher: soziale Stadtentwicklung unterstützen und schwarz-gelb die Rote Karte zeigen!

Soziales und gesundes Leben

10 **S1: Das Gesundheitswesen gerecht und zukunftsfähig gestalten –**

solidarische Gesundheitspolitik für alle Menschen schaffen!

Antragstellerin: Juso AG Vahrenwald-List

15

Die Gesundheit zählt zu den wichtigsten Werten menschlichen Lebens. In hohem Maße hängen gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten und individuelles Wohlbefinden von der Gesundheit eines Menschen ab. Deshalb ist ein leistungsfähiges Gesundheitswesen von großer Bedeutung für das gesellschaftliche Miteinander. Jeder soll in gleicher Weise von den Leistungen des Gesundheitssystems profitieren können.

20

Seit ihrer Einführung sorgt die Private Krankenversicherung (PKV) für eine konsequente Ungleichbehandlung von privat bzw. gesetzlich versicherten Bürgerinnen und Bürger. Im Zweifelsfall sind es die Mitglieder der PKV,

die von den guten Leistungen des deutschen Gesundheitssystems in höherem Maße profitieren: So müssen gesetzlich Versicherte laut einer Studie des Instituts für Gesundheitsökonomie und Epidemiologie an der Universität Köln (2008) mitunter bis zu drei Mal länger auf einen Behandlungstermin bei einem Facharzt warten als Privatpatienten. Die unterschiedliche Wartezeit variiert je nach Facharzt und Behandlungsart.

5

Die bittere Realität, die sich hier im System der Zwei-Klassen-Medizin offenbart, ist sozial ungerecht und begünstigt in erster Linie Menschen mit hohem Einkommen, die häufiger privat versichert sind und dadurch von besseren Leistungen des Gesundheitssystems profitieren. Das Gesundheitswesen zukunftsfähig, solidarisch und gerecht gestalten heißt deshalb auch, die PKV in ihrer jetzigen Form abzuschaffen.

10

Mit ihrer Novellierung der Gesundheits-Gesetzgebung hat die schwarz-gelbe Bundesregierung ein Gesetz verabschiedet, das unsozial gestaltet ist und Versicherte mit niedrigem Einkommen schlechter stellt. Die Probleme um ein sozial unausgewogenes Gesundheitswesen wurden so weiter verschärft: Gute Versorgung soll in Zukunft nur noch bekommen, wer es sich leisten kann. Röslers Rede von „Sozialausgleich“ ist Hohn und

15 Spott in den Ohren von Geringverdienern und Beschäftigten mit geringem Einkommen. Ein „Ausgleich“ findet nicht statt.

Fakt ist, dass nach dem Gesetz der Regierungskoalition die Krankenversicherungsbeiträge von 14,9 Prozent auf 15,5 Prozent angehoben wurden. Arbeitnehmer zahlen davon 8,2 Prozent – das sind für einen

20 Durchschnittsverdiener 145 Euro pro Jahr – und Arbeitgeber 7,3 Prozent. Der Anteil der Arbeitgeber wird in Zukunft ‚eingefroren‘ und bei zunehmenden Ausgaben der Krankenversicherung nicht ansteigen. Überzeugende arbeitsmarkt- oder wirtschaftspolitische Argumente gibt es hierfür nicht. Vielmehr hat eine Arbeitgeberbeteiligung an der Finanzierung des Gesundheitswesens erhebliche strukturpolitische Vorteile bei der Regulierung der Kosten der Krankenversicherung. Ausgabenzuwächse und weiter steigende Beitragssätze für

die Versicherten sind die alleinige, unausweichliche Folge der Aufkündigung der paritätischen Finanzierung im Gesundheitssystem.

5 Bisher galt im Gesundheitswesen das so genannte „Sachleistungsprinzip“: Jeder Arzt wurde dabei nach einheitlichen Sätzen direkt von der Krankenkasse bezahlt. Das heißt, dass sich der Patient hierum nicht kümmern brauchte. Die Kosten, die bei einem Praxisbesuch entstanden, wurden gänzlich aus den Beiträgen zur Krankenversicherung bezahlt.

10 Damit soll nun Schluss sein: Die christlich-liberale Koalition in Berlin schafft das Sachleistungsprinzip ab und bittet die Patienten lieber direkt zur Kasse. Sie erhöht den Druck auf die Versicherten der Gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) einen Tarif mit Kostenerstattung zu wählen.

Dieses Vorgehen verschärft die sozialen Probleme in unserem Land und ist der Weg in die Drei-Klassen-Medizin! Anstatt Kosten einzusparen, verunsichert es die Patienten und birgt gleichzeitig die Gefahr von zu hohen oder unnötigen Honorarabrechnungen. Schon heute fühlen sich 17,5 Prozent der privat Versicherten, 15 aber nur 8,1 Prozent der gesetzlich Versicherten als Opfer von unnötigen Arztbehandlungen.⁶

Bei all dem haben mal wieder Menschen mit geringem Einkommen das Nachsehen: Sie werden ihre Arztrechnungen nicht in Vorkasse begleichen können und sind besonders hohem Maße von der Gefahr betroffen, die Kosten eines Arztbesuches nur teilweise rückerstattet zubekommen. Das unsozial und politisch 20 nicht verantwortbar!

Wir fordern deshalb, endlich mit den „Reförmchen“ der vergangen Jahre Schluss zu machen und das Gesundheitswesen endlich nach sozialen und solidarischen Maßstäben zu reformieren und zukunftsfähig zu

⁶ Widomonitot 1/2010

gestalten. Neben einer Rückkehr zu den Prinzipien der Solidarität, der paritätischen Finanzierung und der Wiedereinführung des Sachleistungsprinzips heißt das auch eine Abschaffung des Systems der PKV. Patienten dürfen nicht weiterhin aufgrund ihres Einkommens ungleich behandelt werden. Die einkommensstarken Mitglieder der PKV müssen an der solidarischen Finanzierung des deutschen Gesundheitssystems beteiligt werden.

S2: Ein Leben in Würde im Alter ermöglichen – für eine soziale und nachhaltige Rentenpolitik.

Antragssteller: Arbeitskreis Soziales und Integration

10

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen und an die höheren Gremien der Jusos und der SPD weiterleiten:

Riester und die Rente mit 67

15

Das Regierungshandeln der letzten Jahre war von der Auffassung geprägt, dass eine private Altersvorsorge der richtige Weg in die Zukunft sei. Durch den Ausbau einer privaten Altersvorsorge, etwa mit der Riesterrente, und dem Abbau der staatlichen Altersvorsorge, wie der Rente mit 67, fand eine drastische Veränderung in der politischen Wahrnehmung über die staatlichen Aufgaben der Alterssicherung statt.

20

Durch die Riesterrente wurde das Lebensrisiko Altersarmut privatisiert. Diese Privatisierung führt dazu, dass die sozialen Sicherungssysteme nicht mehr ihre Aufgaben wahrnehmen können und so dauerhaft das Vertrauen in sie zerstört werden und der Eindruck entsteht, dass sie für die soziale Sicherung nicht mehr geeignet seien.

25

Geringverdiener wurden zusätzlich benachteiligt, denn von der steuerlichen Absetzbarkeit und der Verrechnung mit der Grundsicherung haben nur Menschen mit mittleren und höheren Einkommen profitiert. Die Finanzkrise hat auch gezeigt, dass private Alterssicherungen nicht sicher sind. Banken haben nur ein Interesse daran einen möglichst großen Gewinn zu erzielen, die Sicherheit der Anlagen der Kundinnen und Kunden sind für sie primär nicht von Belang. In der Finanzkrise haben Millionen von Menschen weltweit ihre privaten

Anlagen verloren, viele stehen nun im Alter komplett ohne Ersparnisse da und sind auf staatliche Transferleistungen angewiesen.

Die Rente mit 67 bedeutet eine praktische Rentenkürzung für die meisten Rentenbezieher. Heute schafft es nicht einmal die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung bis 65 zu arbeiten. Durch die Abschläge, die die
5 Menschen hinnehmen müssten, wenn sie in Zukunft nicht deutlich länger arbeiten als bisher, müssen viele Menschen mit deutlichen Renteneinbußen rechnen.

Für viele Menschen in Deutschland und insbesondere unseren gewerkschaftlichen Verbündeten waren diese rentenpolitischen Ansätze berechtigterweise schwer vermittelbar. Die Rhetorik der neoliberalen Politikerinnen und Politiker über einen angeblichen Kampf der Generationen hat die Unsicherheit und Zukunftsängste in der
10 Bevölkerung – gerade auch bei jüngeren Menschen - weiter geschürt.

Die SPD hat sich in den letzten Jahren intensiv darüber gestritten, welches Alterssicherungsmodell das bessere sei. Auch im Sommer 2010 begann eine Diskussion innerhalb der Partei über die Zukunft der Rente mit 67, diese Debatte endete aber nur in einem Kompromiss, der allerdings auch keinen Politikwechsel brachte. In 2011 will sich die SPD aber auch noch einmal intensiv mit diesem Thema auseinandersetzen, dies ist auch notwendig
15 um über die eigene Regierungspolitik der letzten Jahre hinweg zukommen.

Altersarmut – ein wachsendes Problem

Armut wird auch für ältere Menschen ein größer werdendes Problem sein. Bereits jetzt erreichen durch Brüche und Veränderungen in der Erwerbsbiographie nur 50% der Rentner und nur skandalöse 5% der Rentnerinnen das Niveau der Standard-Altersrente. Dieses Niveau wird dann erreicht, wenn Erwerbstätige 45 Jahre in die
20 Rentenkasse eingezahlt haben und einen Durchschnittslohn, gemessen an der Gesamtbevölkerung, bezogen haben. Tatsächlich kann dieses System auch nur funktionieren, wenn die Menschen lückenlose und einheitliche Erwerbsbiographien besitzen. In diesem System führen Armutslöhne auch zwangsläufig zu Armutsrenten. Der demographische Wandel wird das Erreichen dieses Niveaus weiter erschweren. In den letzten drei Jahrzehnten haben große Teile der Bevölkerung Brüche in ihrer Erwerbsbiographie erlebt, wie eine verbreitete und längere
25 Arbeitslosigkeit, die bis dahin unbekannt waren. Daher haben die betroffenen Menschen nicht nur geringere

Rentenansprüche, sondern sie konnten auch keine Alterssicherung in Form von Eigentum oder Vermögen schaffen.

In Zukunft werden diese Probleme sich, durch die bereits getroffenen Kürzungen in den Sozialsystemen, voraussichtlich verstärken und mehr Menschen werden von Altersarmut betroffen sein.

5 **Wir fordern deshalb:**

Die Rente muss wieder solidarisch und zukunftssicher werden. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die Lebensleistung der Menschen durch eine lebensstandardsichernde Rente anerkannt werden.

Von der Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung

Die Rentenversicherung muss eine breitere Basis von Einzahlern bekommen. Die derzeitigen Schwierigkeiten der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme liegen zu großen Teilen daran, dass nicht alle Erwerbstätigen sich an diesem Solidarsystem beteiligen. Um die Anzahl der EinzahlerInnen zu erhöhen, ist es daher sinnvoll auch FreiberuflerInnen, BeamtInnen, MandatsträgerInnen und BerufsständlerInnen mit einzubeziehen. Dabei soll aber das Prinzip der Lebensstandardsicherung bei der Alterssicherung beibehalten werden.

Zurzeit ist der größte Teil der Selbstständigen nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung. Viele haben deshalb private Anlagen, auch mit staatlichen Anreizen, geschaffen. Diese Geldanlagen dürfen nicht einfach wegfallen und Selbstständige, die kurz vor dem Ruhestand stehen, sollen sich jetzt nicht eine neue Alterssicherung suchen müssen. Für jüngere Selbstständige soll aber das Angebot eingerichtet werden Rentenpunkte zu erwerben.

Für BerufsständlerInnen, wie etwa RechtsanwältInnen oder ÄrztInnen, darf es keine vom Solidarsystem abgekoppelte Altersabsicherung geben. Derzeitig zahlen RechtsanwältInnen über die Rechtsanwaltskammer in eine eigene Alters- und Armutssicherungsversicherung ein. Da aber viele Rechtsanwälte länger als bis 65 arbeiten, erwirtschaften diese Alterssicherung einen bedeutenden Überschuss. Diese Überschüsse müssen auch für die solidarische Rentenversicherung nutzbar gemacht werden.

Beitragsbemessungsgrenze abschaffen

Um eine umfassende finanzielle Basis für die Erwerbstätigenversicherung zu gewährleisten, müssen auch hohe Einkommen mit einbezogen werden. Derzeit bleiben Bruttolöhne oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze (Stand 2010: monatlich 5.500€) beitragsfrei, das bedeutet ab dem Erreichen dieser Grenze bleiben die Beiträge unabhängig vom Einkommen der Versicherten konstant. Somit wird das hohe Einkommen von Gutverdienern nicht berücksichtigt und eine Beteiligung am solidarischen Versicherungssystem verhindert. Daher muss die Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft werden. Das solidarische System funktioniert nur, wenn sich alle daran beteiligen.

Rentenansprüche progressiv stauchen

Rentenansprüche von gutverdienenden FreiberuflerInnen und BerufsständlerInnen können, wenn sie ebenfalls Ansprüche aus dem solidarischen Rentensystem entwickeln, allerdings eine enorme Bürde für das Rentensystem bedeuten. Eine Obergrenze der Rentenansprüche würde aber gegen die Verfassung verstoßen. Deswegen ist es notwendig die Steigerung der Ansprüche progressiv zu stauchen. Sinnvoll ist es, wenn sich diese progressive Stauchung an der zu zahlenden Einkommenssteuer der Rentner orientiert.

Mindestrente einführen

Zur Vermeidung von Altersarmut ist es notwendig, die Rentenauszahlung auf einer Höhe zu garantieren, die den Menschen ein finanziell abgesichertes und würdiges Leben ermöglicht. Die derzeitige Grundsicherung von 600 Euro ist unzureichend, denn sie deckt nicht das soziokulturelle Existenzminimum ab. Personen, die nicht genug in die Rentenversicherung einzahlen konnten, muss eine Mindestrente garantiert werden, die ohne Bedürftigkeitsprüfung über der momentanen Grundrente liegen muss. Wenn durch Eigenbeiträge die Mindestrente nicht erreicht wird, muss der Fehlbetrag durch Steuer- oder Beitragsmittel aufgestockt werden. Eine Untergrenze auf der Höhe des soziokulturellen Existenzminimums ist dabei sinnvoll.

Renteneintritt nach Einzahlungsjahren berechnen

Es ist daher sinnvoll künftig das Renteneintrittsalter nach Einzahlungsjahren zu berechnen. 45 Jahre im Berufsleben sind hier eine sinnvolle Grenze, um einen gerechten Ausgleich zwischen Arbeitszeit und Rentenanspruchszeit zu schaffen, ab welcher die Rente ohne Abschlag ausgezahlt wird.

Renteneintritt flexibilisieren

In einem sich ändernden Arbeitsmarkt müssen auch die Renteneintritte flexibilisiert werden. Mit einer höheren Lebenserwartung kann auch erwartet werden, dass mehr Menschen länger arbeiten können und wollen. Die Menschen müssen daher die Freiheit haben länger zu arbeiten, wenn sie es wollen, sie müssen aber auch davor geschützt werden, gezwungen zu werden länger arbeiten zu müssen.

- 5 Die Arbeitsstruktur muss stärker an den Bedürfnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausgerichtet werden. Dazu gehört insbesondere die Altersteilzeit zu fördern. Drei Jahre bevor die vollen Rentenansprüche geltend gemacht werden können, sollen deshalb alle ArbeitnehmerInnen abschlagsfrei in die Altersteilzeit gehen dürfen. In schwierigeren gesamtwirtschaftlichen Situationen kann diese Grenze auch auf fünf Jahre erhöht werden um mehr Arbeitsplätze zu schaffen.
- 10 Die Zwangsverrentung muss auch beendet werden. Wenn Menschen freiwillig länger arbeiten und ihre Erfahrung weiter nutzen wollen und so auch die sozialen Sicherungssysteme weiter unterstützen muss das erlaubt sein. In bestimmten Berufen muss aber eine medizinische Eignungsuntersuchung stattfinden, ob die Menschen tatsächlich aus physischer und psychischer Sicht in der Lage sind weiter in ihren Berufen tätig zu sein. Falls sie es nicht sind, soll ihnen aber das Angebot gemacht werden in einem anderen Berufsbereich weiter
- 15 zu arbeiten.

Steuermittel gezielt einsetzen

- Das kapitalistische Marktsystem sorgt für Krisen und Unsicherheiten. Diese wirken sich unweigerlich auf die sozialen Sicherungssysteme aus. Um auch langfristig und in wirtschaftlichen Krisen diese zu sichern, müssen auch Steuermitteln eingesetzt werden. Diese sollen genutzt werden um die Finanzmittel der Rentenversicherung
- 20 zu sichern, sollte die Verbreiterung der Einnahmehasis nicht ausreichen. Dabei muss die Steuerlast gerecht verteilt werden. Das bedeutet, dass die Steuern von denjenigen mit hohem Einkommen und Vermögen erhoben werden sollen.

Ausbildungszeiten und Studium mit einbeziehen

- Studien- und Ausbildungszeiten dienen sind in vielen Teilen eine direkte Vorbereitung auf das Berufsleben. Die
- 25 Abschaffung der Anrechnung der Ausbildungszeit stellt eine erhebliche Benachteiligung von Auszubildenden dar. Auszubildende stehen schon während ihrer Ausbildungszeit voll im Berufsleben. Es ist daher ein Gebot der

Fairness, dass Auszubildende auch schon in ihrer Ausbildungszeit Rentenpunkte sammeln können. Der ArbeitnehmerInnenanteil muss aber während dieser Zeit von der Agentur für Arbeit übernommen werden, da die geringe Ausbildungsvergütung ohnehin schon eine finanzielle Belastung darstellt. Sollte die Ausbildungsvergütung deutlich erhöht werden, können die Auszubildenden auch selber den

- 5 ArbeitnehmerInnenanteil für die Rente tragen. Genauso muss auch das Studium auch angerechnet werden. Das Studium hat für die Studierenden und die gesamte Gesellschaft einen Mehrwert, jenseits der Berufsvorbereitung. Die Forschungsarbeit Eine Anrechnung stärkt die Freiheit der Studierenden sich stärker der wissenschaftlichen Arbeit zu widmen, denn sie müssen nicht befürchten im Alter ins Abseits zu geraten.

Körperliche schwierige Berufe bevorzugen

- 10 Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in körperlich anstrengenden Berufen sind häufig nicht in der Lage bis Mitte 60 zu arbeiten. Für die Gesundheitssysteme und die Menschen ist es deshalb eine zusätzliche Belastung wenn sie gezwungen werden trotzdem so lange zu arbeiten. Menschen in diesen Berufen sollen deshalb gezielt vorbereitet werden im höheren Alter innerhalb des Betriebes eine körperlich weniger belastende Tätigkeit aufzunehmen. Ferner soll diesen Berufen auch mehr Rentenpunkte angerechnet werden.

15 Frauen fördern

Frauen haben häufiger Brüche in ihrer Erwerbsbiographie als Männer. Immer noch sind nur ein geringer Teil der Frauen voll erwerbstätig. Jahrzehnte einer Familienpolitik, die das männliche Alleinernährermodell in den Mittelpunkt gestellt haben, rächen sich jetzt. Statistisch gesehen haben Frauen ein deutlich größeres Risiko im Alter in Armut zu leben als Männer. Frauen in Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen müssen einen staatlichen

- 20 Zuschuss für die Rentenbeiträge bekommen, sodass ihre geringere Beschäftigung ausgeglichen werden soll.

Pflege- und Erziehungszeit mit einbeziehen

Pflege- und Erziehungszeiten sind wichtig für das Funktionieren der Gesellschaft. In einer solidarischen Gesellschaft muss auch das gegenseitige Helfen und Unterstützen der Menschen gefördert werden. Derzeit werden Eltern jedoch durch die Erziehungszeit ihrer Kinder und der damit verbundenen geringer ausfallenden

- 25 Beitragszahlungen für die Rente stark benachteiligt. Auch bei pflegenden Angehörigen dürfen Pflegezeiten

nicht zu einer Einbuße bei der Rente führen. Für beide Gruppen gilt, dass sie später einen monatlichen Rentenbonus erhalten müssen.

Betriebliche Altersvorsorge auslaufen lassen

5 Eine betriebliche Altersvorsorge ist zur Kompensation der Rentenreform in einer Vielzahl von Betrieben eingeführt worden. In vielen kleineren Betrieben kann aber keine betriebliche Altersvorsorge eingeführt werden. Derzeit können betriebliche Lösungen möglicherweise einige schlimmere Auswirkungen der Rentenpolitik der letzten Jahre ausgleichen. Doch trotzdem bedeuten betriebliche Altersmodelle in vielen Fällen eine faktische Lohnkürzung. Die betrieblichen Altersversorgungsmodelle, die bereits in Kraft sind, werden in einer nachhaltigen Weise aufgelöst, bei welcher die ArbeitnehmerInnen selber entscheiden sollen, was mit dem Geld
10 passieren soll.

Rentenpolitik mit ganzheitlichem Ansatz

Die Rentenpolitik kann nicht ohne Politik als Ganzes gedacht werden. Deshalb muss auch die gesamte Sozialpolitik auch weiterhin auf eine breite Basis gestellt werden.

15 Prekärbeschäftigte sind auch in der Alterssicherung besonders benachteiligt. Deswegen ist es erforderlich, prekäre Beschäftigungsbedingungen abzuschaffen und allen Menschen den Zugang zu einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu ermöglichen. Der Mindestlohn ist ein wichtiger Schritt um den Menschen gute Beschäftigung zu bieten. Durch den Mindestlohn werden auch mehr Menschen mehr Geld in die sozialen Sicherungssysteme einzahlen. Dadurch wird die finanzielle Situation der sozialen Sicherungssysteme stärker gesichert.

20 Ferner müssen die Rechte der ArbeitnehmerInnen gestärkt werden, um die Brüche im Arbeitsleben zu vermeiden. Eine Stärkung des Kündigungsschutzes ist deshalb erforderlich.

Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, um arbeitslose Menschen weiter zu qualifizieren und zügig eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bekommen. Ein umfassendes Weiterbildungsangebot, welches auch nicht unmittelbar berufsbezogen ist, muss deshalb allen
25 Menschen kostenfrei zur Verfügung stehen.

Wir müssen auch weiter politische Maßnahmen umsetzen um Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Ein umfassendes Betreuungsangebot muss deshalb genauso geschaffen, wie die aktive Förderung der Telearbeit durch die Politik.

5

S3: Gerechtigkeit und Solidarität in der GKV – Für die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze

10 Antragstellerin: Juso-AG Südost

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Unterbezirk Region Hannover möge beschließen und an die Bezirkskonferenz weiterleiten:

- 15
1. Die Jusos Unterbezirk Region Hannover fordern die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung.
 2. Die Jusos Unterbezirk Region Hannover fordern, zur Berechnung der Krankenkassenbeiträge nicht nur Einkommen aus abhängiger Arbeit, zum Beispiel Löhne oder Gehälter, sondern auch sonstige Erträge, beispielsweise aus Zinsen, Vermietungen oder Kapitalerträgen, heranzuziehen.
- 20
3. Die Jusos Unterbezirk Region Hannover fordern, zumindest die Versicherungspflichtgrenze für eine Versicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung deutlich zu erhöhen, sodass ein Wechsel in die private Krankenversicherung zumindest deutlich erschwert wird.

Begründung:

Die Beitragsbemessungsgrenze stellt eine Einkommensschwelle in der Pflege-, Renten- sowie der Pflegeversicherung dar. Das Einkommen oberhalb dieser Schwelle wird nicht zur Berechnung der Beiträge herangezogen und bleibt somit beitragsfrei. Das bedeutet, dass Personen mit Einkommen, die erheblich über dieser Grenze liegen, einen genauso hohen Beitrag zahlen müssen wie Personen, deren Einkommen nur knapp oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze liegt.

Beitragspflichtige Einkommen sind alle Einkommen aus abhängiger Arbeit, zum Beispiel Löhne oder Gehälter. Erträge, die anders erwirtschaftet wurden, werden nicht zur Berechnung herangezogen. Dazu gehören unter anderem Mieterträge, Zinsen oder Kapitalerträge. Die jährliche Anpassung der Beitragsbemessungsgrenze erfolgt durch die Bundesregierung. Dabei wird das Durchschnittseinkommen des vergangenen Kalenderjahrs ins Verhältnis mit dem Durchschnittseinkommen des vorvergangenen Kalenderjahrs verglichen und die Beitragsbemessungsgrenze entsprechend prozentual angepasst.

Die ursprüngliche Legitimation für die Beitragsbemessungsgrenze war, dass Beiträge in eine Versicherung limitiert sein müssten, wenn Geldleistungen im Versicherungsfall auch limitiert sind. Dies erschien sinnvoll, weil vor einigen Jahrzehnten noch bis zu 95 Prozent der Beitragseinnahmen für die Zahlung von Krankengeld verwendet worden waren.

Diese Legitimation ist nicht mehr gegeben, weil ...

... 2009 nur noch 4,2 % der Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung auf die Zahlung von Krankengeld entfielen.

... ein erheblicher Teil der Bevölkerung keinen gesetzlichen Anspruch auf Krankengeld hat (familienversicherte Angehörige, unständig Beschäftigte, kurzfristig Beschäftigte, ...).

S4: Mehr Personal für Jugendämter – mehr Schutz für Kinder!

Antragstellerin: Juso-AG NordWest Hannover

5

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen:

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag möge Folgendes beantragen und im Falle der Regierungsübernahme 2013 selbst weiter verfolgen:

- 10 **1. Das Land Niedersachsen erhöht das Personal für Jugendämter in Niedersachsen um mindestens 100 % der jetzigen Anzahl an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.**
- 2. Die Sozialarbeiterinnen und –arbeiter des Jugendamtes sollen als Betreuung ihrer bisherigen Ortschaften durch die Personalerhöhung jeweils mindestens eine weitere Person zur Betreuung des jeweiligen Ortes hinzubekommen.**
- 15 **3. Die Jugendämter sollen zukünftig nicht auf Grund des Elternwillens zögern müssen, um ein Kind aus dem Elternhaus oder Haus der Erziehungsberechtigten abzuholen, sofern der Verdacht auf Gefahr für Leib und Leben oder die Verletzung der Menschenwürde des Kindes besteht. Hierzu soll eine rechtliche Grundlage geschaffen werden, damit Jugendämter nach eigenem Ermessen Kinder bei Gefahr im Verzug unter ihre Obhut stellen können. Das Jugendamt steht hier im Zweifelsfalle unter dem Schutz der Landesregierung.**
- 20 **4. Die Jugendämter müssen flächendeckend in enger Kooperation mit allen Schulen vor Ort arbeiten und auf Hinweise durch LehrerInnen und MitschülerInnen der Kinder achten. Die Schulen werden zu regelmäßigen Aufklärungsveranstaltungen der Rechte eines Kindes gegenüber Erziehungsberechtigten verpflichtet. In den unteren Jahrgangsstufen geschieht dies über die KlassenlehrerInnen, in den oberen Jahrgangsstufen über die KursleiterInnen im Fach**
- 25 **Deutsch.**

Begründung:

Die Jugendämter sind in Niedersachsen chronisch unterfinanziert. Das gilt vor allem für die fehlende personelle Ausstattung der Jugendämter.

Momentan sieht es so aus, dass in manchen Gegenden Niedersachsens die Zuständigkeitsbereiche der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter des Jugendamtes derartig groß sind, dass es unmöglich ist, jedem einzelnen Hinweis nachzugehen und die tägliche Arbeit (Problemüberwindung in Familien) dennoch zu schaffen. Fatal wird diese Entwicklung dann, wenn tatsächlich ein Kind in einer Familie zu Tode kommt, körperlichen Züchtigungen ausgesetzt ist oder missbraucht wird. Riesige Mengen an Überstunden bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind schon jetzt an der Tagesordnung – und sie können dennoch die Arbeit, die gerade in der heutigen Zeit des Leistungsdrucks nicht weniger wird, nicht komplett bewältigen.

5

10

Der richtige Schritt ist eine personelle Aufstockung der Jugendämter. Es geht hier um Kinder und Jugendliche, also um künftige Generationen, und ein Zurücklassen bestimmter Kinder und Jugendlicher kann und darf nicht passieren.

15

Der Elternwille ist in der Tat ein Schlüsselproblem bei der Bewältigung der Aufgaben des Jugendamtes. Er sorgt dafür, dass es sich eine Sozialarbeiterin / ein Sozialarbeiter mindestens zwei Mal überlegt, bevor sie / er entscheidet, in ein Haus zu gehen, um ein Kind herauszuholen. Stellt sich nämlich der Verdacht als unbegründet dar oder entscheidet das Familiengericht zu Gunsten der durchs GG geschützten Eltern, so hat die Sozialarbeiterin / der Sozialarbeiter mit ernsthaften Konsequenzen in ihrem / seinem Job zu rechnen. Dieses Problem muss durch eine GG-Änderung beseitigt werden. Da die Änderung des GG jedoch sehr unrealistisch ist, muss das Problem zumindest abgeschwächt werden. Das kann durch den verpflichtenden Rückhalt der Landesregierung zumindest teilweise geschehen. Auf diese Weise wird die Hemmschwelle für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes zumindest etwas niedriger.

20

Damit auch das Kind über seine Rechte aufgeklärt ist und Dinge, wie z.B. körperliche Züchtigungen nicht als „normal“ ansieht, soll es dazu eine Aufklärungsstunde in der Schule geben. In den unteren Jahrgangsstufen lässt sich das in einer Verfügungsstunde durch die Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer erledigen, in der Kursstufe soll dafür die Lehrerin / der Lehrer im Fach Deutsch (unabhängig davon, ob auf erhöhtem oder normalen Niveau) eine Stunde nutzen, da dieses Fach bis zum Abschluss belegt sein muss.

25

U1: CO₂ vergraben für das Grüne Gewissen?

Antragssteller: Arbeitskreis Umwelt und VerbraucherInnenschutz

5

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen:

Wir lehnen das Konzept CCS ab und fordern dementsprechend ein gesetzliches Unterbinden dieser Technik.

Ferner fordern wir ein gesetzliches Verbot des Neubaus von Kohlekraftwerken

10 **Begründung:**

CCS ist das Kürzel für *carbon capture and storage* und bedeutet so viel wie das Einfangen und Lagern von Kohlenstoffdioxid (CO₂). Das Ziel dieser Methode ist, das klimawirksame CO₂, das bei der Energieerzeugung und in der Industrie entsteht, einzufangen und es in tieferen Erdschichten zu vergraben, damit es nicht in die Atmosphäre gelangt und den Klimawandel vorantreibt. Es handelt sich hierbei um eine sehr neue Technologie,

15

über die die Meinungen erst wenig gefestigt sind. Während einige PolitikerInnen und teilweise auch

UmweltschützerInnen CCS als den Klimaretter schlechthin ansehen, wird der Protest, vor allem von

AnwohnerInnen der geplanten CO₂-Endlager und in breiten Teilen der Bevölkerung immer lauter. Nicht nur der Kostenaspekt und der immense Energieverbrauch bei der Überführung des CO₂s in einen fluiden Zustand oder beim Hineinpressen in tiefere Erdschichten sind für den Protest ausschlaggebend, sondern die großen

20

Unsicherheiten über die Sicherheit der Technik und ganz besonders die befürchtete Zementierung des

bestehenden Energiesystems. Vor dem Hintergrund, dass es sich um eine Technik handelt, die nicht vor 2020 einsatzfähig ist, bleiben noch für mindestens 10 Jahre alle Fragen des CO₂-Verbleibs ungeklärt. Statt CO₂ zu

produzieren und uns anschließend Gedanken darüber zu machen, wie wir es entsorgen müssen, müssen wir weg

von den fossilen Energieträgern hin zu klimafreundlichen, nachhaltigen und regenerativen Energieformen und

25

dürfen nicht das „Grüne Gewissen“ der Energieriesen auf Kosten der Bevölkerung stärken. Eine

zukunftsorientierte Energiepolitik beginnt nicht beim Begleichen alter Rechnungen, sondern muss mit System geändert werden. Deswegen gehört CCS nicht zum Klimaschutz.

U2: Resolution: Desertec in die Wüste schicken!

Antragsteller: Arbeitskreis Umwelt- und VerbraucherInnenschutz

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen:

5

Das Projekt „Desertec“ soll auf Basis der ökologischen Energiewende angeblich eine gute Möglichkeit darstellen, um Europa mit regenerativer Energie zu versorgen. Dabei ist angestrebt, eine große Solarthermieanlage in der Sahara zu bauen, um die durch die extreme Sonneneinstrahlung und hohen Temperaturen erzeugte Hitze in Energie umzuwandeln und dann über einen Transportweg nach Europa zu bringen.

10 Wir Jusos in der Region Hannover haben uns mit diesem Thema in mehrerer Hinsicht beschäftigt. Wir erhielten Referate zu den Thema, lasen Texte darüber und führten gar eine Diskussionsveranstaltung mit zwei SPD-Genossen und einem Vertreter des Konzerns „e'on“, der den Vorschlag „Desertec“ unterbreitet hat, durch. Aus unseren daraus gewonnen Eindrücken stehen wir dem Projekt sehr kritisch gegenüber.

15 Zu viele Fragen bleiben offen, wenn ernsthaft über das Thema gesprochen wird. So ist zum Beispiel nicht begreiflich, wie ein solches Projekt verwirklicht werde soll, wenn es auf dem Territorium eines anderen Staates geplant wird. Für uns ist das eine klare Form von Wirtschafts imperialismus, der sehr an das Zeitalter der Kolonialisierung und der damit einhergehenden Ausbeutung von Ressourcen anderer Völker erinnert – und das lehnen wir ab!

20 Gleichzeitig halten wir das Projekt aber auch für unrealistisch. Ein derartig leistungsfähiges Energienetz, das den nordafrikanischen Kontinent an Europa bindet und in dem auf dem weiten Weg weniger Energie verloren gehen soll als bei einer dezentralen Lösung vor Ort, halten wir für derzeit sowohl praktisch, wie auch finanziell nicht realisierbar. Der Weg ist zu lang, als dass dafür gesorgt werden könnte, dass keine Energie verloren geht, abgesehen davon, dass Leitungsbau durch das Mittelmeer extrem teuer werden würde.

Zu guter Letzt kann von zu vielen Problemen der Solarthermie in der Wüste ausgegangen werden. So sind beispielsweise Fragen nach der Kühlung der Gerätschaften in dem Wüstenkraftwerk ungeklärt und in diesem Zusammenhang bezweifeln wir auch, dass es dabei eine rein regenerative Lösung geben würde.

5 Aus unserer Sicht effektiver und sinnvoller ist der Ausbau der eigenen regenerativen Energien, wie Windkraft, Wasserkraft und Photovoltaik. Die Entwicklung in diesem Bereich war in den letzten Jahren sehr innovativ und brachte beeindruckende Fortschritte mit sich. So ist von einem wesentlich schnelleren Ausbau der regenerativen Energien vor Ort auszugehen, als das der damals als sehr optimistisch geltende Rot-Grüne Energiewendevertrag vorgegeben hatte.

10 Wir als Jusos Region Hannover sprechen uns deshalb für einen konsequenten Ausbau der regenerativen Energiequellen vor Ort aus und fordern eine kritische Betrachtung solcher Vorschläge wie Desertec, die auch als Ablenkungsmanöver der Energiekonzerne dienen.

U3: Energieversorgung endlich gerecht und nachhaltig gestalten!

15 Antragsteller: Arbeitskreis Umwelt- und VerbraucherInnenschutz

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen:

Wir Jusos in der Region Hannover fordern eine Rekommunalisierung der Energieversorgung.

20 Dabei ist beim Rückkauf der Kraftwerke, Windparks und Ähnlichem durch die Kommunen darauf zu achten, dass ein für Rekommunalisierung Beauftragter der Kommune, der eng mit spezialisierten Rechtsanwälten und Steuerberatern zusammenarbeitet, eingesetzt wird, der den Preis vor dem Hintergrund mangelnder Investitionen

durch die Energieunternehmen, bzw. Betreiber in der Vergangenheit realistisch schätzt, sodass der Staat nicht mehr bezahlt, als er zum Zeitpunkt der Privatisierung durch den Verkauf eingenommen hat.

In diesem Prozess ergeben sich als wichtige und zukunftsorientierte Aufgaben und Ziele eines kommunalwirtschaftlichen Unternehmens folgende Schwerpunkte, die wir im Zusammenhang mit der

5 Rekommunalisierung einfordern:

- Umbau der vorhandenen Netze zu einer effizienten und zukunftsffenen Netzinfrastruktur unter den sich ändernden Nutzungsanforderungen durch die dezentralen Erzeuger und Einspeiser
- Entwicklung bzw. forcierter Ausbau einer dezentralen Strom- und Wärmeerzeugungsstruktur unter vorrangigem Einsatz von erneuerbaren Energien

10 - Umsetzung einer energieeffizienten Nutzung der öffentlichen Gebäude, der Straßenbeleuchtungs- und Ampelanlagen als zusätzliche Aufgabe

- Sicherung einer effizienten und preiswürdigen Versorgung mit Strom und Gas für alle Haushalte, Dienstleistung, Handwerk, Gewerbe und Industrie
- Sicherstellung des Ausbildungsangebotes bei den Stadtwerken

15 Für den rechtlichen Rahmen auf Bundesebene fordern wir

- die Überlassungsregelung von Netzen nach Auslaufen von Konzessionsverträgen so zu ändern, dass bei erklärtem Willen der Kommune das jeweilige Netz zu veräußern ist,
- eine Regelung einzufügen, nach der kaufinteressierte Kommunen alle maßgeblichen Informationen über die technische und wirtschaftliche Situation der Netze erhalten,

20 - die Grundlagen zur Berechnung des Netzkaufpreises so zu bestimmen, dass ein tatsächlich angemessenes Entgelt über ein Ertragswertverfahren mit der Berücksichtigung des Tagesneuerts gerichtsfest bestimmt wird

- eine Verpflichtung einzuführen, bei verzögerter Verfahrensdauer eine Schlichtungsstelle anzurufen.

Begründung:

Die Energieversorgung ist Teil der öffentlichen kommunalen Daseinsvorsorge. Sie sichert regionale Wertschöpfung, damit Arbeitsplätze und Investitionen in der Region. Sie stärkt den regionalen Wirtschaftsstandort und die Lebensqualität. Darüber hinaus können weitere positive Effekte für den kommunalen Finanzhaushalt durch die Zahlung von Gewerbesteuer, sowie aus der Gewinnabführung bzw. der Gewinnausschüttung aus den gesamten energiewirtschaftlichen Aktivitäten vor Ort generiert werden. Die Daseinsvorsorge ist zudem ein Bereich, in dem das Primat der Politik gelten muss und kein privatwirtschaftlicher Aspekt einzufließen hat. Es ist mit den Grundsätzen sozialistischer Politik im Sinne der Jusos und der SPD nicht vereinbar, eine privatwirtschaftliche Akkumulation von Kapital auf dem Rücken der Bevölkerung zuzulassen, die dafür sorgt, dass Investitionen vernachlässigt, Preise willkürlich erhöht und der Ausbau erneuerbarer Energien blockiert wird.

Die fehlenden Investitionen schlagen sich in maroden Netzen und in den Zwischenfällen in Kraftwerken nieder. Die Preise wurde in der Vergangenheit trotz Empörung von Politik und Öffentlichkeit willkürlich erhöht. Man steigerte sie, ohne dass die Produktion tatsächlich teurer geworden wäre. Tatsächlich ist sie sogar zu dem einen oder anderen Zeitpunkt günstiger geworden – dennoch wurden Preise erhöht. Der Ausbau erneuerbarer Energien wird durch die Energiekonzerne nach wie vor blockiert, wie man an der Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke eindrucksvoll sehen konnte.

Die Kommunen sind hierbei unser Instrumentarium, mit dem wir die Energiepolitik ausgestalten wollen, denn jedes Gebiet innerhalb Deutschlands hat spezifische Vorteile für bestimmte regenerative Energiequellen. So wird beispielsweise eine Region an einem strömungsstarken Fluss über ein neues Wasserkraftwerk, sofern es dadurch keine Tierschutzbeeinträchtigungen gibt, nachdenken müssen, offene weite Flächenkommunen über Windparks etc. Hinzu kommt, dass diese Energiedienstleistungen durch die Kommune zusätzlich als positiver Standortfaktor gelten können.

Letztlich ist dieses Konzept gerecht, weil es solidarisch über Steuermittel finanziert wird.

Es ist ökologisch und nachhaltig, weil es den Idealen der Politik entspricht und nicht denen eines privaten Ausbeuters.

Es ist fortschrittlich, weil der Staat keine Profitmaximierung, sondern lediglich eine gute Versorgung der Bevölkerung möchte.

5

U4: Erdgas Eldorado verhindern!

Antragssteller: AK Umwelt und VerbraucherInnenschutz

Die Jusos in der Region Hannover mögen beschließen und an die höheren Gliederungsebenen des Verbandes und der Partei weiterleiten:

- 10 Die Jusos in der SPD sprechen sich gegen das Abstecken von „Erdgasclaims“ durch Energiekonzerne aus und fordern eine härtere staatliche Prüfung der bei der modernen Form der Erdgasförderung, genannt „Fracing“, entstehenden Risiken für Flora und Fauna.

Das Abscheiden des Erdgases mit Hilfe gefährdender und giftiger Stoffe ist durch umweltverträgliche Methoden zu ersetzen und andernfalls zu verbieten.

- 15 Wir fordern statt der Ausbeutung auch kleinster Restmengen endlicher fossiler Rohstoffe die noch stärkere finanzielle Förderung der Forschung und Entwicklung nachhaltiger Methoden der regenerativen Energieversorgung für Industrie und Menschen.

Begründung:

- 20 *Nachdem durch Forschung und Entwicklung auch kleinste Mengen fossiler Rohstoffe „förderbar“ gemacht worden sind, ist in Nord- und Westdeutschland ein wahrer, von der Öffentlichkeit kaum beachteter, „Run“ auf sogenannte „Erdgasclaims“ durch Energieunternehmen wie Exxon Mobile, BNK Petroleum oder die Stadtwerke Hamm entstanden.*

Exxon Mobile förderte dabei in für Menschen und Natur unverantwortlicher Art und Weise in maximalem Gewinnstreben vor allem in Niedersachsen Erdgas. Dabei sind giftige Stoffe wie Tetramethylammoniumchlorid ins Grundwasser gelangt. Dem muss seitens des Gesetzgebers dringend Einhalt geboten werden.

5 *Beim „Fracing“ wird eine Mischung aus Wasser, Sand und Chemikalien mit hohem Druck ins Bohrloch gepresst. Die Flüssigkeit erzeugt künstliche Risse im Gestein, durch die das Gas später abgesaugt werden kann. Dabei werden tausende Liter Wasser mit Chemikalien in den Erdboden gepresst und können ins Grundwasser gelangen (wie bereits im Ort Damme in Niedersachsen passiert) und es unbrauchbar machen.*

10 *Gleichzeitig zeigen diese Fälle unverantwortlichen Umgangs mit Mensch und Natur durch private Energieunternehmen, dass diese verstaatlicht werden müssen, um eine bessere Kontrolle durch gewählte Vertreterinnen und Vertreter zu ermöglichen.*

U5: Frische Energie für die Region – Kommunale Objekte in der Region Hannover zukunftsfest machen

15 Antragsstellerin: Juso-AG Vahrenwald-List

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos in der Region Hannover möge beschließen:

20 Die Kommunalpolitik muss durch eigene Initiativen ein gutes Vorbild für die Menschen sein. In der Energiepolitik müssen in der Region Hannover die Region und ihre Kommunen den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben und die Einsparung von Energie zu fördern. Für uns ist es deshalb wichtig diese Politik zu fördern und auf lokaler Ebene den Einsatz für eine Energiewende zu zeigen.

Wir fordern deshalb konkret:

25

1. Verstärkte Investitionen der Region und ihrer Kommunen in den Ausbau von Wind- und Solartechnik (Photovoltaik und Solarthermie) an Objekten der Region und ihrer Kommunen zur Energie- und Wärmeengewinnung
2. Ausbau der Wärmedämmung in den Gebäuden der Region und ihrer Kommunen zur Reduzierung des Energiebedarfs.
3. Einführung von intelligenten Strommanagementkonzepten in diesen Gebäuden (Zum Beispiel Elektronische Heizungsregler)

Begründung:

10

Die Weiterentwicklung der kommunalen Energiepolitik erfordert Anstrengungen von allen Seiten. Mit einer Verbesserung der Energieeinsparung der kommunalen Objekte können die Kommunen ganz konkrete Verbesserungen erreichen.

15

Die Kommunen profitieren auch von den Einsparungen von Energie und der Aufwertung der Gebäude. Die Verbesserungsmaßnahmen sind somit auch Investitionen in die Zukunft.

U6: Keine faulen Kompromisse

mit der Atomwirtschaft mehr!

20

Antragssteller: Arbeitskreis Umwelt- und VerbraucherInnenschutz

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos in der Region Hannover möge beschließen und an die höheren Gliederungsebenen des Verbandes und der Partei weiterleiten:

25

Wir Jusos Region Hannover lehnen jeden weiteren Kompromiss mit der Atomwirtschaft ab ! Die SPD muss bei Regierungsübernahme sofort die gesetzliche Grundlage für die sofortige Abschaltung aller Atomkraftwerke schaffen.

5 Für die Lagerung des bereits angefallenen und noch anfallenden Atommülls muss eine sichere Lösung gefunden werden. Hierfür sollen die Energiekonzerne in die Verantwortung genommen werden.

Begründung:

Es kann nicht sein, dass ein mühsam gefundener Kompromiss seitens der Atomwirtschaft zum erstbesten Zeitpunkt aufgekündigt wird. Ein solche schamloses Verhalten kann nicht geduldet werden. Ein zukünftige, wie auch immer geartete Zusammenarbeit bei neuen Beschlüssen ist daher abzulehnen. Wenn sich Vertragspartner nicht daran halten, soll man in Zukunft nochmal mit denen zusammenarbeiten? Wir Jusos sagen Nein! In Zukunft muss die Regierung ihre Aufgabe wahrnehmen und klare ordnungspolitische Beschlüsse fällen wenn diese Notwendig sind. Wir dürfen uns nicht von der Atomlobby regieren lassen! Die Zeit der Kompromisse ist vorbei!

10

Ziel für eine bessere Zukunft muss es sein das die Energie welche wir zum leben brauchen nur noch von Erneuerbaren Energien erzeugt wird. Weiter muss sich um eine Entsorgung des bereits angefallenen Atommülls gekümmert werden. Hierfür müssen auch die Energiekonzerne einstehen und die Kosten tragen. Die anfallenden Kosten der Endlagerung übernimmt bisher der Staat. Es kann nicht sein das die Atomlobby behauptet Atomenergie sei kostengünstig. Dieses ist nämlich nicht der Fall. Das finden eines Sicheren Endlagers/Zwischenlagers ist Aufgabe des Staates für die Finanzierung müssen die Verursacher einstehen.

15

20

Wirtschaft und Gute Arbeit

W1: Gegen Stigmatisierung –

25 **Sexwork klare Regeln geben!**

Antragstellerin: Juso AG Südost

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Unterbezirk Region Hannover möge beschließen und an die Bezirkskonferenz weiterleiten:

- 5 1. Das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung ist ein unabdingbar. Seine Missachtung ist streng zu bestrafen.
2. Die selbstbestimmte Ausübung von Prostitution ist Teil des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung. Dies gilt ebenso für die Inanspruchnahme sexueller Dienstleistungen, sofern dies beiderseits auf Freiwilligkeit basiert. Das öffentliche Bild über SexworkerInnen ist zu entstigmatisieren.
- 10 3. Die allgemeinen Rollenbilder rundum das Thema „Prostitution“ sind nicht mehr zeitgemäß. Sowohl das Anbieten als auch die Inanspruchnahme sexueller Dienstleistungen erfolgt durch Männer, als auch durch Frauen. Gleichwohl ist es ein Ausdruck des veralteten Rollenbildes, dass sexuelle Dienstleistungen weit häufiger von Frauen als von Männern angeboten, aber häufiger von Männern als von Frauen in Anspruch genommen werden.
- 15 4. Menschenhandel ist auf Schärfste zu verurteilen und weltweit zu ächten. Die DrahtzieherInnen sind hart zu bestrafen. Gleichzeitig muss ein wirksamer Opferschutz erfolgen: Opfer von Menschenhandel müssen ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland erhalten. In den Herkunftsländern ist stärker vor Menschenhandel zu warnen.
5. Die Bedingungen für die Zahlung von Einkommens- und Umsatzsteuern durch SexworkerInnen sind bundesweit zu vereinheitlichen. Gleichzeitig muss auch hier gegen Schwarzarbeit vorgegangen werden.
- 20 6. Es muss gewährleistet werden, dass sich SexworkerInnen gewerkschaftlich organisieren können.
7. Bundesweit sind Gesprächsrunden zwischen BetreiberInnen von entsprechenden Firmen, SexworkerInnen, PolitikerInnen und PolizistInnen zu etablieren, um die Arbeitsbedingungen von SexworkerInnen vor Ort zu verbessern und sicherzustellen.
- 25 8. Betriebe, in denen sexuelle Dienstleistungen angeboten werden, sind regelmäßig und unangekündigt im Hinblick auf die Einhaltung von Arbeitsbedingungen und hygienischen Standards zu kontrollieren. Die

Ergebnisse sind im Internet lückenlos zu veröffentlichen.

9. Beratungsstellen für SexworkerInnen sollen geschaffen werden. Diese sollen sowohl eine Ausstiegsberatung zum Übergang in andere Berufe als auch kostenfreie psychologische Beratung anbieten. Es sollten ergriffen werden, den Bekanntheitsgrad entsprechender Beratungsstellen bei
5 SexworkerInnen zu erhöhen.
10. Sperrbezirke sind so einzurichten, dass SexworkerInnen nicht in unsichere Gebiete abgedrängt werden.
11. Die Jusos Unterbezirk Region Hannover sprechen sich für eine Pflicht zur Verwendung von Kondomen in Bordellen oder ähnlichen Einrichtungen aus, obwohl die Kontrolle der Einhaltung dieser Bestimmung sich als schwierig darstellt.
- 10 12. FreierInnen müssen dann bestraft werden, wenn ihnen klar ist, dass die jeweiligen SexworkerInnen sexuelle Dienstleistungen nicht freiwillig ausführen.
13. Es müssen Informationsquellen für FreierInnen über die gesundheitlichen Risiken im Rahmen der Inanspruchnahme von Prostitution großflächig zur Verfügung gestellt werden. Zudem müssen FreierInnen stärker für die Arbeitsbedingungen von SexworkerInnen sensibilisiert werden.
- 15 14. Die Jusos Unterbezirk Region Hannover fordern, eine quartalsweise, verpflichtende, amtsärztliche Gesundheitsuntersuchung für SexworkerInnen wieder einzuführen.

Begründung:

- 20 Sexwork (Prostitution) wird im Allgemeinen als „ältestes Gewerbe“ der Welt bezeichnet. Fest steht: das Anbieten sowie das Inanspruchnehmen sexueller Dienstleistungen gegen Entgelt ist Teil der gesellschaftlichen Realität. Die rot-grüne Bundesregierung ermöglichte 2002 eine Liberalisierung des Prostitutionsgesetz (ProstG): seitdem gilt Sexwork nicht mehr als sittenwidrig. Folglich konnten SexworkerInnen seit diesem
25 Zeitpunkt ihre Rechte einklagen: sie können gegen FreierInnen bei Nichtzahlung klagen, sexuelle Praktiken ablehnen oder eine Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung beantragen.

Zu 1.,

Sexwork ist dann akzeptabel zu betrachten, solange dies beiderseits auf Freiwilligkeit basiert und klare Bedingungen sowie Regeln eingehalten werden. Dazu gehört die Einhaltung von fairen Arbeitsbedingungen und hygienischen Standards. Zwang zur Ausübung sexueller Handlungen, ob entgeltlich oder unentgeltlich, ist ein
5 Angriff auf fundamentale Menschenrechte. Dies ist konsequent zu bestrafen. Laut Hydra e.V. üben zwischen 10 und 15% der SexworkerInnen ihre Tätigkeit unfreiwillig aus.

Zu 2.,

Das Anbieten sexueller Dienstleistungen gehört zur gesellschaftlichen Realität. Es gehört zu den Rechten einer
10 jeden Frau oder eines jeden Mannes, sich freiwillig für diese Tätigkeit zu entscheiden. Dies ist Teil des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung. Genauso gilt dies für die Inanspruchnahme sexueller Dienstleistungen. Beides muss unter klaren Bedingungen und Regeln geschehen. Das Verbot von Prostitution hat sich sowohl in der Vergangenheit, als auch noch heute in anderen Ländern als weitgehend wirkungslos erwiesen und hat im
15 Zweifelsfall Sexwork komplett in die Illegalität verdrängt und damit die Bedingungen der Beschäftigten eher verschlimmert. Auch noch heute wird SexworkerInnen ein Stigma auferlegt, das gesellschaftlicher Ächtung gleichkommt. Das Rollenbild über SexworkerInnen ist allgemein zu überdenken.

Zu 3.,

Die allgemeinen Rollenbilder rundum das Thema „Prostitution“ sind nicht mehr zeitgemäß. Sowohl das
20 Anbieten als auch die Inanspruchnahme sexueller Dienstleistungen erfolgt durch Männer, als auch durch Frauen. Fest steht aber auch: 95% derjenigen, die sexuelle Dienstleistungen gegen Entgelt anbieten, sind Frauen. Sie kommen überwiegend aus Osteuropa, Südostasien oder Ländern der Subsahara. Schätzungen zufolge gibt es gegenwärtig bis zu 500.000 SexworkerInnen in der Bundesrepublik. Im Gegenzug nehmen Männer von Frauen
25 Frauen von Frauen. Diese Verhältnisse sind Spiegelungen alter, konservativer Rollenbilder.

Zu 4.,

Laut Angaben des U.S. State Department werden zwischen 600.000 und 800.000 Menschen jährlich zum Opfer von Menschenhandel. Sie werden mit falschen Versprechungen unter lebensgefährlichen Bedingungen über
5 Grenzen geschleust, im Ankunftsland kommt es meist zum bösen Erwachen: sie werden zur Ausübung sexueller Dienstleistungen gezwungen und müssen unter menschenunwürdigen, teilweise gefängnisähnlichen Bedingungen, leben. Menschenhandel ist ein weltweit existentes Verbrechen, was international zu ächten und zu verfolgen ist. Die DrahtzieherInnen sind zu bestrafen. Aber selbst wenn erfolgreich Menschenhändlerlinge aufgelöst und die Verantwortlichen bestraft werden, bleibt die Situation der Opfer oft katastrophal: nach
10 Abschluss des jeweiligen Gerichtsverfahrens, in denen die Opfer aussagen, werden sie oft in ihre Herkunftsländer abgeschoben. Dort haben sie und ihre Familien nicht selten um ihr Leben zu fürchten, weil kein ausreichender Schutz vor Gewalt (Rache) gewährleistet werden kann. Teilweise werden Opfer erneut verschleppt. Deswegen muss ein wirksamer Opferschutz sichergestellt werden: Frauen und Männer, die Opfer von Menschenhandel geworden sind, müssen ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland erhalten.

15

Zu 5.,

Auch Einnahmen aus sexuellen Dienstleistungen sind zu versteuern. SexworkerInnen müssen Einkommens- und Umsatzsteuern zahlen. Die Berechnung dieser Steuern ist jedoch bundesweit uneinheitlich sowie außerordentlich pauschal: so werden in den meisten Gemeinden Tagespauschalen verlangt. In Köln muss ein(e)
20 SexworkerIn beispielsweise pauschal 150 Euro monatlich an die Stadt abtreten und zwar unabhängig davon, wie viele Einnahmen die oder der SexworkerIn tatsächlich hatte. Es ist ein bundesweit einheitliches System zur Erhebung von Steuern von Beschäftigten aus diesem Bereich zu etablieren. Gleichwohl müssen die Einnahmen fair und korrekt versteuert werden. Schwarzarbeit ist nicht tolerabel.

Zu 6.,

Wie jede Berufsgruppe haben auch SexworkerInnen das Recht auf eine gewerkschaftliche Vertretungen ihrer Interessen. Es ist sicherzustellen, dass die Voraussetzungen hierfür gewährleistet sind und VertreterInnen arbeiten können. Bisher gibt es erst einige gewerkschaftsähnliche Organisationen von SexworkerInnen wie den

5 Verein „Hydra e.V.“.

Zu 7.,

Zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen und zur Entstigmatisierung ist es bedeutsam, in einen gesellschaftlichen Dialog zu gehen. Deswegen sollen Gesprächsrunden aus PolitikerInnen, PolizistInnen,
10 SexworkerInnen und den BetreiberInnen von Etablissements, wo sexuelle Dienstleistungen angeboten werden, in regelmäßigen Abständen stattfinden. Die Stigmatisierung des Berufsbildes ist speziell beim gewünschten Wechsel in einem anderen Beruf ein großes Problem. Doch auch privat müssen SexworkerInnen infolge dessen häufig ein Doppelleben führen.

15 Zu 8.,

Die legale Ausübung von Sexwork kann nur dann funktionieren, wenn bestehende Regeln eingehalten werden. Deswegen müssen Etablissements, in denen sexuelle Dienstleistungen angeboten werden, in regelmäßigen Abständen unangekündigt kontrolliert werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass gute Arbeitsbedingungen herrschen und hygienische Standards eingehalten werden – zum Schutz der SexworkerInnen als auch der
20 FreierInnen. Um letztere für faire Arbeitsbedingungen zu sensibilisieren, müssen die Ergebnisse der Untersuchungen veröffentlicht werden. FreierInnen haben eine Verantwortung gegenüber den SexworkerInnen.

Zu 9.,

SexworkerInnen sind teilweise starken psychischen Belastungen ausgesetzt. Sie müssen die Möglichkeit erhalten, in Problemfällen kostenfrei psychische Unterstützung bekommen zu können. Zudem müssen SexworkerInnen dabei unterstützt werden, den Job zu wechseln und sich für einen anderen Beruf zu qualifizieren, wenn sie dies wollen. Die Umstiegsberatung muss daher ausgebaut werden.

5

Zu 10.,

Sperrbezirke sind Stadtteile oder einzelne Straßenzüge, in denen Sexwork oder die Kontaktaufnahme hierfür vollständig oder zu bestimmten Tageszeiten verboten ist. Sie existieren meist aus Jugendschutzgründen. Häufig sind Sperrbezirke so gewählt, dass sich Sexwork auf unsichere Gebiete, häufig an Stadträndern, konzentriert. Bei der Einteilung dieser Bezirke ist darauf zu achten, SexworkerInnen nicht unnötig durch eine Verdrängung in unsichere Gebiete in Gefahr zu bringen.

10

Zu 11.,

Zwar ist die Kontrolle der Durchsetzung einer Pflicht zur Nutzung von Kondomen bei sexuellen Dienstleistungen schwierig, jedoch wäre dies eine wirksame Möglichkeit zur Verhütung sexueller übertragbarer Erkrankungen. Ungeschützter Geschlechtsverkehr bedeutet ein hohes gesundheitliches Risiko für SexworkerInnen und FreierInnen. Dieser wird durch Druck der / des Freierin oder des Freiers erzwungen oder aus wirtschaftlicher Not in Kauf genommen. Mit einem Kondomzwang könnte diesem Problem beigegeben werden. Ein entsprechendes Gebot gibt es bisher nur in Bayern.

15

20

Zu 12.,

FreierInnen übernehmen durch die Inanspruchnahme sexueller Dienstleistungen eine Verantwortung. Wer wissentlich Zwangsprostitution unterstützt, ist dafür zur Rechenschaft zu ziehen. Diese Regelungen wird in anderen europäischen Ländern, zum Beispiel Finnland, praktiziert.

Zu 13.,

Auch FreierInnen haben ein Recht auf Information. Über verschiedene Wege, z.B. Hotlines oder das Internet, sollen FreierInnen Informationen über gesundheitliche Risiken bei Inanspruchnahme sexueller Dienstleistungen erhalten. Zudem sollen sie über die Veröffentlichung von Kontrollergebnissen über die Arbeitsbedingungen in den jeweiligen Clubs oder Bordellen informiert werden.

Zu 14.,

Bis 2000 mussten SexworkerInnen regelmäßig ein amtsärztliches Gesundheitszeugnis vorweisen (umgangssprachlich „Bockschein“ genannt). Das Intervall der Untersuchungspflicht unterschied sich hierbei nach Bundesländern. Mit der Novellierung des Infektionsschutzrechts und der Schaffung des Infektionsschutzgesetzes fiel das „Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ weg. Dadurch bestand keine Gesetzesgrundlage mehr für die verpflichtenden Gesundheitsuntersuchungen. Jedoch erscheint diese Regelung aufgrund der gesundheitlichen Risiken des Berufs, sowohl für SexworkerInnen als auch FreierInnen, sinnvoll.

W2: Privatisierungen stoppen –

Rekommunalisierung von Infrastruktur der Daseinsfürsorge ermöglichen

20 Antragsteller: Jusos Nordstadt

Die Juso Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an den SPD-Unterbezirk und die Juso-Bezirkskonferenz weiterleiten:

Die Lebensqualität der Menschen, die Verfügbarkeit und der Preis von Angeboten der Daseinsfürsorge werden in der Kommune entschieden. Nur Kommunen die aktiv Angebote in der Daseinsfürsorge machen, die diese steuern und gestalten können, sind langfristig in der Lage lebens- und liebenswerte Städte und Gemeinden zu bleiben. Nur die kommunale Ebene und nur das kommunale Eigentum, kann die demokratische Kontrolle

5 zentraler Lebenswerte garantieren.

Privatisierungen in jeder Form versprechen Lösungen für viele Probleme der Menschen. Die Landesregierung fördert diese Projekte und erhöht jedes Jahr den Druck auf die niedersächsischen Kommunen, in verschiedenen Formen diese Privatisierungen umzusetzen. Neben dem Verkauf von Infrastruktur, gibt es verschiedene Formen vermeintlich schwächerer Natur. Öffentliche-Private-Partnerschaften (ÖPP) unterschiedlicher Art wurden und

10 werden von Kommunen realisiert. Geheimverträge, der Verlust von politischer Steuerung und die Gewinnabschöpfung durch Private sind die unmittelbaren Folgen dieser Form der Kooperation.

Trotzdem haben auch sozialdemokratisch geführte Räte und Kreistage diesen Weg gewählt. Der Druck irgendwie vorläufig einen politischen Handlungsspielraum zurückzugewinnen, Mittel für nötige Investitionen zu erhalten oder Schlicht die Begrenzung der Kreditaufnahme durch die Landesregierung haben auch

15 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten genötigt, sich an dieser Art des Wirtschaftens zu beteiligen. Dies ist in der Not, in der sich die kommunalen Finanzen befinden, verständlich.

Wir stellen fest, dass wir alle Formen der Privatisierung – die der ÖPPs eingeschlossen - ablehnen:

Privatisierungen in jeder Form, sind der falsche Weg um die Probleme der Kommunen zu lösen. Die Kommunen müssen wieder in die Lage versetzt werden, die Privatisierungen zu stoppen und die politische

20 Kontrolle über privatisierte Einrichtungen zurück zu erlangen.

Eine SPD geführte Landesregierung muss Maßnahmen durchführen, die diesen Trend umkehren. Dazu müssen im SPD-Wahlprogramm für die Landtagswahlen konkrete Schritte aufgenommen werden:

Das Land Niedersachsen muss die Schaffung eigener Angebote der Daseinsfürsorge finanziell unterstützen. Gleiches gilt für die Erneuerung der Infrastruktur. Konkret muss es wieder möglich werden, Vorhaben mit

25 Krediten statt mit ÖPP's zu realisieren. Die Begrenzung durch die Kommunale Aufsicht und aus der sogenannten „Schuldenbremse“ müssen entsprechend zurückgedrängt werden.

Niedersachsen muss sich am Ausbau von kommunaler Infrastruktur aktiv beteiligen. Dazu muss ein Programm aufgelegt werden, das es Kommunen ermöglicht, die eigene Infrastruktur auszubauen. Dies umfasst insbesondere den Aufbau von Stadtwerken und Verkehrsinfrastruktur. Dabei muss darauf geachtet werden, dass Kommunen die diese Bereiche bereits privatisiert haben keine Vorteile gegenüber den Kommunen, die dies bisher erfolgreich vermieden haben, erlangen.

Wir fordern zudem die Einführung eines strikten Kongruenzprinzips in der niedersächsischen Verfassung. Dieses muss dauerhaft verhindern, dass das Land auf Kosten der Kommunen wirtschaftet.

W3: Öffentlich-private Partnerschaften

10 nicht länger zulassen!

Antragstellerin: Juso-AG NordWest Hannover

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen:

1. Die Jusos Region Hannover lehnen öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP, auch Public-Private Partnerships genannt, dann also PPP) ab.

15 **2. Sie fordern die SPD Region Hannover dazu auf, künftig keine solchen Partnerschaften mehr zuzulassen, sondern durchzusetzen, dass sich die Region Hannover, die Stadt Hannover, sowie die einzelnen Städte und Gemeinden, in denen sie an der Regierung beteiligt ist, selbst als Kommunen um die zu bewerkstellenden Projekte kümmern müssen.**

3. Die auslaufenden Verträge öffentlich-privater Partnerschaften dürfen nicht erneuert werden.

20 **Begründung:**

Das Modell der öffentlich-privaten Partnerschaft ist ein von den Kommunen oft wegen angeblicher haushaltspolitischer Vorteile gewähltes Modell der Durchführung von kommunalen Aufgaben. Das betrifft verschiedene Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge, wie z.B. Sanierungen an Gebäuden etc. Um ein Beispiel aus Hannover zu bringen: Die Landeshauptstadt Hannover hat erst 2009 ein ÖPP-Projekt für die Sanierung der IGS Stöcken angestrebt⁷.

⁷ <http://www.competitionline.de/wettbewerbe/28638/true>

Dabei wird die politische Handlungsfähigkeit der Kommune deutlich eingeschränkt. In der Regel erfolgt eine Ausschreibung für ein solches ÖPP-Projekt durch die Kommune, die mit einem Vertrag zwischen der Kommune und einem Privaten abgeschlossen wird (darum öffentlich-private Partnerschaft). Es wird also die Planung und Durchführung einer solchen Aufgabe an einen Privaten abgegeben, damit dieser das Vorhaben für die Kommune organisiert. Die fehlende Handlungsfähigkeit ist schon allein dadurch offensichtlich. Häufig werden zum Beispiel durch diese Privaten **nicht mehr die vor Ort ansässigen Unternehmen oder Dienstleister** beauftragt, die die Kommune vorher selbst immer beauftragt hatte, sondern der Private schaut sich nach anderen Möglichkeiten um, die aus seiner Sicht wirtschaftlicher sind. Dementsprechend gehen solche Privaten oft mit sehr niedrigen Finanzierungskosten in die Verhandlungen, die sich hinterher doch aus verschiedenen Gründen als sehr viel höher erweisen (Risikokosten, angeblich nicht vorhersehbare Kosten bei der Projektdurchführung etc.). Bezahlen tun dieses gescheiterte Modell am Ende wieder einmal die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und die Kommunen ruinieren nachhaltig ihre eigenen Haushalte, zumal die entstehenden Kosten durch die oft sehr hohen Standards in den Verträgen auch weiterhin finanziert werden müssen. Das hätte in Hannover dazu geführt, dass „ab 2008 fast alle Mittel der Gebäudeinstandhaltung und -sanierung nur noch in die ÖPP-Immobilien, die einen Bruchteil des Gebäudebestands der Stadt ausmachen, geflossen“⁸ wären. Um dieses anhand des oben erwähnten Beispiels der IGS Stöcken auch praktisch zu belegen, sei hier ein Satz aus der Ausschreibung zitiert: „Die vertragliche Nutzungsdauer beträgt 20 Jahre nach Fertigstellung und Abnahme der Bauleistungen. Die Finanzierung umfasst die Bauzwischenfinanzierung und die Endfinanzierung über 20 Jahre ab Abnahme der Bauleistungen. Die Maßnahme soll im Rahmen einer Öffentlich-Privaten Partnerschaft(ÖPP/PPP) schlüsselfertig durchgeführt werden.“⁹ Eine Laufzeit von 20 Jahren bedeutet immense finanzielle Risiken für die Kommune, weil man nie weiß, welche Sanierungskosten in der Zeit noch anfallen werden, abgesehen davon, dass sie 20 Jahre lang (4 komplette Legislaturperioden!!!) keine direkte Einflussnahme auf die tatsächlichen Sanierungsarbeiten haben wird. Das ist eine Katastrophe, die so nicht hingenommen werden kann.

⁸ <http://www.demo-online.de/content/%C3%B6ppppp-im-praxistest>

⁹ <http://www.competitionline.de/wettbewerbe/28638/true>

Wir fordern als SPD immer wieder eine Rückkehr des Primats der Politik. Das sollten wir auch kommunal beherzigen und mit gutem Beispiel vorangehen, indem wir uns als Kommunen selbst um die Projekte kümmern, anstatt sie an Dritte auszulagern.

W4: Spekulationen mit Nahrungsmitteln

5 unterbinden – sofort!

Antragstellerin: Juso-AG NordWest Hannover

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge folgendes beschließen:

- 10
- 1. Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, sich auch mit Gesetzesinitiativen für die Unterbindung der Spekulationen mit Nahrungsmitteln einzusetzen.**
 - 2. Alle MandatsträgerInnen der SPD im Europäischen Parlament werden aufgefordert, sich ebenso auf europäischer Ebene einzusetzen für die Unterbindung der Spekulationen mit Nahrungsmitteln.**

15

Zur Begründung:

Seit Langem gibt es Nahrungsmittel, wie Reis, Getreide und andere Güter, die an Rohstoffbörsen weltweit gehandelt werden. Doch wie auch an den Aktienbörsen, bestimmt sich der Preis nicht mehr vor allem nach Angebot und Nachfrage, sondern wird durch Spekulationen auf Dürren, Fluten und Kriegsängste angeheizt.

20

Diese Spekulationen haben weder direkt mit dem Produkt als solches zu tun, noch sind sie wirklich immer zutreffend. Vielmehr bescheren sie einzelnen Kapitalisten hohe Gewinne.

Den Preis für diese Gewinne zahlen dann die Ärmsten der Armen. Viele Bauern in Entwicklungsländern verkaufen lieber ihre Erzeugnisse zu hohen Preisen an der Börse, als sie auf dem heimischen Markt anzubieten. Die Folge ist eine Verschärfung des Welthungerproblems, nur damit einige Wenige Gewinne machen.

Deshalb Schluss mit den Spekulationen mit Nahrungsmitteln! Nahrungsmittel sind kein Gut, das an der Börse verhökert werden darf.

5

Die Internationale

Musik: Pierre C. Degeyter

Wacht auf, Verdammte dieser Erde,

die stets man noch zum Hungern zwingt!

Das Recht wie Glut im Kraterherde

nun mit Macht zum Durchbruch dringt.

Reinen Tisch macht mit dem Bedränger!

Heer der Sklaven, wache auf!

Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger

Alles zu werden, strömt zubauf!

Refrain: Völker, hört die Signale!

Auf zum letzten Gefecht!

Internationale erkämpft das Menschenrecht

In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute,

wir sind die stärkste der Partei'n

Die Müßiggänger schiebt beiseite!

Diese Welt muss unser sein;

Unser Blut sei nicht mehr der Raben,

Nicht der mächt'gen Geier Fraß!

Die Erst wenn wir sie vertrieben haben

scheint die Sonn' ohn' Unterlass!

Refrain

Es rettet uns kein höh'res Wesen,

kein Gott, kein Kaiser noch Tribun

Uns aus dem Elend zu erlösen

können wir nur selber tun!

Leeres Wort: des Armen Rechte,

Leeres Wort: des Reichen Pflicht!

Unmündig nennt man uns und Knechte,

duldet die Schmach nun länger nicht! dann

Refrain

Zur Geschichte

Der Internationalen

- 5 Eugène Pottiers Text entstand unmittelbar nach der gewaltsamen Niederschlagung der Pariser Kommune um 1871. Er bezog sich in einem verherrlichenden Sinn auf die Internationale Arbeiterassoziation (IAA), den ersten übernationalen Zusammenschluss von verschiedenen, politisch divergierenden Gruppen der Arbeiterbewegung, der 1864 von Karl Marx initiiert worden war. Die Melodie des Liedes komponierte der Belgier Pierre Degeyter, Dirigent des Arbeitergesangsvereins von Lille, im Jahr 1888, noch ein Jahr vor der Gründung der *zweiten*, bzw. der Sozialistischen Internationalen.
- 10 Das Lied *Die Internationale* gilt weltweit als Hymne des Sozialismus und Kommunismus und wurde in die meisten Sprachen der Welt übersetzt. In einigen kommunistisch regierten Staaten nahm sie einen nahezu gleichrangigen Platz wie die jeweilige Nationalhymne ein.
- Die Sowjetunion benutzte bis 1943 *Die Internationale* als Nationalhymne. Danach wurde sie durch die Hymne der Sowjetunion ersetzt.
- 15 Zu neuem Leben erwachte *Die Internationale* im Oktober 1989 in der DDR, wo Tausende demonstrierender Bürger mit dem Absingen des alten Liedtextes auf das Missverhältnis zur sozialistischen Wirklichkeit hinwiesen.